

Baden-Württemberg

**plus
sozial**

**Wahlprogramm
Landtagswahl 2016**

DIE LINKE.

Einleitung	3
1 Gute Arbeit statt Stress und schlechte Bezahlung	5
2. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit: Für ein Land ohne Armut und Existenzangst	6
2.1. Menschenwürde geht vor: Zehn Jahre Hartz IV sind genug! Erwerbslosigkeit bekämpfen und Sanktionen abschaffen	6
2.2. Baden-Württemberg ist ein reiches Land. Armut und Kinderarmut bekämpfen	7
3. Das Öffentliche stärken: Enteignung der Bevölkerung stoppen	7
3.1. Wohnen muss bezahlbar sein!	8
3.1.1. Für einen sozialen Wohnungsbaupakt zwischen Land und Kommunen!	9
3.2. Für ein solidarisches Gesundheitssystem. Gesundheit ist keine Ware.	10
3.2.1. Stationäre Versorgung und Krankenhäuser	10
3.2.2. Ambulante Versorgung	11
3.3. Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte	12
3.4. Unterstützung der Hebammen	12
4. Bildung geht sozial – Fördern statt Ausgrenzen	12
4.1. Klasse Kita für unsere Kinder!	13
4.1.1. Gute Arbeitsbedingungen in der Kindertagesbetreuung	13
4.2. Eine Schule für alle: Gemeinsam lernen	13
4.2.1. Grundschule – mehr Ressourcen für Förderung	15
4.2.2. Sekundarstufe – Schulentwicklungskonzept ist notwendig	15
4.3. Berufliche Bildung verbessern – Weiterbildung fördern	15
4.4. Für eine kritische Hochschule: selbständig denken und fragen lernen	16
4.4.1. Studienreform ausgestalten	16
4.4.2. Studienfinanzierung für ein selbstbestimmtes Leben	16
4.4.3. Gute Arbeit für eine verantwortungsbewusste Wissenschaft	17
4.4.4. Demokratische Hochschulstrukturen für eine kritische Wissenschaft	17
4.5. Erwachsenenbildung	18
5. Für eine selbstbestimmte Jugendpolitik	18
5.1. Kulturelle Selbstbestimmung – Freizeit ist mehr	18
6. Willkommen in Baden-Württemberg	19
6.1. Rechte von Migrantinnen und Migranten stärken	19
6.2. Gleiche Rechte – Diskriminierung und Rassismus bekämpfen	19
6.3. Flüchtlinge – Willkommen in Baden-Württemberg	20
6.3.1. Gesundheitsvorsorge ist Menschenrecht	20
6.3.2. Sprache, Bildung und Arbeit sind Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe	21
6.3.3. Begleitung in einem fremden Land	21
6.3.4. Frauen und Kinder in Flüchtlingsunterkünften	21
6.3.5. Familien zusammenbringen	21
6.3.6. Härtefallkommission auf neue Grundlagen stellen	21
6.3.7. Humanitäres Bleiberecht für Sinti und Roma	22
6.3.8. Recht auf Kirchenasyl	22
6.3.9. Flucht ist kein Verbrechen	22
6.3.10. Gegen Dublin III und sichere Herkunftsstaaten	22
6.3.11. Bundesratsinitiativen – Einfluss des Landes auf den Bund	22
7. Linke Politik von und für Frauen	22
7.1. Baden-Württemberg – Schlusslicht bei der Frauengleichstellung	23
7.2. Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen	23
7.3. Eine feministische Perspektive für alle Menschen	23
8. Diskriminierung bekämpfen – Vielfalt der Lebensweisen fördern – für ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft	24
8.1. LINKE Behindertenpolitik ist selbstbestimmte Behindertenpolitik	24
8.2. Damit wir leben können wie wir wollen – Für ein offenes Baden-Württemberg	25
8.3. Religion und Gesellschaft und die Trennung von Kirche und Staat	25

9. Kunst, Kultur und Medien	26
9.1. Kultur für alle statt prekär kreativ - Kunst und Kultur sind so, wie die Menschen leben und arbeiten.	26
9.2. Demokratisierung der Medien: Information und Selbstbestimmung	26
10. Für mehr Mitbestimmung, direkte Demokratie und Rechte der Bürgerinnen und Bürger	27
10.1. Für mehr Fairness beim Wahlrecht	27
10.2. Demokratie erfordert Transparenz.	28
10.3. Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht – Keine Verschärfung des Versammlungsgesetzes.	29
10.4. Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und Ausgrenzung entgegenwirken	29
11. Gegen Rassismus und Nationalismus	30
11.1. Schluss mit der Vertuschung. NSU-Morde und die Verstrickung der Landesbehörden aufklären	30
11.2. Kein Fußbreit den Rechten.	30
12. Für eine soziale Wirtschafts- und Finanzpolitik – für finanzielle und politische Stärkung der Kommunen in Baden-Württemberg.	31
12.1. Wirtschaft für die Zukunft: sozial und ökologisch	32
12.1.1. Demokratisierung der Wirtschaft.	32
12.1.2. Wirtschaftsförderung neu ausrichten	32
12.1.3. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken	32
12.1.4. CETA, TTIP und Co. verhindern	32
12.2. Soziale Politik und Zukunftsinvestitionen finanzieren	32
12.2.1. Die Millionärsteuer.	33
12.2.2. Reform der Grunderwerbssteuer	33
12.2.3. Eine Gemeindefinanzsteuer.	33
12.2.4. Die Erbschaftsteuer	33
12.3. Unsere Kommunen brauchen Zukunft	33
12.3.1. Die Herausforderungen sozial und demokratisch anpacken	33
12.3.2. Die Finanzkraft der Kommunen stärken	34
13. Für eine soziale und ökologische Wende im Land	34
13.1. Regionale Strukturpolitik und gesellschaftliche Teilhabe.	34
13.1.1. Grün-rote Umweltpolitik grenzt an Wahlbetrug	34
13.1.2. Für eine soziale, ökologische und demokratische Energiewende	35
13.1.3. Die EnBW muss zum Akteur der Energiewende werden	35
13.1.4. Der Weg zur Energiewende für Baden-Württemberg	35
13.2. Mobilität für alle – mit weniger Verkehr.	36
13.2.1. Güterverkehr auf die Schiene	36
13.2.2. Straßenverkehr	36
13.2.3. ÖPNV	36
13.2.4. Barrierefreiheit.	37
13.2.5. Luftverkehr.	37
13.3. Landwirtschaft und Forsten	37
13.3.1. Landwirtschaft.	37
13.3.2. Die Forstwirtschaft – mehr als nur Holzproduzent	38
13.4. Verbraucherschutz ausbauen.	38
13.5. Tierschutz stärken	38
13.6. Tourismus – sanft und ökologisch	39
13.7. Unsere Lebensgrundlagen erhalten	39
14. Zukunftsfähigkeit durch mehr digitale Beteiligung	39
14.1. Teilhabe am Internet ermöglichen	39
14.2. Hochgeschwindigkeitsnetz ausbauen – auch auf dem Land	40
14.3. Schutz vor staatlichen Eingriffen und Wirtschaftsinteressen.	40
14.4. Für Informationsfreiheit und freie Software	40
15. Konsequente Friedenspolitik in Baden-Württemberg	40

Einleitung

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

am 13. März 2016 wählen wir in Baden-Württemberg einen neuen Landtag. Neu? Wirklich neu wäre, wenn es in diesem Landtag eine Partei gäbe, die konsequent für soziale Gerechtigkeit eintritt, die wichtigen Fragen stellt und die Bürgerinnen und Bürger vertritt.

Viele Menschen suchen in unserem Land eine bezahlbare Wohnung – und finden keine. Mehr als jede und jeder Fünfte arbeitet in prekären, also in jeder Hinsicht unsicheren Beschäftigungsverhältnissen:

- ▶ Fast jeder zweite neue Arbeitsvertrag ist ohne Grund befristet.
- ▶ Von Mini- und Midijobs kann niemand leben, geschweige denn eine Rente ansparen.
- ▶ Leiharbeit, Werkverträge und unfreiwillige Teilzeitarbeit bedeuten Lohndumping.
- ▶ Im Ländervergleich stellt Baden-Württemberg besonders viele Lehrerinnen und Lehrer nur befristet ein.
- ▶ Die Folge ist: In Stuttgart lebt jedes zehnte Kind in Armut, in Mannheim sogar jedes vierte.

Warum nehmen Grüne und SPD das hin? Die Regierung betont, es gehe uns gut dank Wirtschaft und Mittelstand. Doch wer spricht von Verkäuferinnen und Erzieherinnen, von Erwerbslosen und all den Menschen, die jeden Tag arbeiten und das Geld zusammenhalten müssen, um über die Runden zu kommen?

Wo bleiben die versprochenen Kindertagesstätten und das dringend notwendige Personal in Erziehung, Gesundheit und Pflege? Warum tut die Landesregierung nichts für einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr zu bezahlbaren Preisen? Warum werden Krankenhäuser auf dem Land geschlossen? Weshalb sind im Bildungssystem immer noch Kinder aus ärmeren Familien benachteiligt?

Weltweit fliehen mehr als 60 Millionen Menschen vor Krieg, Verfolgung, Umweltzerstörung sowie Armut und Not. Baden-Württemberg exportiert Waffen in viele dieser Krisenregionen. Unsere Aufgabe ist es, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Gleichzeitig müssen wir die Flüchtlinge, die zu uns kommen, menschenwürdig aufnehmen und ihnen Möglichkeiten bieten, an unserer Gesellschaft teilzuhaben.

Wir brauchen im Landtag von Baden-Württemberg eine Partei, die all diese Fragen stellt, die all diese Themen anspricht.

DIE LINKE gehört in den Landtag,

- ▶ weil sie politisch Druck macht bei den Themen Wohnen und Energieversorgung, soziale Gerechtigkeit und gute Arbeits-

- bedingungen, Demokratie, Bildung und Pflege sowie beim sozial-ökologischen Umbau,
- ▶ weil sie den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften eine Stimme im Landtag gibt,
- ▶ weil sie unabhängig von Unternehmensspenden und damit politisch selbständig ist,
- und weil sie nach der Wahl das macht, was sie vor der Wahl versprochen hat.

Politikwechsel ist ausgeblieben

Vom Ergebnis der letzten Landtagswahl hatten sich viele einen Politikwechsel versprochen. Die lange Vorherrschaft der CDU wurde gebrochen, erstmals gibt es einen grünen Ministerpräsidenten.

Was hatten die Grünen und die SPD vor der Wahl nicht alles zugesagt: Sie wollten mehr für die Ökologie tun. Der öffentliche Nahverkehr sollte ausgebaut werden. Es sollte mehr Bürgerbeteiligung geben. Bildung, Gesundheit und Pflege sollten verbessert werden. Und heute?

Urteilen Sie selbst:

- ▶ Die SPD versprach im Wahlkampf ein gebührenfreies Kita-Jahr, wie es Rheinland-Pfalz bereits vormacht. Passiert ist nichts.
- ▶ Die SPD wollte 50.000 Wohnungen pro Jahr schaffen. Gebaut wurden nur 30.000. Daher fehlen weiterhin günstige Mietwohnungen.
- ▶ Grüne und SPD stimmten einem Spekulationsgeschäft mit 25.000 Wohnungen zu. Den Schaden, in Form von steigenden Mieten, haben jetzt die Mieterinnen und Mieter.
- ▶ Die Grünen wurden von der Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21 gewählt. Kaum an der Macht, stellten sie ihre Kritik an Stuttgart 21 ein. Mehr noch: Die Landesregierung beweist keinen politischen Willen, die Straftaten der Polizei und die politische Verantwortung für den brutalen, illegalen Polizeieinsatz am „schwarzen Donnerstag“ aufzuklären.
- ▶ Das versprochene landesweite Sozialticket wurde nicht eingeführt.
- ▶ Die Landesregierung gibt jährlich 150 Millionen Euro weniger für Krankenhäuser und Unikliniken aus, als im Jahr 2011 versprochen.
- ▶ Grüne und SPD versprachen mehr Demokratie: Landräte sollten direkt gewählt, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erleichtert werden. Lediglich das Zustimmungsquorum für Bürgerentscheide wurde minimal verbessert.
- ▶ Unter der CDU waren in Baden-Württemberg die Chancen von Akademikerkindern, zum Abitur zu kommen, 18mal höher als die von Arbeiterkindern. Daran hat sich nicht viel geändert. Das Konzept der Gemeinschaftsschule wurde nicht ernsthaft umgesetzt.
- ▶ Wer hätte vor fünf Jahren gedacht, dass ausgerechnet ein grüner Ministerpräsident das Asylrecht in Deutschland einschränken würde? Doch in den angeblich sicheren Herkunftsländern des Balkans, werden Sinti und Roma rassistisch diskriminiert und verfolgt.

- ▶ Regenerative Energien – eine grüne Herzensangelegenheit? Bei Windkraftanlagen ist Baden-Württemberg lediglich schwaches Mittelmaß.
- ▶ Grüne und SPD zögerten lange, bis sie einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Morden des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) einsetzten. Demonstrationen gegen NPD-Aufmärsche werden jedoch nach wie vor von der Polizei gnadenlos niedergeknüppelt.
- ▶ In der Koalitionsvereinbarung steht: „Wir werden uns nicht an dem (Gigaliner-) Modellversuch der Bundesregierung beteiligen“. Dieses Versprechen wurde gebrochen!

Baden-Württemberg ist ein reiches Bundesland – reich sind nur wenige, arm aber viele.

Der Reichtum von Baden-Württemberg beruht auf der Arbeitsleistung vieler. Die Früchte dieser gemeinsamen Arbeit sind aber ungleich verteilt. Die reichsten 10 % der Bevölkerung besitzen über 60 % des gesamten Vermögens. Ein Drittel der Bevölkerung besitzt nichts oder hat sogar Schulden. Hunderttausende arbeiten hart in Baden-Württemberg für so niedrige Löhne, dass sie selbst im Vollzeitjob davon nicht leben können. Das ist menschenunwürdig!

In Baden-Württemberg beträgt die Armutsquote über 11 %. In einem reichen und teuren Land ist es besonders belastend, arm zu sein oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten zu müssen. Da tut es doppelt weh, wenn die Gebühren für viele öffentliche Dienstleistungen steigen, wenn es an Kita-Plätzen für Unter-Dreijährige, an Personal in Gesundheit, Pflege und Erziehung oder an bezahlbaren Wohnungen fehlt. Die Bekämpfung von Armut und Kinderarmut, zum Beispiel durch Sozialtickets oder ein kostenloses warmes

Mittagessen in Kitas und Schulen, war für SPD und Grüne leider kein Thema.

Arme und reiche Städte und Gemeinden

Das ist die Bilanz von fünf Jahren SPD und Grünen: Die Kluft zwischen reichen und armen Kommunen hat sich vergrößert. Viele Kommunen haben deutlich zu wenig Geld, um ihre wachsenden Aufgaben erfüllen zu können. Wer für Kindertagesplätze, für eine bessere Erziehung und Bildung, für einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr, eine gute wohnortnahe Gesundheitsversorgung und Pflege eintritt, muss auch sagen, wie er das finanzieren will. Dazu drei Vorschläge:

- ▶ Derzeit könnte sich das Land das nötige Geld auf dem Kapitalmarkt problemlos zu einem Zinssatz von 0 bis 0,5 % leihen und in die Zukunft investieren. Das ist jedoch wegen der Schuldenbremse fast unmöglich. Warum also dann nicht weg mit der Schuldenbremse?
- ▶ Grüne und SPD setzen auf das Modell der öffentlich-privaten Partnerschaften. Private Investoren, etwa Versicherungen oder Investmentgesellschaften, sollen in staatliche Infrastrukturprojekte investieren. Hört sich gut an, wird am

Ende aber teuer, wie der Landesrechnungshof festgestellt hat. Also Finger weg!

- ▶ Die SPD will den privaten Unternehmen bei der Erbschaftsteuer große Beträge nachlassen. Grüne und SPD wollen keine Vermögenssteuer auf richtig große Vermögen erheben. Dabei kämen diese Steuern direkt dem Landeshaushalt zugute. Warum also versuchen wir es nicht mal mit Steuergerechtigkeit?

Die Vorschläge der LINKEN bewirken mehr soziale Gerechtigkeit, fördern die Demokratie und bringen Fortschritte beim sozialökologischen Umbau unserer Wirtschaft.

Das will DIE LINKE:

- ▶ Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit heute und von ihren Renten morgen anständig leben können. Deshalb wollen wir Leiharbeit und grundlos befristete Arbeitsverträge stoppen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse durch tariflich geregelte ersetzen. Jeder Mensch soll für sich und seine Familie die Zukunft planen können.
- ▶ Wir brauchen genug bezahlbaren Wohnraum.
- ▶ Kein Kind darf auf dem Bildungsweg verloren gehen. Wir wollen gut ausgestattete, flächendeckende Gemeinschaftsschulen. Und wir wollen, dass in Bildung richtig investiert wird.
- ▶ Wir brauchen mehr Personal in Erziehung und Bildung, Gesundheit und Pflege. Soziale Arbeit muss aufgewertet und besser bezahlt werden.
- ▶ Armutsbekämpfung muss Vorrang in der Landespolitik bekommen. Das heißt: Ausbau von Kindertagesstätten, Schulen, Gesundheitsversorgung und Altenpflege, sowie des öffentlichen Nahverkehrs und der Infrastruktur zur Ver- und Entsorgung. Unser gemeinsames öffentliche Eigentum darf nicht weiter privatisiert werden. Die Energieversorgung muss zurück in die öffentliche Hand. Demokratisch kontrollierte Stadtwerke mit regenerativer Energie und sozialen Energiepreisen.
- ▶ In unserer Gesellschaft muss Steuergerechtigkeit bestehen, damit unsere Kommunen finanziell besser ausgestattet werden können.
- ▶ Die Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung müssen verbessert, die Landräte direkt gewählt werden.
- ▶ Das Milliardengrab Stuttgart 21 muss beendet werden.
- ▶ Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen, die Fahrpreise deutlich senken, die Belastungen durch Feinstaub, Lärm und Verkehrsstaus senken. Wir wollen den dringend nötigen sozialökologischen Umbau vorantreiben.
- ▶ Mit Flüchtlingen wollen wir human umgehen und sie ehrlich willkommen heißen. Wir bekämpfen jede Form von Rassismus, Rechtsradikalismus und Ausgrenzung.

Baden-Württemberg plus sozial! Das geht. Dafür wollen wir in den Landtag und dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

1. Gute Arbeit statt Stress und schlechte Bezahlung

Die grün-rote Regierungskoalition wollte Baden-Württemberg zu einem „Musterland“ für gute Arbeit machen. Vier Jahre später sehen wir: Daraus ist nichts geworden.

Ausgerechnet bei den Beschäftigten von Land und Kommunen gibt es mehr Befristungen als in der Privatwirtschaft. Der Niedriglohnsektor ist größer geworden, und die Zahl unsicherer Beschäftigungsverhältnisse ist stark gestiegen. Leiharbeit, Werkverträge, Teilzeit, von der man nicht leben kann, Befristungen und schlechte Löhne: Ein Drittel der neuen Arbeitsverträge ist prekär, also unsicher. Das betrifft besonders Frauen, jüngere Beschäftigte und Menschen mit Migrationshintergrund. Von Mini- und Midijobs kann niemand leben – heute nicht und erst recht nicht in der Rente. Sie werden von den Unternehmen oft eingesetzt, um reguläre Stellen zu ersetzen. Mit diesem „Konkurrenzvorteil“ verdrängen zum Beispiel Ketten im Einzelhandel oder in der Bäckerei immer mehr Familienbetriebe.

Werkverträge sind ein Mittel der Arbeitgeber, um besonders in noch gut geregelten Bereichen die Tarife zu unterlaufen – etwa in der Automobilindustrie. Selbst in diesem Kernbereich gewerkschaftlicher Auseinandersetzung und tariflicher Durchsetzungsmacht droht es an den Rändern zu bröckeln.

Im letzten Jahr musste die Bundesregierung den Mindestlohn einführen. Auch wir haben dafür jahrelang Druck gemacht. Für viele Menschen hat sich dadurch etwas verbessert. Aber: 8,50 Euro sind zu wenig! Im Alter ist die Armutsrente damit vorprogrammiert. DIE LINKE fordert 10,00 Euro Mindestlohn. Doch die Arbeitgeber machen weiter Druck und fordern immer mehr Ausnahmen vom Mindestlohn.

Das ist das wahre Gesicht des „Jobwunders“ in Baden-Württemberg. Die schlechten Arbeitsverhältnisse haben Folgen:

- ▶ Eine Lebens- und Familienplanung ist kaum möglich.
- ▶ Stress und Erschöpfung bei der Arbeit nehmen zu. Immer mehr Menschen werden vorzeitig erwerbsunfähig, weil sie den Druck nicht mehr aushalten.
- ▶ Immer noch müssen viele Menschen ihr Einkommen mit Arbeitslosengeld II aufstocken.
- ▶ Immer mehr Menschen geraten in Armut. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Familien mit mehr als zwei Kindern, Jugendliche sowie Rentnerinnen und Rentner.

Und es trifft die Menschen doppelt hart: In Baden-Württemberg sind die Lebenshaltungskosten besonders hoch. Die Landesregierung aber hat nur eines im Blick: das wirtschaftliche Wohlergehen der Arbeitgeber.

DIE LINKE wird im nächsten Landtag Druck machen, damit gute Arbeit gestärkt und unsichere Arbeit zurückgedrängt wird.

DIE LINKE vertritt solidarisch die Interessen der Beschäftigten. Wir kämpfen für gute Arbeit, von der man leben kann und die eine auskömmliche Rente garantiert. Arbeit darf nicht krank machen. Die Beschäftigten im Betrieb sollen möglichst viel mitbestimmen können. Wir wollen, dass Baden-Württemberg zum Vorbild wird: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Es wird höchste Zeit für eine Kehrtwende am Arbeitsmarkt hin zu guter Arbeit.

Auf Landesebene fordert DIE LINKE:

- ▶ Öffentliche Aufträge und Förderungen müssen an strenge Auflagen geknüpft sein: Die Branchentarifverträge müssen eingehalten und ein Mindestlohn von mindestens 10,00 Euro bezahlt werden. Vergabe und Förderung im Land müssen sich noch stärker an beschäftigungs-, sozial- und umweltpolitischen Zielen ausrichten. Die gesetzliche Mindestquote von 5 % schwerbehinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss erfüllt sein.
- ▶ Auch als Arbeitgeber muss das Land Baden-Württemberg Vorbild sein und auf freiwilliger Basis Beschäftigte in sozialen Berufen höher eingruppiert werden. Die Arbeit mit Menschen muss dringend aufgewertet werden.
- ▶ In öffentlichen Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen müssen Leiharbeit und Befristung ohne sachlichen Grund (etwa einer Elternzeitvertretung) ausgeschlossen werden.
- ▶ Das Tariftreuegesetz muss um soziale Kriterien wie gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit ergänzt werden.
- ▶ Das Tariftreuegesetz in Baden-Württemberg gilt für Aufträge ab 20.000,00 Euro. Dieser Schwellenwert muss abgeschafft werden. Öffentliche Aufträge dürfen ausnahmslos nur an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen.
- ▶ Wir wollen mehr betriebliche Mitbestimmung im Landespersonalvertretungsgesetz verankern, zum Beispiel bei Fragen der Befristung, des Einsatzes von Leiharbeit und der Personalpolitik.
- ▶ Wir wollen flächendeckende und gebührenfreie Kinderbetreuungsangebote, um allen eine Teilhabe am Berufsleben zu ermöglichen.

Viele sozialpolitische Fragen werden auf der Bundesebene entschieden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Baden-Württemberg im Bundesrat entsprechende Gesetze einbringt oder unterstützt:

- ▶ Baden-Württemberg muss sich auf Bundesebene für einen Mindestlohn einsetzen, der für alle ohne Ausnahme gilt und über der Niedriglohngrenze liegt: mindestens 10,00 Euro pro Stunde. Dieser Betrag muss mit den Lebenshaltungskosten steigen. Gerade im teuren Baden-Württemberg brauchen wir perspektivisch einen Mindestlohn von 12,00 Euro pro Stunde.
- ▶ Wir wollen Leiharbeit stoppen. Als Sofortmaßnahme muss im Zeitarbeitsgesetz festgelegt werden, dass der gleiche Lohn plus eine Flexibilitätszulage von 10 % zu zahlen ist. So wird Leiharbeit kein Instrument des Lohndumpings.

- ▶ Alle Arbeitsverhältnisse, auch Mini- und Midijobs, müssen von der ersten Stunde an unter die Sozialversicherungspflicht fallen.
- ▶ Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 % erhöht werden, damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden kann und die Renten für alle spürbar steigen. Zur Erklärung: Die Beiträge, die eingezahlt werden, sind zunehmend weniger „wert“. Durch den rentenpolitischen Kahlschlag der vergangenen Jahre wird das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente bis 2030 noch weiter sinken – bis auf 43 % vom Nettogehalt. Die Renten sind deshalb immer weniger wert. Immer mehr Menschen müssen im Alter Grundversicherung beantragen oder trotz ihres verdienten Ruhestandes weiter arbeiten.
- ▶ Wir wollen die Solidarität in der Rentenversicherung stärken: Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.
- ▶ Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung eingehen – auch von Selbstständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern.
- ▶ Wir wollen die Möglichkeit schaffen, die in Riester-Verträgen erworbenen Ansprüche auf die gesetzliche Rente zu übertragen. Auch eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze ist notwendig, um die Rente langfristig solidarisch zu finanzieren.

2. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit: Für ein Land ohne Armut und Existenzangst

2.1. Menschenwürde geht vor: Zehn Jahre Hartz IV sind genug! Erwerbslosigkeit bekämpfen und Sanktionen abschaffen

In Baden-Württemberg sind offiziell fast 4 % der Menschen erwerbslos. Bei Menschen mit Migrationshintergrund sind es 8,8 %. Fast 40 % aller Erwerbslosen sind älter als 50 Jahre. Fast ein Drittel aller Erwerbslosen ist länger als ein Jahr erwerbslos. Auch hier sind Ältere besonders betroffen.

DIE LINKE setzt sich gegen Erwerbslosigkeit ein. Bei den personell unterbesetzten öffentlichen Dienstleistungen, besonders in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung, müssen Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Tariflöhnen und tariflichen Arbeitsbedingungen aufbauen. Und wir wollen die Standards der Arbeit verbessern, anfallende Arbeit gerechter verteilen und so neue Stellen schaffen. Dadurch wird der Arbeitsdruck abgebaut und es fallen keine Überstunden mehr an. Erwerbslosigkeit gehört zu unserem Wirtschaftssystem

und unserer Gesellschaft. Das Hartz-IV-System versucht, die Verantwortung für die Erwerbslosigkeit den Betroffenen zuzuschieben – gerade so, als würden „erweiterte Zumutbarkeit“ und „Fordern und Fördern“ die strukturelle Erwerbslosigkeit beseitigen. Die Zahlen sagen anderes: Die Langzeiterwerbslosigkeit hat sich seit der Einführung der Agenda 2010 verfestigt.

Hartz IV ist Armut per Gesetz.

Hartz IV bedeutet für einen erwachsenen Menschen 404,00 Euro im Monat plus beschränktem Zuschuss für Miete und Heizkosten.

Sich im Land zu bewegen, Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen wie Museen, Schwimmbäder oder Zoos aufzubringen, ist nicht drin. Am gesellschaftlichen Leben kann von diesem Geld kein Mensch teilnehmen. Die Betroffenen fühlen sich an den Rand gedrängt, unter Druck gesetzt und werden durch die lange Erwerbslosigkeit auch öfter psychisch krank. Um die Menschen wieder an der Gesellschaft teilhaben zu lassen, sind gezielte individuelle Unterstützungsmaßnahmen auf freiwilliger Basis nötig. Eine hochwertige therapeutische Begleitung muss bereitgestellt werden, um die sozialen und persönlichen Folgen der Ausgrenzung abzumildern.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Erwerbslosenversicherung muss den Lebensstandard annähernd sichern und einen Absturz in die Armut verhindern.
- ▶ Der öffentliche Beschäftigungssektor muss ausgebaut werden.
- ▶ Die armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherung muss die gesellschaftliche Teilhabe garantieren. Hartz IV tut das nicht und muss daher abgeschafft werden.
- ▶ Die „Agenturen für Arbeit“ und Kreisjobcenter müssen personell besser ausgestattet werden.
- ▶ Unabhängige Beschwerdestellen müssen eingerichtet werden.
- ▶ Das Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ zur Unterstützung von Arbeitslosen-Beratungszentren muss fortgeführt und ausgeweitet werden, um eine sanktionsfreie Sozialberatung zu gewährleisten.
- ▶ Ein-Euro-Jobs und „Bürgerarbeit“ müssen in sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Dazu müssen die Mittel der Gemeinden, der Bundesagentur für Arbeit und des Europäischen Sozialfonds für ALG II-Beziehende und für die Arbeitsförderung gebündelt werden. Kommunen und Landkreise müssen dafür Zuschüsse vom Land erhalten.
- ▶ Stromsperren und das Abschalten von Heizung und Wasser wollen wir ausschließen. Es muss Schluss sein mit Zwangsumzügen.
- ▶ Investition von einer Mrd. Euro jährlich, um damit über 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, etwa in Kitas, in Schulen, Gesundheit und Pflege.

Es kostet Geld, Menschen vor Armut zu schützen, Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen

und ein Sozialticket einzuführen. DIE LINKE setzt sich daher für eine Vermögenssteuer in Form der Millionärssteuer ein. Die Einnahmen stehen den Bundesländern zu. Für Baden-Württemberg bedeutet das sieben Mrd. Euro Mehreinnahmen pro Jahr.

2.2. Baden-Württemberg ist ein reiches Land. Armut und Kinderarmut bekämpfen

15 % der Familien in Baden-Württemberg sind von Armut bedroht und 18 % der Kinder.

Besonders betroffen sind Alleinerziehende mit 45 %, kinderreiche Paarfamilien mit 26 % und Migrantinnen und Migranten mit 24 %. Ebenso existiert bei 17,5 % der Rentnerinnen und Rentner eine hohe Armutsgefährdung.

Es gibt arbeitende Menschen, die so schlecht bezahlt werden, dass sie ergänzende Leistungen beim Jobcenter beantragen müssen. Rentnerinnen und Rentner müssen ihre Grundversicherung mit einem Minijob oder sogar mit Flaschensammeln aufbessern und können oft ihre Pflege nicht bezahlen. Menschen mit geringem Einkommen sterben früher.

Menschen verstecken verschämt ihre Armut, denn die Landes- und die Bundesregierung vermitteln immer wieder, dass Armut selbstverschuldet sei.

Tatsächlich aber hat hier die Politik versagt. Die Erwerbslosigkeit ist nicht nur von der Konjunktur abhängig. Sie hat sich verfestigt und könnte nur sinken, wenn Arbeit umverteilt würde – von den gestressten und

überarbeiteten Beschäftigten auf der einen Seite an die Unterbeschäftigten in unfreiwilliger Teilzeit oder in

Minijobs auf der anderen Seite. Stattdessen wird eine wirkliche Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verhindert. Strukturen, die Armut verfestigen, werden nicht aufgebrochen. Ihre Symptome werden von Ehrenamtlichen durch Mildtätigkeit, Tafeln und Kleiderkammern mit Mühe aufgefangen. Sie sind Folge der verfehlten Sozialpolitik von CDU, SPD, FDP und Grünen. Armutsbekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Häufig werden die Gemeinden mit der Aufgabe allein gelassen, die wachsende Armut auszugleichen. Die Landesregierung darf die zivilgesellschaftlichen Akteure nicht allein lassen.

DIE LINKE fordert ein **Landesprogramm gegen Armut und Kinderarmut**. Es soll Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum und Sozialwohnungen umfassen, ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr für ganz Baden-Württemberg, wirkliche Bildungs- und Teilhabepakete, kostenfreies und hochwertiges Essen in Kitas und Schulen und freien Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Museen, Theatern, Schwimmbädern und Sportangeboten.

Menschen mit geringem Einkommen sind oft vom Nahverkehr und Reisen ausgeschlossen. Das spüren sie vor allem in den ländlichen Gebieten mit schlechter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Sozialticket nicht mehr kosten darf, als im Regelsatz von ALG-II

für Mobilität vorgesehen ist. Die grün-rote Landesregierung hat im Koalitionsvertrag versprochen, sich für die Einführung eines landesweiten Sozialtickets einzusetzen. Das ist nicht geschehen. Wo immer wir Sozialtickets in Baden-Württemberg haben, hat DIE LINKE den Anstoß gegeben und die Ausarbeitung vorangetrieben. Wir wollen uns im nächsten Landtag dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg flächendeckend ein Sozialticket eingeführt wird.

Für eine gerechte Sozialordnung muss die soziale Lage ausreichend dokumentiert werden. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen jährlich erscheinenden Armuts- und Reichtumsbericht ein. Aus den Berichten müssen politische Konsequenzen gezogen werden!

3. Das Öffentliche stärken: Enteignung der Bevölkerung stoppen

Zum „Wohl der Allgemeinheit“ zu handeln, gilt als Aufgabe von Politik und Staat. Was als Allgemeinwohl verstanden wird und wie ihm am besten zu dienen ist, ist Gegenstand und Ergebnis der demokratischen Diskussion, von sozialen Konflikten und Kämpfen.

DIE LINKE streitet dafür, dass Bürgerinnen und Bürger den Zweck öffentlicher Unternehmen mitbestimmen und öffentliche Unternehmen und Einrichtungen kontrollieren können; sie müssen an Entscheidungen und der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligt sein. Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen und Einrichtungen transparent arbeiten und Verträge, die die öffentliche Verwaltung abschließt, offengelegt werden.

In den vergangenen 20 Jahren wurde öffentliches Eigentum in großem Umfang verkauft: Wohnungen, Stromerzeuger, Verkehrs- und Wasserbetriebe, Rathäuser, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Die Politik hat versprochen, dass die Privatisierung alles besser mache. Nachweislich ist das Gegenteil eingetreten. Bürgerinnen, Bürger und Kommunen müssen oft für schlechtere Leistungen mehr und teuer bezahlen. Privatisierung bedeutet, dass die Menschen mehr zahlen oder Abstriche erleiden für private Vorsorge, Arztbesuche, Zahnersatz, Schwimmbad, Musikschule. Diese Regel ist ebenso primitiv wie unbarmherzig: Wer zahlen kann, kann teilhaben. Wer zu wenig Geld hat, ist außen vor. Die Reichen grenzen sich ab und haben schon längst ihre eigene Welt gegründet.

Die Regierung verweist auf die Staatsschulden. Angeblich könnten „wir“ uns das Öffentliche nicht mehr leisten, sonst würden wir unseren Kindern und Enkeln nur noch Schulden hinterlassen. Wir stellen dagegen fest: Gerade im Interesse unserer Kinder

und Enkel dürfen wir das Gemeinwesen nicht dem Markt überlassen. Denn: Wo Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund, sondern Gewinnerzielung und Marktinteressen. Die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft werden mit der Privatisierung von Wasser über Energie, Nahverkehr bis zur Bildung zerstört.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Eine leistungsfähige, demokratische, öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur.
- ▶ Alle müssen öffentliche Dienste und Einrichtungen nutzen können, unabhängig davon, wo sie wohnen.
- ▶ Öffentliche Dienstleistungen müssen für jeden erschwinglich, diskriminierungs- und barrierefrei sein und müssen einem hohen Umweltstandard gerecht werden.

Privatisierungen werden von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Bürgerentscheide wie beispielsweise in Leipzig, Düsseldorf oder in Freiburg zeigen, dass der Widerstand gegen Privatisierungen wächst. Auch die

Kommunen selbst haben mit den nicht bedachten Folgen der Privatisierung zu kämpfen. Etliche Privatisierungen sind rückgängig gemacht und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge erfolgreich wieder kommunalisiert worden. Nicht selten haben dabei Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide eine entscheidende Rolle gespielt.

DIE LINKE setzt auf Privatisierungsbremse statt Schuldenbremse. Wir werden uns an keiner Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert.

Das will DIE LINKE:

- ▶ Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird wie alle Public-Private-Partnership-Projekte. Es muss wieder Regel werden: Öffentliche Einrichtungen werden in öffentlicher Verantwortung betrieben.
- ▶ Volksentscheide zu Privatisierungen sind in der Vergangenheit zu Gunsten des öffentlichen Eigentums ausgefallen. Wir wollen, dass Wasser und andere Güter der Daseinsvorsorge unverkäuflich sind. Bis das durchgesetzt ist, müssen alle Privatisierungsvorhaben den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden.
- ▶ Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir rekommunalisieren. Wir wollen die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Öffentlichen Personennahverkehr, Fernverkehr, Zugang zum Internet und Abfallentsorgung in öffentlicher Hand organisieren.
- ▶ Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wollen wir in nicht-kommerzielle Trägerschaften überführen.
- ▶ Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen müssen sich am gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Unter anderem heißt das: Es wird kein Personal mehr abgebaut. Verwaltungen werden entsprechend dort umgebaut, wo der Bedarf sich geändert hat.

Der Ausbau des öffentlichen Eigentums, der Infrastruktur und Daseinsvorsorge muss von Anstrengungen begleitet sein, den Staat zu demokratisieren. Es muss mehr Partizipation und Transparenz geben. Partizipation heißt nicht, nur mitreden zu dürfen, sondern Entscheidungen wirksam beeinflussen zu können. Auf allen politischen Ebenen, vor allem in der Kommune, sollten Menschen auch in Fragen der Finanzen, des Wirtschaftens, der Entwicklung des kulturellen Lebens und der Bildung sowie der Gestaltung der Verwaltung unmittelbar mitwirken und mitentscheiden können: durch partizipative Haushalte und Planungsprozesse bis hin zu regionalen Räten für eine sozial-ökologische Strukturpolitik, die Industrie und Dienstleistungen gleichermaßen umfasst. Der Reichtum einer Gesellschaft muss sich nach unserer Auffassung in einem öffentlichen Reichtum und in den Lebenschancen aller niederschlagen. Nur diese Art von Reichtum kommt allen zugute und bildet die Grundlage für ein demokratisches Miteinander. Ohne leistungsfähiges öffentliches Eigentum – also kommunales, regionales, genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder staatliches Eigentum – kann eine Demokratie nicht funktionieren.

Wenn öffentliches Eigentum privatisiert wird, gehen Transparenz, öffentliche Einflussmöglichkeiten und öffentliche Kontrolle verloren. Die Bürgerinnen und Bürger müssen einbezogen werden – das gilt in der Kommune, im Land und im Bund. Eine Demokratie funktioniert nur, wenn sie die Ziele demokratischer Mehrheiten auch gegen wirtschaftliche Macht durchsetzen kann. Den Unternehmen müssen die Ziele des Wirtschaftens und ein klar definierter Handlungsrahmen von den Parlamenten vorgegeben werden. Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein.

3.1. Wohnen muss bezahlbar sein!

Immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie ihre Mieten bezahlen sollen. In Ballungszentren ist Wohnraum ein Luxusgut und nicht nur Geringverdiener werden aus den Zentren verdrängt. Die Mietpreise in Baden-Württemberg liegen rund 20 % über dem Bundesdurchschnitt und steigen weiter. Über die Hälfte der 30 teuersten Städte liegt in Baden-Württemberg. Fast die Hälfte des Einkommens wird in den Städten für die Miete ausgegeben. Zudem steigen die Preise für Strom, Heizung und Abfallgebühren – während Löhne, Renten und Sozialleistungen stagnieren oder sinken. In der Folge verändern sich Wohnquartiere. Menschen mit wenig Geld werden aus den Zentren verdrängt. Wohnraum wird zum Spekulationsobjekt. Investoren hoffen auf ein Schnäppchen und Renditen, die auf den Finanzmärkten nicht zu bekommen sind.

Besonders schwierig wird die Situation für Menschen mit geringem Einkommen und in befristeten Arbeitsverhältnissen. Dies gilt auch für junge Menschen in Studium und Ausbildung, für Alleinerziehende, für Familien mit Kindern, für Menschen,

die auf barrierefreie Wohnungen angewiesen sind, und für Menschen mit Migrationshintergrund. Zudem wird individueller Wohnraum für Obdachlose und geflüchtete Menschen nach der vorläufigen Unterbringung dringend benötigt. Der Mangel an Wohnraum ist ein Versagen der Landespolitik. Er verunsichert Menschen in ihren engsten Lebensbereichen und schürt Existenzangst.

Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht den Gesetzen des Marktes überlassen werden. Bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und zu bauen, muss zentrale Aufgabe der Landespolitik sein – die Landesregierung hat das bisher nicht verstanden. Stattdessen hat sie 21.500 LBBW-Wohnungen verkauft und damit die Spekulation mit Immobilien vorangetrieben. Die SPD versprach die Baufertigstellungen auf 50.000 Wohnungen im Jahr zu erhöhen. Seit Amtsantritt lag sie jährlich ca. 20.000 Wohnungen darunter und erreichte damit nicht mehr als die CDU-Vorgängerregierung unter Mappus. In jedem Jahr fallen landesweit rund 5.000 Sozialwohnungen aus der Sozialbindung. Das hat gravierende Auswirkungen. Es treibt die Mieten insgesamt in die Höhe, und es belastet die öffentlichen Kassen. Menschen, die von Leistungen des SGB II (Sozialgesetzbuch II) leben, finden kaum eine Wohnung im Rahmen der so genannten angemessenen Kosten der Unterkunft. Die Mieten werden dann vom Jobcenter oft nicht vollständig übernommen. Die Betroffenen müssen die Differenz vom erhaltenen Regelsatz begleichen. Dadurch fällt ihr Lebensunterhalt unter das gesetzlich garantierte Existenzminimum.

Schon unter der CDU-Landesregierung wurde der soziale Wohnungsbau faktisch eingestellt. Und auch Grüne und SPD haben den Trend nicht geändert. Sie „förderten“ günstige Kredite, die aber keine Wirkung zeigten. Obwohl eine stetig zunehmende Nachfrage nach preiswerten Mietwohnungen besteht, wurde die Förderpolitik nicht korrigiert. Es wurde sogar zugelassen, dass sich das angestrebte Verhältnis von einer geförderten Eigentumswohnung auf vier Mietwohnungen eklatant zu 14 Eigentumswohnungen auf eine Mietwohnung entwickelte.

DIE LINKE wird sich im Landtag dafür einsetzen, dass wieder direkt in den öffentlichen Bau von preiswertem Wohnraum investiert wird, vor allem in Innenstädten und in Innenstadtnähe. Lebenswerte Städte brauchen soziale Vielfalt. Dem dienen Quartiersarbeit und Gemeinschaftsprojekte, Freiräume für alternatives und experimentelles Wohnen und Mehr-Generationenwohnen, Stadtteil- und Jugendzentren, Grünflächen und Spielplätze und Kunst im öffentlichen Raum. Soziale Treffpunkte im öffentlichen Raum dürfen nicht den Verdichtungsprozessen zum Opfer fallen.

3.1.1. Für einen sozialen Wohnungsbaupakt zwischen Land und Kommunen!

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Bund, Land und Kommunen müssen ihre Einflussmöglichkeiten und ihre Förderung besser aufeinander

abstimmen, um diesem wesentlichen Bereich der Daseinsvorsorge gerecht zu werden.

Auf Landesebene sollen Kommunen beraten und unterstützt werden, um Fördermittel abrufen und Zweckentfremdung und Umwandlung in Eigentum verhindern zu können. Das senkt die Mietpreise.

Unbegründeter Leerstand soll verhindert werden. DIE LINKE setzt sich für ein Zweckentfremdungsverbot ein. Wohnraum, der länger als sechs Monate leer steht, soll durch die kommunalen Wohnbaugesellschaften verwaltet werden können, um Vermietungen für sozial schwache Haushalte sowie Flüchtlinge und Asylbewerber zu ermöglichen. Dadurch könnten zehntausende Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt werden.

Die Wohnungssituation kann sich aber nur durch bedarfsgerechten Neubau entspannen, besonders im preiswerten Segment. Die Fördermittel des Landes müssen erhöht, die Antragsbedingungen bei der Landesförderbank auch für kleine Bauvorhaben erleichtert und auf günstige Mietwohnungen ausgerichtet werden. Wenn Fördermittel des Landes nicht ausgeschöpft werden, sollen sie in den sozialgebundenen Mietwohnungsbau fließen: Wir wollen die Schaffung von 15.000 neuen Sozialwohnungen im Jahr.

Wir fordern ein zusätzliches Landesförderprogramm für kommunale Wohnbaugesellschaften, damit öffentliche Investitionen auch nachhaltig in öffentlicher Hand bleiben und dauerhaft günstige Mietpreise garantiert werden können. Außerdem wollen wir kommunale und genossenschaftliche Wohnbaugesellschaften besonders steuerlich entlasten, sowie den Bau von Sozialwohnungen insgesamt. Wir wollen eine landeseigene Wohnbaugesellschaft, die sich an kommunalen Wohnbaugesellschaften mit verbindlich sozialem Auftrag beteiligt oder dort selber baut, wo ein öffentlicher Bedarf besteht, aber sich keine Bauträger finden. Wichtige Kriterien für den Wohnungsbau sind Barrierefreiheit und Energieeffizienz.

Wenn öffentliches Bauland vergeben wird, muss dies an eine Garantie für dauerhaft günstige Mieten gekoppelt werden. Das Land soll seine Liegenschaften überprüfen, den Kommunen aktiv Bauland zum Wohnungsbau anbieten und zur langfristigen Planung zur Verfügung stellen. Bauland soll unter sozialen Gesichtspunkten vergeben werden, nicht zum Höchstpreis.

Die Rechtsverordnung zur Absenkung der Kappungsgrenze muss überarbeitet werden. Dabei sollten zusätzliche Kriterien – etwa die Entwicklung der Bestands- und Angebotsmieten in den letzten Jahren, der Anteil der Sozialwohnungen am Wohnungsbestand und die Entwicklung der kommunalen Notfallkarteien -berücksichtigt werden.

Städte und Kommunen müssen wieder mehr Bauland ausweisen und Bebauungs-Quoten festsetzen, die gefördertem Miet-

wohnungsneubau Vorrang geben. Gewerbegebiete, vor allem mit Dienstleistungsbetrieben, sollen durch eine effiziente Nutzung der Flächen und mehrstöckige Bebauung auch für den Wohnbau erschlossen werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Das Land muss direkt in den sozialen Wohnungsbau mit unbegrenzter Sozialbindung investieren.
- ▶ Wohnungen in öffentlichem Eigentum dürfen nicht an Investoren verkauft werden.
- ▶ Grundstücke öffentlicher Eigentümer dürfen nur in Erbpacht und bevorzugt im Konzeptverfahren an dem Gemeinwohl verpflichtete Wohnungsunternehmen vergeben werden, die Sozialwohnungen bauen.
- ▶ Die Kommunen sollen Höchstmieten festlegen können.
- ▶ Unterstützung der Kommunen, um preiswerten Wohnraum zu sichern und Leerstand zu verhindern.
- ▶ Die Wohnbaufördermittel des Landes für neuen Wohnraum und den Bau von 15.000 Sozialwohnungen im Jahr müssen mindestens auf jährlich 250 Millionen Euro erhöht werden.
- ▶ Ein Landesförderprogramm für kommunale Wohnungsbau-gesellschaften.
- ▶ Bessere Förderung für Baugenossenschaften und soziale Projekte, die dauerhaft günstige Mieten garantieren.
- ▶ Wohnbauunternehmen, die Kostenmieten unterhalb der Marktmieten verlangen, sollen wieder als gemeinnützig gelten.
- ▶ Wieder eine echte Kostenmiete bei Sozialwohnungen.
- ▶ Eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft.
- ▶ Mehr barrierefreien und altersgerechten Wohnraum.
- ▶ Einen besseren ÖPNV im Umland, um es als Wohnort attraktiver zu machen.
- ▶ Die Modernisierungsförderung muss an eine Mietpreisbindung gekoppelt werden, um Mietsteigerungen zu verhindern.
- ▶ Ein Landesgesetz zur Wohnungsaufsicht, um Mieterrechte zu schützen.
- ▶ Für alle Kommunen, die über 25.000 Einwohner liegen, soll ein Mietspiegel erstellt werden.

3.2. Für ein solidarisches Gesundheitssystem. Gesundheit ist keine Ware.

Unser Gesundheitssystem orientiert sich nicht am Bedarf, sondern funktioniert nach einem marktwirtschaftlichen und gewinnorientiertem Preissystem. Das hat verheerende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung: Statt die beste Qualität zu fördern, geht es darum, Profite zu machen; Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen werden privatisiert. „Was sich nicht rechnet, wird nicht gemacht.“ Das grenzt „unrentable“ Patienten, Alte, chronisch Kranke, Arme und Behinderte aus. Und es führt zu einer rücksichtslosen Ausbeutung aller, die in Krankenhäusern, Polikliniken, Arztpraxen oder Pflegeeinrichtungen arbeiten. Folge ist eine zunehmende Unterversorgung von Patientinnen und Patienten. Bei profitab-

len Leistungen kommt es zur Über- und Fehlversorgung. Gelder der Krankenkassen werden verschwendet und Patientinnen und Patienten gefährdet. Der Dumpingwettbewerb um möglichst niedrige Kosten führt zu Personalabbau und Überlastung. Die Löhne der Beschäftigten werden gedrückt, statt – wie seit Jahren überfällig – soziale Berufe aufzuwerten.

Wir sagen: Gesundheit ist Menschenrecht. Sie zu schützen, wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern ist eine öffentliche Aufgabe. Niemand darf auf Grund seiner sozialen Herkunft, seines Einkommens, Vermögens oder sonstiger sozialer oder persönlicher Merkmale von Gesundheitsleistungen ausgeschlossen werden. Die Kosten hierfür dürfen nicht immer weiter auf die Menschen abgewälzt werden.

DIE LINKE fordert, dass das Land im Bundesrat darauf drängt,

- ▶ zur paritätisch finanzierten Krankenversicherung zurückzukehren, in die Beschäftigte und Arbeitgeber zu gleichen Anteilen einzahlen,
- ▶ die gesetzliche Krankenversicherung zu einer solidarischen Gesundheitsversicherung weiterzuentwickeln, in die alle nach ihrem Einkommen einzahlen und alle Einkommensquellen einbezogen werden,
- ▶ dass die Betriebskosten von Krankenhäusern am Bedarf orientiert finanziert werden. Die Kliniken müssen mit genügend Personal ausgestattet werden. Krankenhäuser sollen keine Gewinne machen dürfen. Etwaige Gewinne sollen vollständig in die Gesundheitsversorgung zurückfließen.
- ▶ dass eine gesetzliche Personalbemessung für Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime und ihre Finanzierung außerhalb der Fallpauschalen eingesetzt wird.
- ▶ dass soziale Berufe und besonders die Pflegeberufe aufgewertet werden.
- ▶ die Preise für Arzneimittel und medizinische Geräte strikt zu regulieren, vor allem die meist stark überhöhten Preise bei neu entwickelten und vor kurzem zugelassenen Arzneimittel zu senken.

3.2.1. Stationäre Versorgung und Krankenhäuser

Die stationäre Versorgung in Krankenhäusern ist permanent unterfinanziert. Das muss geändert werden. Die wirklichen Kosten und die absehbaren Kostensteigerungen müssen in voller Höhe und zeitnah in die Fallpauschalen eingerechnet werden. Die Steigerung von Personalkosten durch tarifliche Lohnerhöhungen und das Einhalten der Fachpersonalquote muss voll ausgeglichen werden. Krankenhäuser ohne Tarifbindung erhalten diesen Ausgleich nicht.

Wir wollen alle Versuche abwehren, durch selektive Verträge zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern beziehungsweise Krankenhausketten die Konkurrenz der Krankenhäuser untereinander noch mehr zu verschärfen (Einkaufsmodell). Dies würde die marktwirtschaftliche Steuerung mit all ihren negativen Auswirkungen weiter befördern. Für eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist die duale Finanzie-

zung – die Krankenkassen tragen die laufenden Kosten, die Bundesländer die Investitionen – unabdingbar. DIE LINKE lehnt es ab, Krankenhausinvestitionen in die Fallpauschalen einzurechnen. Wir wollen die Krankenhausbedarfspläne des Landes, die den Ausschlag für Investitionen geben, stärken. Wir wollen gesundheitspolitische Beiräte aus Vertreterinnen und Vertretern der Regionen, der Patientinnen und Patienten, der Beschäftigten, der Kassen und der Leistungserbringer bilden, die den Bedarf feststellen.

Das Land Baden-Württemberg kommt seit Jahren seiner gesetzlichen Verpflichtung nicht nach, die Investitionen der Krankenhäuser vollständig zu finanzieren. Ein Investitionsstau von 1,5 Milliarden Euro hat sich herausgebildet. Die fehlenden Mittel werden zum Teil von den Kommunen übernommen oder aus Mitteln für den laufenden Betrieb aufgebracht. So werden letztlich Krankenhausbauten durch den Wegfall von Personal bezahlt. Weil die Investitionen nicht ausreichen, werden öffentliche Krankenhäuser an finanzstarke Klinikketten verkauft. Die grün-rote Landesregierung hatte zwar im Koalitionsvertrag versprochen, dass die Investitionskostenzuschüsse bis zum Ende der Legislaturperiode auf das notwendige Maß von 600 Millionen Euro pro Jahr angehoben werden. Allerdings fehlen hierzu immer noch 150 Millionen Euro pro Jahr. Das geht weiter zu Lasten von Beschäftigten und Patientinnen und Patienten.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Das Land Baden-Württemberg muss seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkommen: Es muss die notwendigen Investitionen der baden-württembergischen Krankenhäuser (einschließlich der Universitätskliniken) so finanzieren, dass zusätzliche Belastungen für die Kommunen und Krankenhäuser unterbleiben. Das Fördervolumen muss mindestens auf 660 Mio. Euro erhöht und der Investitionsstau dringend abgebaut werden.
 - ▶ Zusätzliche Stellen in den Krankenhäusern müssen finanziert werden. Nach Berechnungen von ver.di fehlen derzeit zirka 20.000 Stellen in baden-württembergischen Krankenhäusern über alle Berufsgruppen hinweg.
 - ▶ Öffentliche Krankenhäuser müssen durch Kooperationen und Spezialisierungen am Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet werden. Dabei darf die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung nicht gefährdet werden. Wir lehnen den Verkauf von öffentlichen Krankenhäusern an private Klinikbetreiber ab. Private Kliniken müssen in die öffentliche Hand zurückgeführt werden.
 - ▶ Die sieben Zentren für Psychiatrie und die vier Universitätskliniken müssen als Anstalten des Öffentlichen Rechts erhalten bleiben und dürfen nicht in private Trägerschaft überführt werden.
 - ▶ Wir wollen keine Pflegekammer, da sie für die Pflegebeschäftigten Zwangsbeiträge und Sanktionen bringt, aber keine Änderungen der Verhältnisse, unter denen die Pflegekräfte arbeiten müssen.
- ▶ Die täglichen Zuzahlungen in Höhe von 10 Euro in den ersten 28 Tagen bei stationärer Behandlung werden abgeschafft. Ein Krankenhausaufenthalt sollte neben den persönlichen Belastungen nicht noch eine finanzielle Belastung darstellen.

Wir unterstützen daher die politischen und betrieblichen Kämpfe der Krankenhausbeschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Versorgung der Patientinnen und Patienten.

3.2.2. Ambulante Versorgung

Die ambulante Gesundheitsversorgung muss dem Bedarf besser gerecht werden. Die doppelte Facharztstruktur im ambulanten und stationären Bereich ist ein besonderer Kostentreiber im deutschen Gesundheitswesen. Sektorengrenzen zwischen ambulant und stationär erschweren eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten. Hinzu kommt der zunehmende Mangel an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum und in Städten für ärmere Stadtteile.

DIE LINKE fordert:

- ▶ die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung aufzuheben und den Krankenhäusern zu erlauben, eine Ambulanz oder Poliklinik zu führen.
- ▶ Auch in dünner besiedelten Regionen von Baden-Württemberg muss das Netz von Rettungsdiensten und Notarztsitzen enger werden, um schnellere Einsatzzeiten zu ermöglichen und die steigende Zahl von Einsätzen auszugleichen. Notärzte müssen vom Land fest angestellt werden.
- ▶ Der allgemeine ärztliche Notdienst (nachts und an Wochenenden) muss reformiert werden: Nicht nur wie bisher in den wenigen Großstädten, sondern in allen Kreisstädten brauchen wir leistungsfähige Notfallambulanzen als Teil der jeweiligen Krankenhäuser, in denen oder über die jederzeit alle für die Notfallversorgung wichtigen Fachrichtungen erreichbar sind.
- ▶ Die Notfallambulanzen in den Kliniken müssen kostendeckend finanziert werden.
- ▶ Wir wollen die Gesundheitsprävention deutlich ausbauen, sie muss gebührenfrei sein. Auch ohne ein bundesweites Präventionsgesetz kann in Baden-Württemberg viel getan werden.
- ▶ Erkennung und Abbau physischer und psychischer Belastungsfaktoren durch mehr Analysen von Arbeitsplätzen und Ausbau des betriebsärztlichen Dienstes. Dabei muss der betriebliche Gesundheitsschutz auch in Mittel- und Kleinbetrieben gefördert werden.
- ▶ gesundheitsbewusstes Verhalten durch geschlechter- und altersspezifische Angebote (Ernährung, Bewegung, Sport) zu fördern.
- ▶ Benachteiligte Bevölkerungsgruppen müssen gefördert werden, um Leistungen der Gesundheitsvorsorge in Anspruch nehmen zu können.

- ▶ eine geschlechtsspezifische Gesundheitsvorsorge und -forschung auszubauen.
- ▶ Wir wollen den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) wieder so aufbauen, dass er seine Aufgaben bei der allgemeinen Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung und im Impfwesen, beim Gesundheitsunterricht und im schulärztlichen Dienst wieder erfüllen kann.
- ▶ eine Regelung, damit Patienten ohne die Steuerungsfunktion des Arztes direkt in physiotherapeutische Behandlung kommen können. Jeder gesetzlich versicherte Patient soll die Möglichkeit haben, direkt einen Physiotherapeuten aufzusuchen.

3.3 Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte

Die Leistungen der Pflegeabsicherung müssen so gestaltet werden, dass allen Menschen ermöglicht wird, selbstbestimmt zu leben und den Alltag kompetent zu meistern.

Das neue Begutachtungsverfahren muss auch eine Methode umfassen, nach der die Pflegebedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen bestimmt werden kann. Menschen mit Demenzerkrankungen müssen endlich angemessen in die Pflegeversicherung einbezogen werden.

DIE LINKE versteht Pflege als eine Aufgabe der Gesellschaft und damit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Politik, die gerecht und solidarisch ist, kann eine effektive, menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung organisieren und finanzieren. Mit dem Teilkasko-Prinzip muss Schluss sein: Eine sozial gerechte Pflegeversicherung muss perspektivisch alle nötigen Leistungen übernehmen.

Vor allem Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter oder Schwiegertöchter – übernehmen Pflegearbeit. Doch die Familienstrukturen, das Familienbild und die Erwerbsbiographien von Frauen ändern sich – und das ist gut so. Auch wollen pflegebedürftige Menschen nicht automatisch von ihren Angehörigen gepflegt werden. Eine selbstbestimmte Entscheidung über die Frage, wer pflegt mich, ist in vielen Fällen nicht möglich: Pflege hängt in zunehmendem Maße von der Größe des eigenen Geldbeutels ab.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Leistungen so zu gestalten, dass es allen Menschen möglich ist, selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Ein Ausbau des bezahlbaren, barrierefreien Wohnraums ist dafür unerlässlich.
- ▶ Gute Pflege darf nicht von den eigenen finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Damit eine solche neue Pflegepolitik gelingt, muss das Leistungsniveau der Pflegeversicherung deutlich angehoben werden. Das bietet den Betroffenen die Möglichkeit, sich fachgerecht zu Hause pflegen zu lassen.

Gute Pflege hängt entscheidend von qualifizierten und engagierten Beschäftigten ab. Der Alltag von Pflegekräften ist von Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und schlechter Bezahlung geprägt. Darunter leiden alle Beteiligten: das Pflegepersonal und die zu pflegenden Menschen sowie deren Angehörige. Pflege ist eine schwere und anspruchsvolle Arbeit, die gesellschaftlich anerkannt und entsprechend bezahlt werden muss. Es braucht eine qualitativ hochwertige Ausbildung, in der Auszubildende als Lernende verstanden werden. Die dreijährige Ausbildung soll den Zugang zu den Hochschulstudiengängen der Pflege ermöglichen. Die gesetzlichen Regelungen zur Praxisanleitung und -begleitung müssen eingehalten werden.

Die Anhebung des Leistungsniveaus der Pflegeabsicherung eröffnet den finanziellen Spielraum, Pflegekräfte besser zu bezahlen. Mini- und Midijobs in der Pflege müssen in reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt werden. Um Lohndumping in der Pflege zu verhindern, braucht man als unterste Grenze einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 10,00 Euro.

Um die gleichberechtigte Teilhabe der Betroffenen in der Mitte unserer Gesellschaft zu sichern, müssen kommunale Hilfsstrukturen wie Pflegestützpunkte und Wohnberatung ausgebaut werden.

3.4 Unterstützung der Hebammen

DIE LINKE fordert finanzielle Unterstützung der freiberuflich tätigen Hebammen. Durch rasant steigende Beiträge zur Berufshaftpflicht ist die Existenz der Hebammen gefährdet. Die Hebammenarbeit ist ein wichtiger Bereich in der ganzheitlichen Medizin und ein unersetzlicher Erfahrungsschatz für Frauen. Insbesondere die geburtshilflich arbeitenden Hebammen tragen ein hohes finanzielles Risiko. Nach Artikel 8 der Menschenrechtskonvention hat laut Europäischem Gerichtshof jede Frau das Recht auf Wahlfreiheit in der Geburtshilfe. Das Land kann ein Zeichen setzen und in die Gesundheit von Kindern und ihre Familien investieren. Baden-Württemberg braucht die Hebammen.

4. Bildung geht sozial – Fördern statt Ausgrenzen

Baden-Württemberg ist bundesweit Schlusslicht bei der sozialen Gerechtigkeit im Bildungswesen. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich nimmt auch hier zu. Der Anteil von Arbeiterkindern an den Studierenden ist nicht gestiegen. Die Landesregierung hatte versprochen, das zu ändern. Aber die Reformen sind halbherzig und schlecht gemacht. Sie haben die

Schullandschaft weiter zersplittert, werden auf dem Rücken der Lehrkräfte umgesetzt und rufen so Ablehnung hervor, während bei den Schülerinnen und Schülern Stress und Leistungsdruck weiter zunehmen.

Nur DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass auch die Kinder aus einkommensschwachen Elternhäusern bessere Chancen bekommen. Sie steht für ein Bildungssystem, das alle Menschen unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Religionszugehörigkeit oder körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit einbezieht und individuell fördert. Ein solches Bildungssystem muss in allen Bereichen gebührenfrei sein und Menschen mit geringen Einkommen besonders unterstützen. Bildung ist für DIE LINKE eine zentrale Voraussetzung für Selbstbestimmung, für gesellschaftliches Engagement und individuelle Gestaltung des Lebens sowie für ein verantwortliches, solidarisches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft.

4.1. Klasse Kita für unsere Kinder!

Die öffentlichen Kindertagesstätten müssen auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sein und soziale Benachteiligungen ausgleichen. Dafür brauchen sie die nötigen Ressourcen. Gerade in Baden-Württemberg bedeuten Kinder ein erhöhtes Armutsrisiko. Besonders Alleinerziehende brauchen sichere Betreuungsplätze und Betreuungszeiten, die auch der Verkäuferin, dem Krankenpfleger oder der Schichtarbeiterin Erwerbstätigkeit ermöglichen und gleichzeitig gute Arbeit für die Erzieherinnen und Erzieher sichert.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Wir wollen in allen Kindertagesstätten ein kostenfreies, hochwertiges Mittagessen garantieren. Denn: Wer Hunger hat, spielt und lernt nicht mit.
- ▶ Wir treten für eine inklusive Bildung und Kinderbetreuung ein. Alle Kinder mit und ohne Behinderung, mit ihren Stärken und Schwächen müssen gefördert werden.

4.1.1. Gute Arbeitsbedingungen in der Kindertagesbetreuung

Wir fordern eine gute Bezahlung in allen Kindertagesstätten. DIE LINKE lehnt es daher ab, Qualifikationsstandards zu senken. Alle Träger sollen von der Landesregierung finanziell so ausgestattet werden, dass sie gute Arbeit gut bezahlen können.

Jahrzehntelang hätte es ohne ehrenamtliches und privates Engagement keine Angebote für unter dreijährige Kinder gegeben. Für die Zukunft lehnen wir jedoch eine Verlagerung öffentlicher Aufgaben wie frühkindliche Bildung in den privaten und ehrenamtlichen Bereich ab. Wir wollen einen Ausbau der öffentlichen Kindererziehung, die weltanschaulich neutral ist. Elternvereine, freie Träger und Tagespflegepersonen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass gerechte und

existenzsichernde Einkommen gewährleistet werden und von Eltern keine Zuschläge oder ehrenamtliche Dienste verlangt werden müssen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Kinder haben ein Recht auf gute und für ihre Eltern unentgeltliche Bildung. Sie beginnt nicht erst mit der Einschulung. DIE LINKE streitet für eine gebührenfreie Bildung für alle. Das gilt auch für Kindertagesstätten.
- ▶ Wir wollen flächendeckende Ganztageseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen schaffen.
- ▶ Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung darf nicht durch Gebühren außer Kraft gesetzt werden. Wir wollen keine Spaltung in „gute und teure“ Einrichtungen mit hohen Gebühren und überlaufene öffentliche Angebote.
- ▶ Kindertagesstätten müssen als Bildungseinrichtung anerkannt und als solche vom Land finanziert werden.
- ▶ Kitagebühren müssen abgeschafft und als Sofortmaßnahme ein gebührenfreies Kitajahr eingeführt werden. Der Bund muss sich an der Finanzierung der Kitabetreuung beteiligen.
- ▶ Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten müssen sich nach dem Zeitbedarf der Eltern richten. Das darf weder zulasten von Betreuungsplätzen gehen noch die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher verschlechtern.
- ▶ In allen Kinderkrippen sollen pro Gruppe mindestens zwei Fachkräfte mit Erzieherausbildung eingesetzt werden.
- ▶ Den Beschäftigten müssen Angebote der Fort- und Weiterbildung gemacht werden, auch um interkulturelle und sonderpädagogische Kompetenzen zu erwerben.
- ▶ Für alle Kinder mit sprachlichen Defiziten muss es ausreichende Sprachförderangebote geben. Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund ist eine Chance und muss gefördert werden.
- ▶ Kinder mit und ohne Behinderungen sollen gemeinsam betreut und gefördert werden. Dazu braucht man außer barrierefreien Räumen, auch sonderpädagogische Begleitung und Beratung im Gruppenalltag, für die Erzieherinnen und Erzieher und Eltern. Bei Bedarf werden dem Kind mit Behinderungen speziell ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher zur Seite gestellt.

4.2. Eine Schule für alle: Gemeinsam lernen

DIE LINKE tritt für einen qualitativ hochwertigen Ausbau der Gemeinschaftsschulen ein. Durch individuelle Förderung kommen in der Gemeinschaftsschule mehr Kinder zu besseren Abschlüssen und leistungsstarke Kinder werden nicht zurückgehalten. Keine andere Schulart kann die soziale Auslese in der Schule zurückdrängen. In einer solchen inklusiven Gemeinschaftsschule lernen alle Schülerinnen und Schüler bis zum 10. Schuljahr gemeinsam. Schule darf nicht krank machen. Wir wollen weder Druck noch Auslese. Das sinnlose Sitzenbleiben wollen wir zunächst in der Grundschule abschaffen.

Gute Schule bedeutet auch: Gute Arbeit für Lehrerinnen und Lehrer und alle anderen Beschäftigten. In keinem anderen Bundesland werden so viele Lehrkräfte befristet eingestellt wie in Baden-Württemberg und Bayern. In den Sommerferien werden sie entlassen und müssen zum Jobcenter. Damit muss Schluss sein! Daueraufgaben erfordern unbefristete Verträge. Das gilt in allen Bildungseinrichtungen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Den schrittweisen, aber konsequenten Abbau des selektiven gegliederten Schulsystems, d.h. wir wollen gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse in rhythmisierten Ganztageschulen. Mit einer ausgewogenen Verteilung des Unterrichts auf den Vor- und Nachmittag. Mit längeren Bewegungspausen, sowie schrittweiser Abbau von Noten und Sitzenbleiben.
- ▶ Schule ist eine zentrale Lebenswelt für Schüler und Schülerinnen. Deshalb muss sie Raum für Freizeit, Sport und Spielen ermöglichen.
- ▶ Pädagogische Arbeit muss an allen Schulen ergänzt werden durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Psychologinnen und Psychologen, um den sozialen und psychischen Problemen auch von Flüchtlingen gerecht werden zu können.
- ▶ Schule muss gebührenfrei sein.
- ▶ Ausreichende Unterrichtsversorgung – kleinere Klassen. Es fällt viel zu viel Unterricht aus. Schon am Schuljahresanfang fehlen Lehrkräfte. Stellen können nicht besetzt werden, da die Landesregierung durch ihre Ankündigung, 11.600 Lehrerstellen zu streichen, vom Lehramtsstudium abgeschreckt und diese Ankündigung nur halbherzig bis zu den Wahlen zurückgenommen hat. Dabei war immer klar, dass Reformen wie Ganztageschule neue Stellen brauchen. Nur durch eine ausreichende Lehrkräftereserve von 5 % kann der Unterrichtsausfall begrenzt werden. Auch Krankheitsvertretungen und „Springer“ brauchen verlässliche Verträge und dürfen nicht jährlich vor den Sommerferien wieder entlassen werden. Die Arbeit im Bildungswesen darf nicht zu unsicheren Lebensverhältnissen führen. 28 Kinder in einer ersten Klasse oder 24 in einer Flüchtlingsklasse sind unvertretbar. Wir unterstützen eine Senkung des Klassenteilers in allen Schularten.
- ▶ Wenn Eltern auf private Nachhilfe angewiesen sind, schlägt die soziale Spaltung zu. Wir setzen uns für einen Sozialindex ein, nach dem Schulen in Stadtteilen mit einkommensschwacher Bevölkerung besonders unterstützt werden, damit sie Förderung anbieten können.
- ▶ Unsere Landesverfassung verlangt ausdrücklich, dass Unterricht und Lernmittel gebührenfrei sein müssen. Dazu gehören für uns auch das Mittagessen in Ganztageschulen und Kitas – genauso wie die Betreuungsangebote vor und nach dem Unterricht. Auch die Schülerbeförderungskosten müssen durch Schulträger und Land übernommen werden.
- ▶ Willkommenskultur in der Schule. Wir wollen Sprachförderklassen ausbauen und pädagogisch weiterentwickeln. Lehrkräfte müssen rechtzeitig eingestellt, vorbereitet und weitergebildet werden. Mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund sollen gewonnen werden.
- ▶ Eine Schule der Demokratie. Wenn Bildung und Schule einen Zugang zu Demokratie vermitteln wollen, müssen sie selbst demokratisch aufgebaut sein. Klassenräte, Schul- und Hochschulversammlungen gehören zu guter Bildung. Wir stehen für den Ausbau der Selbstverwaltung im Bildungswesen. Auf Landesebene streben wir einen Landesschulrat an. Noch immer spüren wir in Baden-Württemberg die Nachwirkungen der Berufsverbote aus den 1970er Jahren, die der Europäische Gerichtshof schon lang für Unrecht erklärt hat. Wir fordern eine offene Diskussion und Aufarbeitung über das Klima von Einschüchterung in den Schulen, damit wir in eine neue, demokratische Schule starten können.
- ▶ Vielfalt bereichert Bildung. Wir wollen, dass die Rechte der Menschen mit Behinderung endlich umgesetzt werden. Dazu nötig sind Barrierefreiheit, kleinere Klassen und sonderpädagogische Unterstützung. Neben Fremdsprachen soll auch die Gebärdensprache als Unterrichtsfach eingeführt werden. Inklusion entsprechend Artikel 24 der Behindertenrechtskonvention der UNO muss an allen Schularten gleichmäßig ermöglicht werden, ist aber letztlich nur in einer „Schule für Alle“ möglich.
- ▶ Auch Wissen über unterschiedliche sexuelle Orientierungen muss altersgemäß Thema des Unterrichts sein. Die Wertschätzung von Vielfalt soll im Schulgesetz als Bildungsziel verankert werden. Die fundamentalistischen Bildungsplanegner versuchen im Schulerschluss mit Pegida-nahen Gruppen, durch Lügen und Verdrehungen, Eltern aufzuhetzen. Dies wollen wir aktiv bekämpfen.
- ▶ Ethik als Schulfach. Die grün-rote Landesregierung hatte angekündigt, dass Ethik in allen Schularten, Schulen und Klassenstufen als gleichwertiges Wahlfach angeboten wird. Das ist nicht passiert. Wir lehnen es ab, dass bei der Abmeldung vom Religionsunterricht immer noch eine diskriminierende „Gewissensprüfung“ angesetzt wird.
- ▶ Schulfrei für die Bundeswehr – Bildung ist Friedenserziehung. Die Regierungsparteien haben versprochen, den Kooperationsvertrag zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr zu kündigen. Dieses Versprechen wurde gebrochen und 2014 wurde sogar eine neue Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Jugendoffiziere und Karriereberaterinnen und -berater, sowie Rüstungskonzerne und deren Lobbyisten haben auf Schulen und Schulhöfen nichts zu suchen. Werbung für Kriegseinsätze und die Bundeswehr darf es an Schulen nicht geben.
- ▶ Bildungsinvestitionen als Konjunkturprogramm – Kooperationsverbot abschaffen. Wenn Klassenräume sanierungsbedürftig sind und Toiletten nicht mehr aufgesucht werden können, werden Unterfinanzierung und fehlende Investitionen offensichtlich. Daher ist eine Finanzierungsoffensive für Ausbau und Sanierungen der Schulen, unter Beteiligung des Landes und des Bundes, dringend notwendig. DIE LINKE tritt als einzige Partei dafür

ein, das Kooperationsverbot abzuschaffen. Es verbietet dem Bund, Schulen finanziell zu unterstützen.

- DIE LINKE lehnt alle methodischen und inhaltlichen Eingriffe seitens privatwirtschaftlicher Unternehmen in das Schulsystem ab. Schulbildung muss eine rein staatliche Aufgabe bleiben.

4.2.1 Grundschule – mehr Ressourcen für Förderung

Mehr soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen verlangt zunächst vor allem eine Stärkung der vorschulischen Bildung und der Grundschule. Die Landesregierung hat die pädagogische Stärkung der Grundschule aus dem Blick verloren, die Sprachförderung von Migrantinnen und Migranten wird vernachlässigt, die Verankerung der notwendigen Förderstunden im Pflichtbereich wird immer noch verweigert, das Ganztagsschulprogramm setzt zu sehr auf Betreuung und offene Angebote, getragen von Kräften in einem scheinbaren Ehrenamt oder in meist unsicheren Arbeitsverhältnissen, oft ohne adäquate Ausbildung. Zudem wurde durch die Möglichkeit von kostenpflichtigen Zusatzangeboten neben einem schlecht ausgestatteten Grundangebot die Tür geöffnet zu einem verfassungswidrigen, weil kostenpflichtigen Unterricht innerhalb der Pflichtschule.

Die Abschaffung der verbindlichen Grundschul-Empfehlung darf nicht rückgängig gemacht werden. Individuelle Förderpläne und Rückmeldungen sollen in der Grundschule das Notensystem ersetzen.

4.2.2. Sekundarstufe – Schulentwicklungskonzept ist notwendig

Die Zulassung von Gemeinschaftsschulen ist ein wichtiger Erfolg der Landesregierung, den wir begrüßen, aber für ungenügend halten, da sie nicht verbunden ist mit einem Entwicklungskonzept aller Schularten. Daher droht vielen Gemeinschaftsschulen die Rückentwicklung zu Hauptschulen. Wir fordern eine schnelle und verlässliche Sicherung des Übergangs in die gymnasiale Oberstufe durch verbindliche Kooperationsvereinbarungen. Die flächendeckend eingeführte Gemeinschaftsschule soll eine Oberstufe auf Gymnasialniveau anbieten und so auch zum Abitur führen.

DIE LINKE setzt sich für „Eine Schule für Alle“ ein. Die Schulentwicklung muss dies konsequent anstreben. An allen Schularten der Sekundarstufe müssen dazu alle Bildungsniveaus angeboten werden. Die Veränderung der Schülerzusammensetzung erfordert eine zieldifferenzierte Förderung an allen Schularten.

Die bisherige „regionale Schulentwicklung“ ist zunächst nur ein Konzept für die Abwicklung der Hauptschulen. Das Schulerben beschleunigt sich und eine zentrale Standortplanung fehlt. So entsteht Investitionsunsicherheit bei den Kommunen und die wohnortnahe Schulversorgung geht verloren. Der Schülerverkehr nimmt zu und die Kosten steigen – vor allem für die sozial Schwächeren, die bisher die Hauptschule/Werkrealschule besuchten. Auf sie kommen noch die Ganztagschul-Kosten zu, so dass sich zusätzliche Belastungen von zirka

100,00 Euro pro Monat ergeben (knapp 40,00 Euro Fahrkarte, 60,00 Euro Essen und Getränke).

Im Stich gelassen hat die Landesregierung die Lehrkräfte der Werkrealschulen. Es fehlt ein Personalentwicklungskonzept, das den Betroffenen Perspektiven gibt und ihre unverzichtbaren Kompetenzen nutzt.

Die Realschulen beschulen zunehmend Schüler des unteren Leistungsbereichs. Der dort nun mögliche Weg zum Hauptschulabschluss darf nicht zu einer erneuten Selektion führen. Der Mittlere Abschluss ist zum

Basisabschluss geworden, der durch Förderung und variable Verweildauer möglichst von allen Schülerinnen und Schülern erreicht werden sollte.

Realschulen sollen, wenn die pädagogischen Voraussetzungen gegeben sind, auch das gymnasiale Niveau anbieten und Lehrkräfte aller Schularten einsetzen dürfen.

Die Belastung der Lehrkräfte wird zunehmend zu einem zentralen Problem der Schulentwicklung. An den Gemeinschaftsschulen wird dies besonders sichtbar. Daher fordern wir eine Arbeitszeitverkürzung zunächst an differenziert arbeitenden Schulen, eine Angleichung der Deputate und der Bezahlung.

Die Verkürzung der Lernzeit im achtjährigen Gymnasium (G8) ist weiterhin unbefriedigend und führt zu erheblichen Belastungen. Modellversuche für G9 finden großen Anklang. Wir fordern die Abschaffung von G8 zugunsten einer einheitlichen G9-Schulzeit. Angesichts der zunehmenden Verschiedenartigkeit der Schülerzusammensetzung an Gymnasien ist eine pädagogische Weiterentwicklung notwendig, die auch ein Unterrichten auf verschiedenen Niveaustufen und einen Verzicht auf Abschulung beinhaltet.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen, die diesen Weg gehen, auch die dafür notwendigen Ressourcen bekommen und sich für G9 entscheiden können. Die Gymnasien müssen in die regionale Schulentwicklung einbezogen werden. Dazu ist es auch nötig, die Schulverwaltung zu vereinheitlichen.

4.3 Berufliche Bildung verbessern – Weiterbildung fördern

DIE LINKE steht für ein Recht auf Ausbildung. Wir wollen das duale System der Ausbildung in Schule und Betrieb mit einer Regeldauer von mindestens drei Jahren stärken. DIE LINKE lehnt eine modulare Ausbildung ab. Sie würde ein Baukastensystem bedeuten, nach dem die Geschäftsführungen festlegen, welche Inhalte der Ausbildung für den jeweiligen Betrieb sinnvoll sein sollen. Die Ausbildung und die Entscheidung über ihre Inhalte und Dauer ist Sache der ganzen Gesellschaft, nicht eines einzelnen Unternehmens.

DIE LINKE tritt auch Überlegungen entgegen, die zumindest dreijährige duale Berufsausbildung durch sogenannte „Werkerausbildungen“ zu ersetzen, die im verstärkten Maß den scheinbar lernschwachen Jugendlichen angeboten werden. Wir

fordern, dass sich das Land, im Sinne der genannten Jugendlichen, für eine Verlängerung der Ausbildung einsetzt und sie gegebenenfalls auch fördert.

Berufsbilder müssen auf der breiten Vermittlung allgemein einsetzbarer Qualifikationen beruhen. Künftig sollen Auszubildende, die nicht in der Lage sind, das Ausbildungsziel in der Regelausbildungszeit zu erreichen, weitere Förderung erhalten und ihre Ausbildung gegebenenfalls verlängern können.

Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne Ausbildung finden nur schwer Arbeit. Deshalb sollen sie besonders gefördert, begleitet und beraten werden, um einen beruflichen Bildungsabschluss erlangen zu können. Der Übergang zwischen Schule und Ausbildung muss für sie besonders erleichtert und durch Schulprojekte vorbereitet werden, die nicht auf das Ehrenamt geschoben werden dürfen.

Die Landesregierung reduziert unter dem Stichwort „regionale Schulentwicklung“ allein aus Kostengründen Fachklassen an den Berufsschulen im ländlichen Raum. Das lehnt DIE LINKE ab. Es geht nicht nur auf Kosten der Schülerinnen und Schüler, deren Schulwege sich massiv verlängern, sondern wird auch dazu führen, dass sich das Angebot an Ausbildungsplätzen in der Fläche weiter reduziert.

Das Land Baden-Württemberg als großer Ausbildungsträger und Arbeitgeber muss endlich mit gutem Beispiel vorangehen: Junge Menschen müssen bereits am Anfang ihrer Ausbildung die Perspektive auf Übernahme, unbefristete Arbeitsverträge und gerechte Entlohnung bekommen. Die Landesregierung hat in diesem Bereich in den vergangenen Jahren viel versäumt. Der Anteil an befristeten und damit langfristig unsicheren Jobs ist im öffentlichen Dienst sehr hoch. Junge Menschen verdienen eine verlässliche Zukunftsperspektive!

DIE LINKE wird im Landtag einen Gesetz-Entwurf einbringen zu einer Ausbildungsplatzumlage, wie es sich bereits in der Krankenpflegeausbildung in Baden-Württemberg bewährt hat und fordert den bestehenden Bildungsurlaub ohne inhaltliche Beschränkungen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Eine festgelegte Quote zwischen Auszubildenden und Ausbilderinnen oder Ausbildern. Die Quoten sollen für die einzelnen Branchen von Gewerkschaften und Unternehmen festgelegt werden.
- ▶ Jeder Ausbildungsbetrieb wird verpflichtet, sein Ausbildungspersonal regelmäßig berufsfachlich und pädagogisch zu schulen.

Für 100 angehende Auszubildende müssen mindestens 120 Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen. Das Land muss mehr überbetriebliche Ausbildungsplätze anbieten, um diesen Grundsatz zu verwirklichen. Produktions- und Dienstleistungs-

unternehmen aller Art, die keine oder zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, müssen eine Abgabe entrichten.

4.4. Für eine kritische Hochschule: selbständig denken und fragen lernen

Hochschulen sind zunehmend auf Wettbewerb, Markt und Elitenförderung ausgerichtet. Credit-Points, Anwesenheitspflicht und verkürzte Regelstudienzeit zeigen deutlich: Das Studium dient hauptsächlich der ökonomischen Verwertbarkeit. Diese Entwicklung hin zur unternehmerischen Hochschule sehen wir an den Aldi- und Deutsche Bank-Hörsälen. Die finanzielle Ausstattung wird zunehmend an marktförmige Kriterien gebunden. Gleichzeitig fehlen Studienplätze, Hörsäle, Lehrende, universitäre Infrastruktur und Wohnraum für Studierende.

Dem setzt DIE LINKE ein emanzipatives Hochschulmodell entgegen. Während des Studiums lernen Studierende, selbstständig zu arbeiten und Wissen kritisch zu hinterfragen. Deswegen lehnen wir es ab, dass Studierende unter enormen Prüfungsdruck möglichst schnell ihr Studium durchlaufen sollen. Dazu gehört die Modularisierung des Studiums und das Konzept der Regelstudienzeit.

Wir wollen die Hochschule öffnen. DIE LINKE setzt sich für die Überwindung von Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie Numerus Clausus, Auswahlgespräche oder IQ-Tests ein. Wir fordern freien Zugang zum Master für alle Studierenden. Die Studierenden sollen selbst bestimmen können, welches Fach sie wo studieren. Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Universitäts- und Fachhochschulstudiengängen erhöht werden. Hochschulstudiengänge müssen auch für diejenigen geöffnet werden, die über eine berufliche Ausbildung gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder eine vergleichbare Ausbildung verfügen. DIE LINKE setzt sich zudem für eine inklusive Hochschule ein.

4.4.1. Studienreform ausgestalten

Unter dem Deckmantel der Internationalisierung wurde mit der Bologna-Reform die Ökonomisierung der Bildung weiter vorangetrieben. Viele positive Ansätze wurden im Sinn einer „Effizienzsteigerung“ des Ausbildungsbetriebs bereitwillig geopfert. Unter diesen Gesichtspunkten ist ein Bachelor-Abschluss oft nicht mehr als ein „besserer Studienabbruch“. Der Bologna-Prozess ist gescheitert. DIE LINKE setzt sich für eine Studienreform ein, die diesen Namen auch verdient: Im Dialog mit Studierenden und Lehrenden müssen Studieninhalte überarbeitet und auf ihre Studierbarkeit und Vergleichbarkeit überprüft werden.

4.4.2. Studienfinanzierung für ein selbstbestimmtes Leben

Zwar wurden allgemeine Studiengebühren abgeschafft, aber dafür wurden Studiengebühren für ein berufsbegleitendes Studium eingeführt und die Gebühren für Gasthörer erhöht.

Gleichzeitig ist das BaföG noch immer zu niedrig und an enge Bedingungen geknüpft. Gerade Studierenden aus ärmeren Haushalten wird so häufig der Weg in ein Studium versperrt. Das wird unter anderem daran deutlich, dass zwar 71 % der Kinder von Akademikerinnen und Akademikern studieren, aber nur 24 % der Kinder aus einem nicht-akademischen Elternhaus. Wenn die Studierendenzahlen in Baden-Württemberg steigen, so aufgrund derjenigen, die über einen entsprechenden finanziellen und kulturellen Hintergrund verfügen.

4.4.3. Gute Arbeit für eine verantwortungsbewusste Wissenschaft

Auch jenseits des Studiums ist der Finanzierungsdruck an den Hochschulen spürbar. Die Personalstruktur in der Wissenschaft ist von Unsicherheit, Befristungen, unfreiwilliger Teilzeit und Werkverträgen geprägt. Das erschwert die Lebens- und Berufsplanung vieler junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Deswegen müssen die Beschäftigungsstrukturen im sogenannten Mittelbau grundsätzlich reformiert werden, um verlässliche Beschäftigungsverhältnisse diesseits der Professur zu ermöglichen. Die Finanzierung der Hochschulen über projektbezogene Drittmittel verstärkt diesen Trend noch. Die Notwendigkeit, Drittmittelprojekte zu bekommen, verengt gleichzeitig die universitäre Wissenschaft auf die Forschungsgebiete, die sich am gewinnbringendsten verwerten lassen. Um die Verwertungslogik zu durchbrechen und gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, setzt sich DIE LINKE für eine steuerliche Ausfinanzierung der Hochschulen ein.

4.4.4. Demokratische Hochschulstrukturen für eine kritische Wissenschaft

Durch das elitäre System der Berufung von Professuren und Juniorprofessuren wird vielen hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, besonders Frauen, jegliche Perspektive genommen. Gleichzeitig wurden die Mittel der akademischen Selbstverwaltung ausgedünnt. Die Kompetenzen der Senate und Fakultätsräte wurden schrittweise an Vorstände und Aufsichtsräte übertragen. Hinter der angeblichen Selbstbestimmung der Hochschulen steckt eine Fremdbestimmung durch Unternehmen im Hochschulrat. Eine kritische Wissenschaft braucht Freiheit und keine Stichwortgeber aus der Wirtschaft. Kooperationsvereinbarungen zwischen Unternehmen und Hochschulen müssen offen gelegt werden. Daher streitet DIE LINKE für die Entmachtung der Hochschulräte und die viertelparitätische Besetzung der Senate. Die Forschungs- und Innovationsförderung des Bundes muss zudem auf das Ziel sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientiert werden. Kommunen und andere öffentliche Verwaltungen, auch Krankenhaus-, Sozial- oder Nahverkehrsträger sollen Forschungsdienstleistungen nutzen können.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Eine bedarfsdeckende Grundfinanzierung der Hochschulen.
- ▶ Ein Sofortprogramm zur Deckung des erhöhten Lehrbedarfs durch höhere Studienanfängerzahlen.

- ▶ Wiederanhebung der Qualitätssicherungsmittel auf 280,00 Euro im Semester pro Studierenden. Über deren Verwendung entscheidet die Verfasste Studierendenschaft. Gleichzeitig wird die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöht.
- ▶ Ein gebührenfreies Studium und damit die Öffnung der Hochschulen für alle.
- ▶ Die Erweiterung der verfassungsrechtlich garantierten Lehr- und Lernmittelfreiheit auf die Hochschulen.
- ▶ Alle Zulassungsbeschränkungen abzuschaffen.
- ▶ Den Master (MA) als Regelabschluss an allen Hochschulen und den Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz.
- ▶ Die Studiengänge müssen so konzipiert sein, dass sie der Lebensrealität der Studierenden gerecht werden. Unter anderem, weil ein großer Teil gezwungen ist, neben dem Studium Geld zu verdienen.
- ▶ Die Abkehr vom Konzept der Regelstudienzeit und von Zwangs-Exmatrikulationen für Langzeitstudierende.
- ▶ Wir werden uns dafür einsetzen, dass von Baden-Württemberg eine Initiative zur Umgestaltung des BaföG ausgeht: Es soll zu einer bedarfsdeckenden, elternunabhängigen, rückzahlungs- und repressionsfreien Studienfinanzierung werden.
- ▶ Für unbefristete Stellen für Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Verwaltung müssen tarifliche Regelung aller Arbeitsverhältnisse an Hochschulen, durch Abschaffung der Tarifsperr im wissenschaftlichen Zeitvertragsgesetz, gelten.
- ▶ Einrichtung von Beschäftigtenpools für wissenschaftsunterstützendes Personal, die unterstützenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Projekten unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen.
- ▶ Förderprogramme für die wissenschaftliche Qualifikation von Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Handicap.
- ▶ Wissen, das mit Steuermitteln erarbeitet wurde, muss allen zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund setzen wir uns für verpflichtende Open-Access-Veröffentlichungen aller wissenschaftlichen Erkenntnisse nach dem Prinzip von Open Data ein.
- ▶ Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Deshalb fordert DIE LINKE ein gesetzliches Verbot von Rüstungsforschung an den Hochschulen im Land und die flächendeckende Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller Einrichtungen. Militärisch relevante Technologien dürfen nicht länger unter dem Deckmantel „zivile Sicherheitsforschung“ entwickelt werden.
- ▶ Studentischen Verbindungen mit rassistischem, sexistischem und völkischem Hintergrund muss untersagt werden, sich an Hochschulen zu betätigen.
- ▶ Die Demokratisierung der Hochschulen durch viertelparitätische Mitbestimmung aller Statusgruppen auf allen Ebenen. Eine demokratische Entscheidungsstruktur ohne Einfluss von Unternehmen sowie die Abschaffung der Hochschulräte.

4.5. Erwachsenenbildung

DIE LINKE will, dass allen Interessierten Bildungsmöglichkeiten auf kulturellem, wirtschaftlichem, beruflichem, sozialem und politischem Gebiet ohne Zugangsschranken offen stehen, und damit allen Menschen die Möglichkeit zur Persönlichkeitsentfaltung, zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen und zu politischer Teilhabe geboten wird. Die berufliche Weiterbildung muss in Baden-Württemberg stärker gefördert werden. Hierfür müssen öffentliche Gelder bereitgestellt werden. DIE LINKE setzt sich auch dafür ein, die Unternehmen für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten in die Pflicht zu nehmen. Zur Finanzierung können Branchenfonds eingerichtet werden, in die Betriebe entsprechend der Anzahl ihrer Beschäftigten einzahlen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Bildungsgebühren in der Erwachsenenweiterbildung (zum Beispiel bei Volkshochschulen) müssen ebenso wie die Studiengebühren entfallen. Die Finanzierung muss dabei vom Land übernommen werden, um die kommunalen Haushalte nicht zu belasten und Angebotsverschlechterungen zu riskieren.
- ▶ Die Beschäftigten in privaten Erwachsenenbildungseinrichtungen müssen mindestens nach Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden. Wir setzen uns für tarifgebundene Arbeitsplätze in der Weiterbildungsbranche ein. DIE LINKE lehnt den Trend zu vermehrter Privatisierung in der beruflichen Bildung und der Erwachsenen- und Weiterbildung ab.

5. Für eine selbstbestimmte Jugendpolitik

Junge Menschen haben ihre eigene Vorstellung davon, wie ihre Welt aussehen soll. Aber nur selten dürfen sie mitbestimmen – egal ob in Schule, Ausbildung, Sportverein oder bei Freizeitangeboten. Deswegen fordert DIE LINKE eine eigene und selbstständige Jugendpolitik: kein Anhängsel an die „große Politik“, sondern eine klar definierte Mitbestimmung. Ein Freundschaftsspiel im Fußballverein mit Flüchtlingen, keine Bundeswehr an der Schule oder endlich eine anständige Skateranlage im Dorf – Jugendpolitik bedeutet, über solche Fragen nicht nur reden, sondern auch mitgestalten und konkret etwas umsetzen zu können.

Politik für junge Menschen heißt Politik von jungen Menschen. Sie wollen nicht nur gehört werden, sie wollen erhört werden. DIE LINKE tritt für eine generelle Stärkung der Jugendverbandsarbeit, der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit ein. Wir wollen den Ring politischer Jugend und die Stadtjugendringe stärken und Jugendliche in landespolitische Angelegenheiten

direkt mit einbeziehen. DIE LINKE setzt sich für eine offene, demokratische Diskussionskultur ein, die auch junge Menschen zu Wort kommen lässt, anstatt sie immer nur vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Bisher entscheiden die Kommunen freiwillig, ob sie einen Jugendgemeinderat einsetzen. DIE LINKE fordert, Jugendgemeinderäte verpflichtend in jeder Stadt einzurichten, die mit beratender Stimme sowie Rede- und Antragsrecht von Anfang an in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

Wir wollen Schule, Studium und Ausbildung wieder stärker demokratisieren. DIE LINKE setzt sich für ein

Verbot von Jugendoffizieren der Bundeswehr ein. Ebenso für ein Verbot von Bundeswehr-Werbung an den Schulen sowie eine Zivilklausel, also das Verbot von Rüstungsforschung, an den Hochschulen. Alle Auszubildenden haben einen Anspruch auf Ausbildungsvergütung. Die Ausbildungsrahmenbedingungen müssen tarifvertraglich geregelt werden. Perspektivisch muss die Ausbildungsvergütung ein selbstständiges Leben ermöglichen.

Ein gutes Leben heißt auch die Freiheit, während der Ausbildung oder dem Studium das Elternhaus verlassen zu können. Das Auszugsverbot für junge Menschen unter 25 Jahren, die ALG-II (Arbeitslosengeld II) benötigen, lehnen wir ab.

Zum guten Leben gehört eine faire Chance auf gute Arbeit. Gerade junge Menschen arbeiten oft befristet und müssen sich von Job zu Job hangeln. Oder es wird ein unbezahltes Praktikum nach dem anderen verlangt. So kann man kein Leben planen. Wir wollen Planungssicherheit für junge Menschen durch sichere Jobs, anständige Löhne und die Möglichkeit, die eigene Arbeit und das eigene Leben selbstbestimmt mitzugestalten.

Wir wollen Jugendarbeitslosigkeit aktiv bekämpfen: Das Land soll erwerbslosen Jugendlichen – besonders Förder- und Hauptschülerinnen und -schülern, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keinen Ausbildungsplatz bekommen – eine Ausbildungsplatzgarantie geben und so eine Erstqualifikation ermöglichen. Die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor muss erhöht werden.

5.1. Kulturelle Selbstbestimmung – Freizeit ist mehr

Junge Menschen haben oftmals keine Lobby, die für sie das Wort ergreift. Beispielsweise hat die Landesregierung 2015 das sinnlose Alkoholverkaufsverbot nach 22 Uhr weiter verschärft. Inzwischen wird sogar überall in Baden-Württemberg über Alkoholverbote an öffentlichen Plätzen diskutiert. Dabei muss das Alkoholverkaufsverbot wieder abgeschafft werden! Junge Menschen kommen dabei nicht zu Wort, obwohl sie von einer solchen Prohibition speziell betroffen sind. Sie sollen einfach aus dem öffentlichen Raum verschwinden und Ruhe geben. Wir finden aber: Wie mit öffentlichem Raum umgegangen wird,

muss gemeinsam, unter Einbindung aller, beschlossen werden. Für DIE LINKE gilt: mehr Gehör und Mitsprache für junge Menschen! Öffentliche Räume müssen für alle offen bleiben!

Der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche muss nach wie vor vergünstigt bleiben, zum Beispiel in Schwimmbädern. Die Schuldenbremse sorgt viel zu oft dafür, dass Schwimmbäder geschlossen werden müssen. Wir halten das für einen großen Fehler und setzen uns in den Kommunen dafür ein Bibliotheken, Jugendhäuser, Schwimm- und Freibäder überall zu erhalten.

Außerdem fordert DIE LINKE mehr Freiflächen für Skating und Streetart. Der öffentliche Raum gehört allen, auch jungen Menschen. Sie sollen an seiner Gestaltung teilhaben dürfen.

Wir wenden uns gegen eine Law-and-Order-Politik mit immer noch stärkeren Polizeikontrollen. Sie schränken die Freiheitsrechte aller Menschen ein. Die Polizei darf nicht selber zum Problem werden!

Jugendliche müssen sich im Land bewegen können. Besonders im strukturschwachen Raum und in ländlichen Gebieten wird dies zunehmend schwieriger. Der Besuch von Freizeiteinrichtungen, Bildungsstätten, Theater, Kinos, Museen, Konzerte ist für viele Jugendliche nicht möglich. DIE LINKE fordert, den ÖPNV auszubauen und flächendeckend Sozial- und Jugendtickets einzuführen, um allen jungen Menschen die Fortbewegung in ganz Baden-Württemberg zu ermöglichen.

6. Willkommen in Baden-Württemberg

6.1. Rechte von Migrantinnen und Migranten stärken

In Baden-Württemberg sind Menschen aus unterschiedlichen Nationalitäten, Kulturen und Religionen zu Hause. Der Anteil von Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg lag 2012 bei 26,7 %. Das ist der höchste Anteil in einem Flächenland in Deutschland.

Vergeblich sucht man jedoch eine Migrationspolitik, die interkulturelle Kompetenzen fördert und den Fähigkeiten und Potenzialen von Menschen mit Migrationshintergrund gerecht wird. Diskriminierungen in Institutionen, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt oder an Schulen stellt für die Menschen oft eine unüberwindbare Barriere dar. Kinder mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen in Schule und Ausbildung. In Baden-Württemberg haben 40 % der unter 25-Jährigen mit Migrationshintergrund keine abgeschlossene Ausbildung. Das führt zu Perspektivlosigkeit, Armut und Spaltung.

DIE LINKE wendet sich entschieden gegen Ausgrenzung. Für uns bilden gleiche Rechte, gegenseitiger Respekt und gleichberechtigte Teilhabe die Grundlage des Zusammenlebens.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Niederschwellige, kostenlose und auf Freiwilligkeit basierende Integrations- und Sprachangebote für alle Altersstufen müssen ausgebaut werden.
- ▶ Die Förderung des herkunftssprachlichen Unterrichts in allen Schulformen.
- ▶ Ein integratives Bildungs- und Ausbildungssystem, Vorschulförderung, interkulturelle Jugendarbeit, geschlechtersensible Bildungsprogramme und Förderprojekte im Übergang zwischen Schule und Beruf.
- ▶ Mehr Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher mit Migrationshintergrund sollen eingestellt werden.
- ▶ In öffentlichen Bereichen wie Behörden, Verwaltungen, Pflege, Gesundheitswesen, Justiz, Schulen und Hochschulen müssen interkulturelle Kompetenzen gefördert werden.
- ▶ Den Pool staatlich geprüfter Dolmetscher auszubauen und Einbindung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern in den Alltag, nicht nur für Gerichte und Verwaltung.
- ▶ Die Beratungsstrukturen für Migrantinnen und Migranten zu sichern und auszubauen.
- ▶ Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in allen Lebensbereichen umzusetzen und Antidiskriminierungsarbeit mit dem Aufbau entsprechender Anlaufstellen gezielt zu stärken und zu erweitern.
- ▶ Allen Tendenzen und Formen von strukturellem Rassismus in staatlichen Institutionen und Behörden muss entgegen gewirkt werden (Beispielsweise soll das häufig praktizierte racialprofiling bei der Polizei verboten werden).
- ▶ Die Integrationsbeauftragten müssen gestärkt und für ihre Aufgaben entsprechend finanziell ausgestattet werden.
- ▶ Die Förderung sozialer, kultureller und politischer Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund.
- ▶ Das Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben.
- ▶ Eine einheitliche Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen zu erleichtern und zu beschleunigen. Konsequente Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.

6.2. Gleiche Rechte – Diskriminierung und Rassismus bekämpfen

In einer besonderen Situation befinden sich EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die aus Rumänien, Bulgarien und anderen ost- und südeuropäischen Ländern nach Baden-Württemberg kommen. Diese Menschen aus den krisengeschüttelten Regionen sind von Armut und Diskriminierung betroffen. Die Angst vor Schikanen bei der Arbeit, im öffentlichen Raum und im Kontakt mit öffentlichen Institutionen ist immer präsent.

Trotz der Freizügigkeit in der EU ist ein Bezug von Sozialleistungen bei der Einreise zur Arbeitssuche nicht möglich. Allein zur Aufstockung können Sozialleistungen bezogen werden. Dies ermuntert Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, prekäre Arbeitsverhältnisse anzubieten. Die Konsequenzen sind Ausbeutungsverhältnisse, menschenunwürdige Lebenssituationen und als Kriminalität diffamierte Überlebensstrategien der betroffenen Menschen, ihrer Familien und Kinder.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die zuständigen Behörden ausbeuterische Arbeitsverhältnisse durch Kontrollen eindämmt und den Menschen bessere Beratungsangebote gemacht werden. Straßensozialarbeit und aufsuchende Soziale Arbeit kann den Einstieg in den Arbeitsmarkt, den Zugang zu aufstockenden Leistungen und zu Wohnraum erheblich fördern.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Förderung von familiengerechten und bezahlbaren Wohnungen.
- ▶ Streetworkerinnen und Streetworker sowie Förderung und Ausbau von Beratungsangeboten für Zugewanderte.
- ▶ Sicherstellung des Kita- und Schulbesuchs der Kinder und Jugendlichen.
- ▶ Konsequenter und transparenter Einsatz der Mittel „Soziale Stadt“ für die Integration der Betroffenen in den Kommunen.

6.3. Flüchtlinge – Willkommen in Baden-Württemberg

Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

Flucht ist Folge von Krieg und bewaffneten Konflikten, politischer, rassistischer, religiöser und sexueller Verfolgung, Umweltzerstörung sowie Armut, Not und Ausgrenzung. Die Industriestaaten, auch Deutschland und die EU, tragen hierfür maßgeblich Mitverantwortung. Durch die Ausbeutung von Ressourcen werden wirtschaftliche und soziale Grundlagen in den Entwicklungs- und Schwellenländern systematisch zerstört und die Länder destabilisiert.

Deshalb setzt sich DIE LINKE bundesweit für die Bekämpfung der Fluchtursachen ein: durch eine solidarische Wirtschafts- und Handelspolitik, den sofortigen Stopp aller Waffennexporte, Beenden der Auslandseinsätze der Bundeswehr und die konsequente Förderung von Frieden. Momentan bekämpft die Europäische Union Flüchtlinge, statt Fluchtursachen. Dies lehnen wir strikt ab.

Solange Fluchtursachen nicht beseitigt, sondern weiter geschürt werden, sind wir verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen und uns für ihre Integration und gleichberechtigte Teilhabe einzusetzen.

Die Landesregierung hat in den letzten Monaten gezeigt, dass sie auf die – vorhersehbare – Situation der Flüchtlinge nicht vorbereitet war. Im besten Falle hat sie sich nachlässig darauf verlassen, dass Freiwillige und ehrenamtliche Helferinnen und

Helfer in die Lücke springen werden, die die Zuständigen offen gelassen haben. Und ausgerechnet von einem Teil der Grünen wird gefordert, die Grenzen für die Flüchtlinge zu schließen. Die so genannte „Überforderung“ ist hausgemacht und tatsächlich ein politisches Versagen.

Baden-Württemberg braucht ein neues Konzept für die Aufnahme von Flüchtlingen, sowie der Bearbeitung ihrer Asylanträge, mit mehr bezahlten Arbeitsstellen.

Die offenen Grenzen in der EU und die europäische Reisefreiheit aufzugeben, ist ein Armutszeugnis. Damit wird die Grundidee eines gemeinschaftlichen Europas geopfert.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Besseren Rechtsschutz gegen Abschiebungen. Die Kosten für anwaltliche Vertretungen sollen künftig im Rahmen der Verfahrenskostenhilfe auch im vorgerichtlichen Verwaltungsverfahren übernommen werden.
- ▶ Ein landesweites, soziales Wohnbaukonzept, das die integrative Unterbringung von Flüchtlingen ermöglicht.
- ▶ Landeswohnungsfonds jetzt für Flüchtlingsunterbringung freizugeben und ein öffentliches Wohnungsbauprogramm zu starten.
- ▶ Mieten müssen eingefroren und Leerstand genutzt werden. Konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots. Das gilt auch für Obdachlose und andere Menschen in akuter Notlage.
- ▶ Einen Winterabschiebestopp.
- ▶ Eine Verschärfung des Asylrechts und die Erklärung weiterer Westbalkan-Staaten zu sogenannten sicheren Herkunftsländern lehnen wir ab. Asylbewerber dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- ▶ Betreute Wohngemeinschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie alternative Wohn- und Betreuungsformen.

6.3.1. Gesundheitsvorsorge ist Menschenrecht

Die derzeitige Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg ist gekennzeichnet von Diskriminierung, Bürokratie und unnötigen Kosten für Landkreise und Kommunen. Wie andere Bundesländer auch, muss die Landesregierung endlich ernst machen mit der Einführung einer Versichertenkarte, die einen diskriminierungsfreien Zugang zum Gesundheitssystem für Flüchtlinge schafft und die Kreise und Kommunen entlastet. Mit der erneuten Veränderung des Asylbewerberleistungsgesetzes brechen den bewährten psychosozialen Zentren notwendige Mittel, für eine angemessene Traumabehandlung weg.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge, die alle Standardleistungen plus Leistungen für die Sprachermittlerinnen und Sprachermittler oder Dolmetscherinnen und Dolmetscher einschließt.
- ▶ Eine Sonderzulassung der Psychosozialen Zentren als medizinische und verhandlungsfähige Einrichtung.

- ▶ Eine Pauschale für die bedarfsorientierte Erstversorgung in den ersten 15 Monaten für die spezialisierten Zentren einzuführen.
- ▶ Muttersprachliche Beratungsangebote für traumatisierte Flüchtlinge einzuführen.

6.3.2. Sprache, Bildung und Arbeit sind Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe

Die Möglichkeiten zum sofortigen Zugang zu Kita und Schule für unter 25-Jährige müssen ausgebaut werden. Um Barrieren für Schulabschluss, Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt abzubauen, müssen Flüchtlinge unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus sofort an qualifizierten Sprach- und Integrationskursen teilnehmen können. Die Verschiedenartigkeit der Flüchtlinge und den mit ihr verbundenen pädagogischen Herausforderungen muss in allen Bereichen Rechnung getragen werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Genügend Kita-Plätze und Vorbereitungsklassen für alle Bildungsziele und die Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Räumen und qualifiziertem Lehrpersonal.
- ▶ Flüchtlinge in Ausbildung müssen ein Bleiberecht für die Dauer der Ausbildung und mindestens weitere zwei Jahre erhalten.
- ▶ Einen uneingeschränkten Zugang Geflüchteter zum Arbeitsmarkt zu Tarif- und Mindestlöhnen. Kein Lohndumping mit den Geflüchteten!
- ▶ Förderung von Begleiter- und Mentorenprogrammen für den Berufseinstieg.

6.3.3. Begleitung in einem fremden Land

Neben der fachlichen sozialen Betreuung durch Landratsämter, Kommunen und Wohlfahrtsverbände engagieren sich ehrenamtlich viele Unterstützerkreise für Flüchtlinge. Sie arbeiten vor Ort mit beeindruckendem Engagement. Sie sind unverzichtbare, unabhängige und kompetente Akteure in der Willkommengesellschaft und müssen entsprechend gefördert werden, um ihre verantwortungsvollen Aufgaben erfüllen zu können. Nicht zuletzt brauchen Flüchtlinge die Möglichkeit zur Selbstorganisation, um für sich und ihre Anliegen selbst sprechen und handeln zu können.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Für alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg die verbindliche Einrichtung eines Flüchtlingsbeirates. Dieser soll zur Hälfte aus Flüchtlingen und zur anderen Hälfte aus ehrenamtlichen Helfern bestehen. Der Flüchtlingsbeirat soll die kommunalen Vertretungsorgane in Fragen der Flüchtlingsbetreuung- und Unterbringung beraten, um so eine selbstbestimmte Gestaltung der Integration, Unterbringung und gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.
- ▶ Landkreise und Kommunen müssen die tatsächlichen Kosten der Versorgung von Flüchtlingen erstattet bekommen. Die

bisherigen Pauschalen müssen durch die vollständige Abrechnung aller tatsächlich anfallenden Kosten, ersetzt werden.

- ▶ Der Bund muss sich an der Finanzierung der Aufnahme und Unterbringung stärker beteiligen. Dies darf nicht auf Kosten anderer sozialer Aufgaben gehen.
- ▶ Einen einheitlichen Mindeststellenschlüssel für die fachliche soziale Betreuung der Flüchtlinge in den Landkreisen: 1:80 für erwachsene und 1:40 für minderjährige Flüchtlinge.
- ▶ Die finanzielle, sozialpädagogische und interkulturelle Förderung der Unterstützerkreise.
- ▶ Ein Anhörungsrecht des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg bei landespolitischen Entscheidungen zu flüchtlingsrelevanten Fragen.
- ▶ Einen größeren Dolmetscherpool für die Begleitung zu Behörden, Anwalts- und Arztbesuchen und zur psychologischen Betreuung. Er muss den Flüchtlingen und ihren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern offen stehen.

6.3.4. Frauen und Kinder in Flüchtlingsunterkünften

Frauen und Kinder müssen besonders geschützt werden. Alleinreisende Frauen waren manchmal schon in ihren Herkunftsländern Opfer sexueller Übergriffe und sind aufgrund ihrer Erlebnisse zum Teil traumatisiert. Deshalb benötigen sie besonderen Schutz. In allen Unterkünften muss es getrennte Sanitärbereiche für Männer und Frauen geben.

Die Zimmer der Bewohnerinnen müssen abschließbar sein.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Erstaufnahmelagern soll es ein Handlungskonzept gegen Gewalt und sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Kinder geben.

6.3.5. Familien zusammenbringen

Damit Angehörige legal einreisen können, muss die Familienzusammenführung unabhängig von Fristen und Visa ermöglicht werden. Die geforderten Verpflichtungserklärungen, die zum Teil auch die Übernahme von medizinischen Behandlungskosten beinhalten, können zu existenzgefährdenden finanziellen Belastungen für viele hier lebende Angehörige führen. Schon geleistete Zahlungen der Familienangehörigen müssen rückwirkend übernommen und erstattet werden.

6.3.6. Härtefallkommission auf neue Grundlagen stellen

Eine Eingabe an die Härtefallkommission war und ist für viele Flüchtlinge die letzte Möglichkeit, durch ihre bisher erbrachte Integrationsleistung die Chance auf einen sicheren Aufenthaltsstatus zu bekommen. Angesichts immer kürzerer Aufenthaltszeiten müssen weitere Bewertungskriterien wie herkunftslandbezogene Abschiebehindernisse und Integrationsprognosen in die Empfehlungen der Kommission einfließen. Durch mehr Mitglieder muss die Bearbeitungsdauer der Eingaben verkürzt werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Härtefallkommission auch für Flüchtlinge gemäß Dublin III-Verordnung und Flüchtlinge aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern zu öffnen.

- ▶ Die Mitgliederzahl der Kommission deutlich zu erhöhen.
- ▶ Die Empfehlungen der Kommission müssen bindend für das Innenministerium sein.

6.3.7. Humanitäres Bleiberecht für Sinti und Roma

Vor dem Hintergrund der deutschen Verbrechen an Sinti und Roma und den diskriminierenden und menschenunwürdigen Lebensverhältnissen in Südosteuropa muss die Landesregierung ein humanitäres Bleiberecht für diese Gruppe einführen.

6.3.8. Recht auf Kirchenasyl

Die Landesregierung muss ein klares Bekenntnis zum Recht auf Kirchenasyl ablegen.

6.3.9. Flucht ist kein Verbrechen

DIE LINKE lehnt Abschiebungen ab. Die aktuelle Abschiebep Praxis widerspricht der Menschenwürde. Handschellen und Fesseln kriminalisieren.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Keine Abschiebehaft.
- ▶ Keine Abschiebegefängnisse in Baden-Württemberg.

6.3.10. Gegen Dublin III und sichere Herkunftsstaaten

Dublin III ist gescheitert und führt zu Abschiebungen in Not und Elend innerhalb der EU. In einigen Ländern existieren eklatante systemische Mängel in der Versorgung von Flüchtlingen und zwingt sie ohne Unterkunft, finanzielle Unterstützung und medizinische Versorgung zu überleben. Die Landesregierung muss beim Bund Druck machen von der Abschiebung abzusehen und nationale Asylverfahren einzuleiten.

Die Definition sicherer Herkunftsstaaten und die damit verbundenen Asylschnellverfahren lehnen wir ab. Persönliche Gründe der Flucht wie Bedrohung, Verfolgung und erlebte Gewalt werden nicht mehr berücksichtigt. Die sorgfältige Prüfung des Einzelfalls darf nicht durch die Pauschalisierung der angeblichen Zustände im Herkunftsland ersetzt werden.

6.3.11. Bundesratsinitiativen – Einfluss des Landes auf den Bund

Mit der Wahl der linksgeführten Landesregierung in Thüringen haben sich die Chancen für einen Politikwechsel auch im und über den Bundesrat verbessert. Baden-Württemberg muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür sorgen, dass die Forderung nach einer glaubhaften, humanen Flüchtlingspolitik Gehör im Bundesrat findet.

DIE LINKE fordert unter anderem folgende Bundesratsinitiativen:

- ▶ Das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen.
- ▶ Die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten ersatzlos zu streichen.
- ▶ Einheitliche und faire Asylverfahren für alle statt Schnellverfahren.

- ▶ Dauerhaftes Bleiberecht statt menschenrechtswidriger Verlängerung von Duldungen.
- ▶ Für eine stichtagsunabhängige und großzügigen Alt- und Härtefallregelung.
- ▶ Legale Fluchtwege nach Europa, Deutschland und Baden-Württemberg zu schaffen.
- ▶ Niemanden in Unterdrückung und Elend abzuschieben.

DIE LINKE fordert zur Bekämpfung der Fluchtursachen:

- ▶ Ein Verbot von Waffenexporten.
- ▶ Einen sofortigen Stopp von Waffenlieferungen aus Baden-Württemberg.
- ▶ Umwandlung der Produktion waffenproduzierender Firmen zu zivilen Produkten.
- ▶ Fairen und gleichberechtigten Handel in internationalen Abkommen mit Drittstaaten.
- ▶ Überprüfung der geschlossenen Abkommen mit Drittstaaten und ggf. Korrektur derselben.
- ▶ Keine Abkommen wie TTIP, CETA usw.

Kein Mensch ist illegal!

7. Linke Politik von und für Frauen

Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir noch immer weit entfernt. Die wesentlichen Forderungen sind nicht erfüllt: Vereinbarkeit von Beruf und anderen Lebensbereichen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, eine eigenständige Existenzsicherung, die Teilhabe an allen Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ein Leben in Sicherheit und ohne Gewalt sowie das Recht auf Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen.

Jahrzehnte konservativer Politik, direkter und indirekter Benachteiligung von Frauen, ein Frauenbild der „Hausfrauen- und Versorger-Ehe“ – dies alles hat dazu geführt, dass Baden-Württemberg bundesweites Schlusslicht bei der Frauengleichstellung ist. Das baden-württembergische Landtagswahlrecht behindert Frauen in der Politik. Als einziges Bundesland haben wir bei der Landtagswahl nur eine Stimme – die für den Kandidaten im Wahlkreis, und das ist in der Regel ein Mann. Die grün-rote Koalition hat eine Änderung des Wahlrechts versprochen – aber nichts getan.

Der Aussage folgend „Mein Körper, meine Entscheidung“, sind wir solidarisch mit Protesten gegen die rechte Hetze der sogenannten „Lebensschützerinnen“ und Abtreibungsgegnerinnen und -gegner. Wir treten entschlossen für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper ein und werden uns auch in Zukunft diesen rückwärtsgewandten Ideologien entgegenstellen.

7.1. Baden-Württemberg – Schlusslicht bei der Frauengleichstellung

Nur 20 % der Landtagsabgeordneten sind Frauen – aber 52 % der Bevölkerung. Das ist die mit Abstand niedrigste Quote aller Bundesländer. In den Gemeinderäten sind Frauen mit nur 22 % und in den Kreisräten mit nur 16 % vertreten. Baden-Württemberg ist mit nur 20 % Frauen in Führungspositionen von Politik, Wirtschaft und Organisationen ebenfalls bundesweites Schlusslicht. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Mini-Jobberinnen wie bei uns.

Wir sind eines der reichsten Bundesländer und immer noch Schlusslicht bei der Kinderbetreuung. Der Abstand bei der Bezahlung von Männern und Frauen ist nirgendwo in Deutschland so hoch wie in Baden-Württemberg. Das Chancengleichheitsgesetz ist ebenfalls das bundesweit schlechteste – keine verbindliche Verpflichtung für Frauenbeauftragte in den Kommunen, zu wenig Mitbestimmungsrechte, zu wenige Freistellungen. Die grün-rote Koalition hat in Sachen Frauengleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie viel versprochen und wenig gehalten.

Es ist an der Zeit, dass in Baden-Württemberg ein neuer feministischer Wind weht.

Auch in Baden-Württemberg müssen wir Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Gesellschaft schaffen. Frauen erbringen mehr als die Hälfte aller Arbeit in der Gesellschaft, besonders nicht entlohnte Haus-, Pflege-, und Reproduktionsarbeit. Aber ihre Arbeit wird nicht anerkannt, und sie werden bei der Erwerbsarbeit immer noch wesentlich geringer entlohnt als die männlichen Kollegen. Entsprechend niedriger fallen ihre Altersrenten aus. Im reichen Baden-Württemberg beträgt die durchschnittliche Altersrente von Frauen nur knapp 650 Euro und damit halb so viel wie die der Männer. Zeit, dass sich etwas ändert! Wir brauchen schnelle Schritte zu einer wirkungsvollen Gleichstellungspolitik.

DIE LINKE begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Abschaffung des Betreuungsgelds. Wir machen Druck, damit die dafür bisher vom Bund aufgebrauchten jährlichen 178 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung eingesetzt werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Eine Garantie für eine flächendeckende, gebührenfreie, öffentliche Kinderbetreuung.
- ▶ Eine schnelle Änderung des Chancengleichheitsgesetzes. Es müssen flächendeckend hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte eingestellt und ihre Rechte erweitert werden.
- ▶ Im Landtagswahlrecht muss eine zweite Stimme für die Landesliste der Parteien und eine Verpflichtung zu einem „Reißverschlussverfahren“, also einer jeweils quotierten Landesliste, eingeführt werden.
- ▶ Eine Frauenquote von 50 % in allen Entscheidungspositionen im Zuständigkeitsbereich des Landes.
- ▶ Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, ihre Entgeltpraxis zu überprüfen und geschlechtergerecht zu gestalten.

- ▶ Beratungsstellen zur Berufswahlorientierung von Mädchen und Jungen, zur Existenzförderung von Frauen und jungen Familien und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie einzurichten.
- ▶ Landesprogramme zur beruflichen Förderung speziell von Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt Nachteile erfahren, etwa Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen nach der Familienphase, Frauen mit Behinderungen und weiblichen Flüchtlingen.

DIE LINKE fordert eine deutliche gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung der Erziehungs-, Sozial- und Pflegeberufe in Baden-Württemberg, in denen vor allem Frauen tätig sind. Die öffentlichen Arbeitgeber könnten hier Vorbild für die Aufwertung und höhere Eingruppierung der Beschäftigten in frauentypischen Berufen werden.

7.2. Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen

Frauen sind im öffentlichen und privaten Raum vielfältigen Formen psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt. Das reicht von Vergewaltigungen über Zwangsehen und Misshandlungen bis hin zu Belästigungen am Arbeitsplatz. Sexuelle Gewalt ist patriarchale Gewalt. Um Mädchen, Jungen und Erwachsene vor ihr zu schützen, hilft keine Sicherheitsverwahrung der Täter, sondern nur eine ernsthafte, gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Gewalt, mit männlicher Gewaltbereitschaft als Teil des traditionellen Rollenverständnisses und mit sexualisierter Gewalt als Form der Machtausübung.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Mehr Schutz von Frauen, die von Gewalt bedroht sind, und konsequente Strafverfolgung von Menschenhandel und Zwangsprostitution.
- ▶ Eine gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern und unbürokratische, ortsungebundene und zuzahlungsfreie Aufnahme von Frauen und Kindern in Not. Die Mittel für Einrichtungen gegen Gewalt gegen Frauen müssen aufgestockt, die Hilfen für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund verbessert werden. Sie brauchen ein Bleiberecht.

7.3. Eine feministische Perspektive für alle Menschen

DIE LINKE in Baden-Württemberg verfolgt eine langfristige Politik der schrittweisen Veränderung der Gesellschaft hin zu einem solidarischen und herrschaftsfreien Zusammenleben. Auch auf Landesebene leiten uns folgende Ideen:

- ▶ Ein neues Verständnis von Arbeit, Arbeitszeitverkürzung und radikale Arbeitsumverteilung.
- ▶ Bildung und Zeit für persönliche Entwicklung für jeden Menschen.

- ▶ Zeit für verantwortliche und gemeinschaftliche Ausgestaltung der Aufgaben und Arbeiten, die für das Leben der Generationen und für menschliches Zusammenleben wichtig sind.

8 Diskriminierung bekämpfen – Vielfalt der Lebensweisen fördern – für ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft

Benachteiligte Gruppen haben ihren Platz in der Partei DIE LINKE. Gemeinsam mit allen Minderheiten treten wir erfolgreich gegen vorherrschende Vorurteile und Diskriminierungen an, für ein inklusives Zusammenleben mit unseren unterschiedlichsten Lebensweisen und Herkünften.

8.1. LINKE Behindertenpolitik ist selbstbestimmte Behindertenpolitik

In Baden-Württemberg leben rund 1,4 Millionen Menschen mit Behinderungen. Das sind über 10 % der Gesamtbevölkerung. Die meisten erleben täglich Einschränkung, Benachteiligung und Diskriminierung durch die Gestaltung unserer Umwelt, unseres Umfeldes, durch Gesetze und bewussten Ausgrenzungen

Barrieren in Gebäuden, Verkehrssystemen oder in der Kommunikation, fehlende Sachkenntnis und mangelndes Verständnis bei Verantwortlichen sind ebenso an der Tagesordnung wie diskriminierende Regelungen im Gesundheitssystem. Frauen mit Behinderungen sind oft noch zusätzlich von Erwerbslosigkeit, Armut und Abhängigkeit betroffen.

Die Auflösung der Landesversorgungsverwaltung im Zug der Verwaltungsreform 2005 hat für behinderte Menschen nur Nachteile gebracht. Ob jemand als schwerbehindert anerkannt wird, ist seit 2005 nicht nur von der Schwere der Behinderung, sondern auch vom Wohnort abhängig.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, diesen Teil der „Verwaltungsreform“ rückgängig zu machen. Wir wollen die 2009 in Deutschland unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention, zum Recht auf vollständige Inklusion, sofort und konsequent umsetzen. Das bedeutet, dass Menschen mit und ohne Behinderungen auf allen Ebenen von Anfang an selbstverständlich zusammenleben können. Das umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche – von Bildung, Arbeit, Wohnen und Familie bis zum Recht auf umfassende Barrierefreiheit und selbstbestimmte Teilhabe am öffentlichen Leben. Inklusion heißt, dass die Gesellschaft die Einschränkungen Behinderter ausgleicht.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die kontinuierliche Entwicklung und Umsetzung der Ziele der 2009 in Deutschland ratifizierte Behindertenrechtskonvention der UNO (UN-BRK).
- ▶ Die Fortentwicklung und Umsetzung der Ziele des 2015 in Baden-Württemberg erstellten Aktionsplans zur UN-BRK.
- ▶ Inklusive Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule und damit die schrittweise Umwandlung von „Förderschulen“ in qualifizierte Regelschulen.
- ▶ Gute Arbeit für alle Menschen – auch Menschen mit Behinderung müssen gemäß Tarif bezahlt werden, beziehungsweise den Mindestlohn erhalten, auch in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM).
- ▶ Unterstützte Arbeit, Begleitung, Assistenz und beschützter Freiraum bei der Arbeit für Menschen mit körperlichen und/oder psychischen Problemen, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Das Ziel ist: Werkstätten für Menschen mit Behinderungen weitgehend überflüssig zu machen.
- ▶ Die Möglichkeiten der Fachbetreuung muss in Großbetrieben und im öffentlichen Dienst angeboten werden.
- ▶ Eine Beschäftigungspflicht für alle Betriebe, die der Ausgleichsabgabepflicht unterliegen. Erfolgt keine oder eine nicht ausreichende Beschäftigung von behinderten Menschen, soll eine Ausgleichsabgabe erhoben werden, die deutlich über den Kosten des möglichen Arbeitsplatzes liegt.
- ▶ Die Schwerbehindertenvertretung in den Betrieben muss rechtlich gestärkt werden.
- ▶ Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Zuhause, statt einer Unterbringung in Heimen. Auch in Heimen muss zunächst Eigenverantwortung gefördert und müssen Zwangsmaßnahmen verboten werden.
- ▶ Das Recht auf eine bedarfsdeckende, vermögens- und einkommensunabhängige „selbstbestimmte persönliche Assistenz“ ohne Kostenvorbehalt.
- ▶ Die Abschaffung der Unterhaltspflicht von Familienangehörigen bei behinderungsbedingten Kosten.
- ▶ Eine deutliche Erhöhung zulässiger Spareinlagen ohne Anrechnung auf die Grundsicherung.
- ▶ Die Anerkennung des Rechts auf Sexualität, gleiches Recht auf Adoption und ein Recht auf Elternassistenz für Menschen mit Behinderung.
- ▶ Menschen mit Behinderungen wollen sich selbst vertreten nach dem Motto: „Nichts über uns ohne uns“. Daher müssen Behindertenbeauftragte von Land, Stadt und Kreisen nach Möglichkeit selbst Betroffene sein. In Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern müssen sie hauptamtlich beschäftigt und mit den entsprechenden Kompetenzen (Einspruchsrecht) und Ressourcen (Büro, Sekretariat, Finanzmitteln) ausgestattet werden. Sie müssen verbindlich mit Beiräten von Behindertenorganisationen zusammenarbeiten.
- ▶ Hilfen für behinderte Menschen wie Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, Medizinische Behandlungspflege nach § 37 Sozialgesetzbuch V in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Leistungen zur Teilhabe in der Gesellschaft

müssen solange aus Landesmitteln bestritten werden, bis es ein einheitliches Bundesleistungsgesetz gibt. Das Land Baden-Württemberg muss sich im Bundesrat für ein bedarfsdeckendes Teilhabegesetz und der darin enthaltenen einkommen- und vermögensunabhängigen Leistungen einsetzen.

- ▶ Öffentliche und private Räume (auch Wohnungen und Eigenheime), der öffentliche Nah- und Fernverkehr und Dienstleistungen – zum Beispiel in der Information und Kommunikation – müssen barrierefrei sein. Davon profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch alle anderen. Das Recht auf Mobilität behinderter Menschen muss sich am Bedarf orientieren und darf nicht wie bisher an Bedingungen geknüpft sein.
- ▶ In allen stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens muss die Übernahme der Assistenz für Menschen mit Behinderungen sichergestellt werden.

8.2. Damit wir leben können wie wir wollen – Für ein offenes Baden-Württemberg

Die Gesellschaft in Baden-Württemberg ist von einer Vielfalt der Lebensformen geprägt. Neben der klassischen Kleinfamilie gibt es alleinerziehende Eltern. Patchwork- und Regenbogenfamilien mit zwei Müttern oder zwei Vätern sind auch bei uns gelebte Realität. Doch noch immer werden diese Lebensformen von der staatlichen Familien- und Steuerpolitik diskriminiert. Sie verweigert die Öffnung der Ehe, untersagt die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare genauso wie die künstliche Befruchtung. Hier muss das Land im Bundesrat entschieden auf Reformen in der Bundesgesetzgebung hin wirken.

Eine Gruppierung, die sich selbst „besorgte Eltern“ nennt, betreibt mit rechtspopulistischen Standpunkten Stimmungsmache gegen ihre Mitmenschen. Sie versucht, die kulturelle Öffnung zurückzudrehen und zu verhindern, dass unterschiedliche Familienformen anerkannt werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass diese offene Menschenverachtung kein Forum erhält, Diskriminierungen abgebaut werden, Vielfalt sichtbar wird und Anerkennung findet.

Lesbische, schwule, bisexuelle und asexuelle Menschen erfahren noch immer Ablehnung, Anfeindung und besonders häufig auch psychische und körperliche Gewalt. Der Umgang mit transgener, transsexuellen und intersexuellen Menschen ist weiter von Diskriminierung geprägt. Dies gilt am Arbeitsmarkt, durch Behörden, im Gesundheits- und Sozialsystem und durch den Gesetzgeber. Menschenrechtsverletzungen wie geschlechtszuweisende Zwangsoperationen an Kindern sind nicht verboten.

Die grün-rote Regierung hat einen Schritt gemacht mit dem „Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte“. Doch die notwendigen nächsten Schritte sind ausgeblieben, etwa eine aus-

reichende Finanzierung. Damit bleibt die Regierung weit hinter der Ankündigung im Koalitionsvertrag zurück, Baden-Württemberg zum „Vorreiter für Offenheit und Vielfalt“ zu machen.

DIE LINKE fordert

- ▶ Jede Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgener, intersexuellen, queeren und asexuellen Menschen (LSBTTIQA) muss aufhören. Das gilt auch für die Kirchen und Religionsgemeinschaften als Arbeitgeber. Unser Ziel ist die volle rechtliche Gleichstellung und der Abbau von Diskriminierung in allen Lebensbereichen.
- ▶ Eine Schule ohne Angst: Bildungspläne und Lern- und Lehrmaterialien von der Kita bis zur Erwachsenenbildung, die die Vielfalt von Liebe, Geschlecht und Lebensweisen wertschätzend behandeln und heteronormativen, sexistischen und patriarchalischen Einstellungen den Nährboden entziehen.
- ▶ Die staatliche Förderung von LSBTTIQA-Zentren in allen Regionen mit Beratungs- und Hilfsangeboten zur Förderung des Community-Lebens.
- ▶ Wir wollen das ehrenamtliche Landesnetzwerk LSBTTIQA in Baden-Württemberg dauerhaft fördern und in die Beteiligungskultur des Landes einbinden.
- ▶ Die systematische historische Aufarbeitung der LSBTTIQA-Geschichte in Baden-Württemberg und die Sichtbarmachung der Verfolgung und Diskriminierung vor, während und auch nach der NS-Diktatur bis einschließlich in die Gegenwart.
- ▶ Die Ausfinanzierung des Aktionsplans für Akzeptanz und gleiche Rechte und die Erweiterung im Dialog auf Augenhöhe mit den Betroffenen.
- ▶ Die Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, unter anderem durch § 175 des Strafgesetzbuchs.

8.3. Religion und Gesellschaft und die Trennung von Kirche und Staat

Fragen des Umgangs mit Religionsgemeinschaften waren in Baden-Württemberg in den letzten Jahren häufig Gegenstand von landespolitischen Debatten. Allzuoft wurden diese zum Kristallisationspunkt rassistischer Vorurteile.

DIE LINKE verfolgt zwei Grundsätze:

- ▶ Wir verteidigen die individuelle und kollektive Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Niemand darf wegen seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer bestimmten Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft benachteiligt oder diskriminiert werden.
- ▶ Wir setzen uns für eine Trennung von Staat, Religionsgemeinschaften und Kirchen ein. Wir leben heute in einer durch religiöse und weltanschauliche Vielfalt geprägten Gesellschaft. Dies ist eine Bereicherung. Deshalb setzen wir uns u.a. für die völlige Abschaffung des Tanzverbotes an Feiertagen ein. In einer solchen Lage kann es nicht angehen, dass bestimm-

te religiöse Richtungen als vermeintliche „Leitkultur“ andere Richtungen dominieren oder benachteiligen wollen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir jede Form von Bevorzugung oder Verbot spezifischer religiöser Kleidungsstücke im öffentlichen Leben ab. Insbesondere muss das Kopftuchverbot an Schulen ersatzlos gestrichen und die nach dem Urteil vom Bundesverfassungsgericht verfassungswidrige Bevorzugung christlicher religiöser Symbole aufgehoben werden.

9. Kunst, Kultur und Medien

9.1. Kultur für alle statt prekär kreativ – Kunst und Kultur sind so, wie die Menschen leben und arbeiten.

Wir verstehen Kultur als die Summe der von Menschen geschaffenen materiellen und geistigen Werte einer Gesellschaft. Sie drückt sich nicht nur in der Bildenden Kunst, der Musik, der Literatur, im Film oder im Theater aus, sondern in allen Lebensformen, Traditionen, Glaubensrichtungen und Wertesystemen. Es ist Aufgabe der Kulturpolitik, Zugang zum kulturellen Erbe und zum Neuen zu eröffnen. Das kann nur gelingen, wenn sich die Kunst der Verwertungslogik entzieht. DIE LINKE will, dass die kulturelle Vielfalt und die Vielfalt der Träger kultureller Produktion geschützt und gefördert werden. Kreative Güter sollen nicht der Verwertung unterworfen und für alle Menschen zugänglich sein. Kultureinrichtungen, Kulturvereine und freie Träger der Kulturarbeit sind auf die Absicherung ihrer ökonomischen Grundlagen ebenso angewiesen wie Künstlerinnen und Künstler, Autorinnen, Autoren und Publizistinnen und Publizisten. Das muss im Mittelpunkt der Kulturförderung stehen. Sie darf nicht auf Hochkultur und Prestigeprojekte beschränkt werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Kulturfinanzierung ist eine Kernaufgabe der öffentlichen Hand.
- ▶ Volkshochschulen, Bibliotheken und Musikschulen in all ihren Verbreitungswegen (auch im Internet) sind kulturelle Pflichtaufgaben. Das Land und die Kommunen müssen sie ausreichend finanzieren. Unsichere Beschäftigung beim Lehrpersonal wollen wir bekämpfen.
- ▶ Die Kulturförderung darf sich nicht auf bereits etablierte Einrichtungen beschränken, sondern muss auch neuen Projekten Chancen eröffnen. Die „freie Kulturszene“ muss mit gleichen Anteilen in ihren Arbeitsmöglichkeiten, Ateliers-, Ausstellungs- und Probenräumen oder durch Stipendien gefördert werden, wie die etablierten Einrichtungen. Bildende Künstlerinnen und Künstler müssen angemessene Ausstellungshonorare erhalten.
- ▶ Programme zur Förderung „Kunst am Bau – Kunst im öffentlichen Raum“.

- ▶ Den Ausbau und die Stärkung der Künstlersozialkasse.
- ▶ Zusammenschlüsse und die Selbstorganisation von Kulturschaffenden müssen unterstützt werden, damit sie ihre Anliegen und Interessen besser durchsetzen können.
- ▶ Wir wollen kostenlosen Zugang der Bevölkerung zu öffentlichen und öffentlich bezuschussten kulturellen Einrichtungen wie Museen oder Bibliotheken.
- ▶ Für Inklusion, auch im künstlerischen Bereich, müssen die Initiativen unterstützt werden. Inklusion muss auch in der künstlerischen Ausbildung stattfinden.
- ▶ Künstlerische Mitarbeiter müssen auch in Personalräten tätig sein können und dürfen nicht wegen ihres Vertragsverhältnisses (NV BÜHNE) ausgegrenzt werden, bzw. jederzeit ihren Arbeitsplatz verlieren können.
- ▶ Initiativen, die für Menschen mit geringem Einkommen die Teilnahme am kulturellen Leben in seiner ganzen Breite ermöglichen, müssen gefördert werden.

9.2. Demokratisierung der Medien: Information und Selbstbestimmung

Eine freie, unabhängige Presse und eine vielfältige Medienlandschaft sind Grundvoraussetzungen einer funktionierenden Demokratie. Die zunehmende Konzentration privater Medien in den Händen weniger einzelner Akteure und deren Meinungsmacht erfordert ein starkes öffentlich-rechtliches Angebot als Gegengewicht. Zugleich befinden wir uns im digitalen Umbruch. Das klassische „lineare“ Fernsehen spielt bei jüngeren Menschen kaum noch eine Rolle und digitale Inhalte gewinnen an Bedeutung.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf den Wandel hin zu digitalen Plattformen nicht verschlafen, da er in mittelbarer Zukunft sonst zum ‚Seniorenangebot‘ reduziert würde und seinen Auftrag nicht mehr erfüllen kann. Die Internetplattformen, neue Streaming-Angebote und Mediatheken des SWR müssen deutlich ausgebaut werden und dauerhaft abrufbar sein, sowie passende Angebote für junge Menschen und deren veränderte Nutzungsgewohnheiten realisieren. Die Forderungen der privaten Medienanbieter nach Einschränkung des öffentlich-rechtlichen Angebots im Internet müssen entschieden zurückgewiesen werden. Zugleich wollen wir, wo immer möglich, Netzanbieter zu Netzneutralität verpflichten.

DIE LINKE möchte die Arbeit freier Radios stärker unterstützen und bei der Vergabe von Programmlizenzen für Radio und Fernsehen vorrangig Anbieter vorziehen, die bisher keine großen Marktanteile besitzen, um die Medienvielfalt zu fördern. Die Gremien der öffentlich-rechtlichen Angebote müssen staatsfern, transparent, bürgernah und nach demokratischen Prinzipien besetzt werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Meinungs- und Medienvielfalt in TV, Radio, Print und Internet zu fördern. Wir wollen moderne digitale Angebote durch öffentlich-rechtliche Medien fördern statt behindern.

- ▶ Die Netzneutralität zu sichern. Der diskriminierungsfreie Zugang bei der Übertragung von Daten im Internet muss gewährleistet werden.
- ▶ Die Rundfunkorgane des SWR in Absprache mit dem Land Rheinland-Pfalz weitergehend zu demokratisieren. Die Zusammensetzung des SWR-Rundfunkrats muss nach transparenten und demokratischen Kriterien reformiert werden, um alle tatsächlich relevanten gesellschaftlichen Gruppen zu berücksichtigen.
- ▶ Information und Kommunikation sind menschliche Grundbedürfnisse. Daher müssen auch materiell benachteiligte Menschen Zugang zu digitalen Medien und Rundfunk haben. Das Land muss besonders einkommensschwachen Haushalten eine subventionierte Grundversorgung mit kostenlosem Breitband-Internet zur Verfügung stellen.
- ▶ Wir wollen die Kommunikations- und Medienfreiheit stärken. Dafür wollen wir in traditionellen und digitalen Medien eine demokratische Medienordnung gestalten. Die Redaktionstatute sollen ein hohes Maß an Mitbestimmung der Beschäftigten verankern. Auf Landesebene setzen wir uns daher für ein Presserechtsrahmengesetz ein.
- ▶ Prekäre Beschäftigung muss auch in den Redaktionen zurückgedrängt werden: Wir lehnen unbezahlte Praktika, unfreiwillige Teilzeit, Werkverträge, Leiharbeit, Arbeitsplätze auf Honorarbasis oder als ungesicherte „Freie“ ab. Dafür wollen wir die Gewerkschaften stärken. Wir werden Druck machen, dass Baden-Württemberg dafür einen Vorstoß im Bundesrat unternimmt.
- ▶ Freie Radios sind unverzichtbarer Teil der Medienlandschaft und müssen auch künftig erhalten bleiben. Sie sind daher auch finanziell zu fördern.

10. Für mehr Mitbestimmung, direkte Demokratie und Rechte der Bürgerinnen und Bürger

Grüne und SPD haben zu mehr demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten viel versprochen und wenig gehalten. Die ersten viereinhalb Jahre ihrer Regierungszeit verzögerten sie angekündigte Gesetzentwürfe immer wieder, um dann erst wenige Monate vor der Landtagswahl eine in vielen Punkten halbherzige Reform in Kraft treten zu lassen. Sie lässt in nicht wenigen zentralen Fragen der Bürgerbeteiligung noch große Wünsche offen. Die angebliche „Politik des Gehörtwerdens“ relativierte Grün-Rot 2012 selbst, indem erklärt wurde: „Gehört werden heißt nicht erhört werden.“

DIE LINKE fordert mehr demokratische Mitbestimmung:

- ▶ Bei Bürgerbegehren muss – wie bereits heute in Bayern oder Schleswig-Holstein – die einschränkende Fristsetzung

wegfallen. Bürgerinnen und Bürger müssen jederzeit ein Bürgerbegehren zur Korrektur eines Gemeinderatsbeschlusses einreichen können. Auch zu Tarifen und Abgaben sowie über Fragen der Bauleitplanung müssen Bürgerinnen und Bürger, ohne einschränkende landesgesetzliche Regelungen, Bürgerbegehren einreichen können (wie heute zum Beispiel schon in Bayern). Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen muss die schwierige Hürde eines formal korrekten Kostendeckungsvorschlags für ein Bürgerbegehren für die Bürgerinnen und Bürger wegfallen. Stattdessen hat die Stadtverwaltung selbst eine Kostenschätzung zu erarbeiten.

- ▶ Bei Bürgerentscheiden muss allein das Prinzip „Die Mehrheit der Abstimmenden entscheidet“ gelten, wie es bei Wahlen schon lange selbstverständlich ist. Zusätzliche Abstimmungsquoten entfallen.
- ▶ Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen endlich auch in Baden-Württemberg auf der Ebene von Landkreisen möglich werden, wie es bereits in allen anderen Bundesländern (außer Hessen) der Fall ist. Damit die Einwohner eines Landkreises auch bei der Kreispolitik ein Mitspracherecht haben.
- ▶ Bei Volksbegehren auf Landesebene soll das Unterschriftenquorum auf 5 % gesenkt werden, wie es Grüne und SPD in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, aber nicht eingehalten haben.
- ▶ Bei Volksentscheiden auf Landesebene ist das Abstimmungsquorum mit 20 % nach wie vor so hoch, dass die meisten Volksabstimmungen von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Grüne und SPD hatten in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, dieses Quorum abzuschaffen. Das scheiterte aber an der fehlenden Zustimmung der CDU zur dafür notwendigen Verfassungsänderung, für die eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist. Wenn die CDU weiterhin blockiert, sollte zumindest mit einfacher Mehrheit gesetzlich geregelt werden, dass Volksabstimmungen grundsätzlich mit Wahlterminen zusammengelegt werden. Durch die auf diese Weise höhere Wahlbeteiligung besteht eine bessere Chance, das Quorum erreichen zu können.

10.1. Für mehr Fairness beim Wahlrecht

Im Unterschied zu anderen Bundesländern ist das Wahlrecht in Baden-Württemberg nach wie vor so gestaltet, dass die CDU bevorzugt und andere Parteien benachteiligt werden.

Daher fordert DIE LINKE eine umfassende Wahlrechtsreform. Für die kommunale Ebene bedeutet das:

- ▶ In den Landkreisen sollen die Landräte direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden. Das hatten Grüne und SPD auch in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, aber nicht umgesetzt.
- ▶ In den Städten sollen die Bezirksbeiräte direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden, wie dies in anderen Bundesländern schon längst üblich ist.

- ▶ Die Amtszeit von Bürgermeistern soll von acht auf sechs Jahre reduziert werden, damit sie den Willen der Wählerinnen und Wähler nicht so schnell vergessen. Sie sollen jederzeit abwählbar sein. Außerdem sollen sie keine weiteren Mandate bekleiden dürfen, beispielsweise in Kreistagen. Auch bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern darf es keine Ämterhäufung geben.
- ▶ Das Wahlrecht bei Kreistagswahlen wollen wir so verändern, dass keine unausgeglichenen Überhangmandate mehr auftreten und die Zahl der Sitze für die Parteien exakt ihrem Anteil an Wählerstimmen entspricht. Das ist bislang nicht der Fall.

Beim Landtagswahlrecht wollen wir:

- ▶ Eine Zweitstimme wie bei Bundestagswahlen einführen.
- ▶ Der geringe Frauenanteil im Landtag – bislang mit nur 20 % der mit Abstand niedrigste aller Bundesländer – ist vor allem durch das veraltete Wahlrecht bedingt. Wir wollen ein Wahlrecht, das Frauen größere Chancen eröffnet.
- ▶ Die Fünf-Prozent Klausel bei Landtagswahlen muss fallen, weil sie Minderheiten komplett aus dem Parlament heraushält. Zu Recht hat deshalb das Bundesverfassungsgericht die Fünf-Prozent-Hürde bei Europawahlen bereits abgeschafft.
- ▶ DIE LINKE fordert, das allgemeine Wahlrecht konsequent durchzusetzen. Das bedeutet, dass alle unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, ab dem 16. Lebensjahr dazu berechtigt sein sollen, dort zu wählen, wo sie leben. Dieses Recht soll nicht nur Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zustehen, sondern allen, die ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben.

10.2. Demokratie erfordert Transparenz

Viele Vorgänge in der Politik spielen sich hinter verschlossenen Türen ab. Bürgerinnen und Bürger werden nicht nur von Entscheidungsprozessen ferngehalten, sondern noch nicht einmal informiert.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Offenheit und Transparenz, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern rechtzeitig Einwände und Einspruch erheben können.
- ▶ Jede Gemeinde und jeder Landkreis muss mindestens einmal jährlich eine öffentliche Einwohnerversammlung durchführen, um die Bürgerschaft über aktuelle Vorgänge zu informieren und ihr Gelegenheit zur Diskussion zu geben. In Baden-Württemberg gibt es hierzu lediglich eine unverbindliche Soll-Bestimmung für Gemeinden, die von den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern gerne ignoriert wird.
- ▶ Gemeinderäte, Kreistage und alle ihre Ausschüsse sollen grundsätzlich öffentlich tagen. Ausnahmen darf es nur

noch geben, wenn dies gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, zum Beispiel wenn ein Persönlichkeitsrecht zu schützen ist. Die Kungelei hinter verschlossenen Türen muss ein Ende haben. Die Regierung aus Grünen und SPD konnte sich in der vergangenen Legislaturperiode lediglich dazu durchringen, es den Gemeinde- und Kreisräten freizustellen, ob sie öffentlich tagen wollen oder nicht. Das reicht nicht. Öffentliche Gemeinderats- u. Kreistagsitzungen sollen mittels Livestream-Verfahrens gefilmt und von den Bürgerinnen und Bürgern im Internet live mit verfolgt werden können

- ▶ Im Landtag greift der – kapitaldominierte – Lobbyismus immer weiter um sich. Ein großer Teil der Abgeordneten unserer Parlamente gehören gleichzeitig Vorständen von Konzernen und Unternehmen an. Durch hohe Nebenverdienste und mögliche Weitergabe von internen Informationen ist nicht mehr gewährleistet, wem die Abgeordneten dienen und wessen Interessen sie vertreten. Auch durch Parteispenden von Großkonzernen wird in die parlamentarische Willensbildung eingegriffen. Damit muss Schluss sein! Wir wollen ein Lobbyregister einführen und Parteispenden auf Spenden von Privatpersonen begrenzen.
- ▶ Erst ganz kurz vor der Landtagswahl trat nach einer langen Hängepartie ein „Informationsfreiheitsgesetz“ in Kraft, das den Namen nicht verdient. Es wird von Fachverbänden als völlig ungenügend und als „das schlechteste in Deutschland“ bezeichnet. Wir fordern ein umfassendes und bürgerfreundliches Informations- und Transparenzgesetz nach dem Vorbild der Bundesländer Hamburg und Rheinland-Pfalz. Das Informationsfreiheitsgesetz muss gewährleisten, dass Anfragen nur abgelehnt werden dürfen, wenn die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet ist. Der Verfassungsschutz darf gerade nach dem NSU Skandal nicht grundsätzlich ausgenommen werden. Für Verträge und Geschäftsgeheimnisse muss es eine Abwägungsklausel geben, so dass diese bei hohem öffentlichem Interesse veröffentlicht werden müssen. Es muss eine Obergrenze für die erhobenen Verwaltungsgebühren für alle Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz geben.
- ▶ Die Wahrung der Informationsfreiheit als Recht der in Baden-Württemberg lebenden Menschen, sowie als Pflicht der Regierung wird bei den Datenschutzbeauftragten angesiedelt. Diese Behörde soll in völliger Unabhängigkeit von Regierungsvorgaben diese Aufgabe übernehmen.
- ▶ Die Forderung nach mehr Transparenz muss besonders für den Landesverfassungsschutz gelten. Sein Versagen im Umgang mit dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) muss aufgearbeitet werden und es sind Konsequenzen zu ziehen. Es hat sich gezeigt: Der Schutz des Grundgesetzes vor Verfassungsfeinden und antidemokratischen Bewegungen, kann nicht durch geheimdienstliche, intransparente Methoden geleistet werden. Deshalb fordern wir, das Landesamt für Verfassungsschutz in eine unabhängige Beobachtungsstelle zu neonazistischen, rassistischen, an-

tisemitischen und anderen verfassungsfeindlichen Gruppen umzuwandeln. Das dient auch dem Schutz der Verfassung. Die verfassungswidrige Arbeitsweise des Verfassungsschutzes muss vollständig aufgeklärt und geahndet werden.

10.3. Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht – Keine Verschärfung des Versammlungsgesetzes

Das Recht auf offene Diskussion, Versammlung und öffentliche Meinungsäußerung gehört zur Grundsubstanz der Demokratie. Die Landesregierung versprach in ihrer Koalitionsvereinbarung ein „bürgerfreundliches“ Versammlungsrecht. Davon ist nichts zu spüren. Mit willkürlichen Auflagen können missliebige Proteste behindert, wenn nicht sogar verhindert werden. Wir wollen, dass Sitzblockaden, Streikposten und Spontandemonstrationen ohne Einschränkungen ermöglicht werden. Es geht uns um nicht mehr und nicht weniger als „ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“ (Brokdorfer teil des BVerfG, 69, 315). Jedes Gesetz, das diesen Kerngedanken des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit gefährdet, lehnen wir ab.

Darüber hinaus gibt es im Zusammenhang mit Demonstrationen und Versammlungen immer wieder ernst zu nehmende Vorwürfe gegen Polizeibeamte wegen rechtswidriger Gewaltanwendung. Sie werden zum Teil nicht ausreichend untersucht. Die Aufklärung wird nicht selten dadurch erschwert, dass die betroffenen Polizeibeamten aufgrund fehlender Kennzeichnung nicht identifiziert werden können. Das kann zu einem Mangel an Verantwortung und zu einem Klima der Straflosigkeit führen.

Wir lehnen die Übertragung von Aufgaben im Bereich der öffentlichen Sicherheit auf private Sicherheitsdienste ab.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Polizeilicher Maßnahmen, wie das befristete Einsperren ohne Urteil, Platzverweis und Aufenthaltsverbot müssen eingeschränkt werden.
- ▶ Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, bei Versammlungen und Demonstrationen müssen generell verboten werden.
- ▶ Agents Provocateurs müssen verboten werden.
- ▶ Polizeikessel und der Bedrängung von Demonstrationsteilnehmerinnen und Demonstrationsteilnehmern müssen verboten werden.
- ▶ Für Polizeibeamte muss es eine individuelle Kennzeichnungspflicht geben.
- ▶ Es muss eine verstärkte Sensibilisierung der Polizeibeamten im Umgang mit der Zivilbevölkerung und deren Bürgerrechten erfolgen, um diskriminierender Behandlung vorzubeugen.

- ▶ Im Landtag muss eine unabhängige Kontrollkommission eingeführt werden, zur Aufklärung von Straftaten durch Polizistinnen und Polizisten.

10.4. Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und Ausgrenzung entgegenwirken

Trotz Verbot werden jeden Tag Drogen konsumiert. Die Berichte der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht offenbaren das Scheitern der gegenwärtigen Politik: Die Gesetzeslage hat nachgewiesenermaßen keinen Einfluss darauf, ob mehr oder weniger Drogen konsumiert werden. 2011 kifften in den Niederlanden durchschnittlich weniger Menschen als in Deutschland – und das obwohl Cannabis dort straffrei erworben werden darf.

Das Verbot einer Droge ist kein bewährtes Mittel, um den Konsum einzudämmen. Es führt aber zu einer enormen Erhöhung der Risiken für die Konsumentinnen und Konsumenten. Durch fehlende Kontrollen der Substanzen sterben unzählige Menschen an Streckmitteln oder Überdosierungen, aufgrund nicht vorhandener Wirkstoff- oder Inhaltsangaben. Beides ist Folge eines nicht regulierbaren Schwarzmarktes, der durch das Verbot überhaupt erst entstanden ist.

Der Konsum von Cannabis ist nachweislich nicht schädlicher, als der von Alkohol und Zigaretten. Dennoch ist es erlaubt, mit seinen Freunden ein paar Biere zu trinken, während ein einziger Joint zur Verurteilung führen kann. Auch wenn der Konsum mehrere Tage her ist, kann er den Führerschein kosten. Das halten wir weder für zeitgemäß noch für legitim.

Die gegenwärtige Bundesgesetzgebung verhindert einen regulierten Umgang mit Betäubungsmitteln und überlässt sie weiterhin dem Chaos des Schwarzmarktes. Deswegen ist es Zeit, eine gesellschaftliche Diskussion über die Entkriminalisierung von Cannabis und eine moderne Drogenpolitik zu führen. Eine Welt ohne Drogen gab es nie und wird es auch nicht geben. Es stellt sich also die Frage, wie wir politisch verantwortlicher mit ihnen umgehen können.

DIE LINKE setzt sich für eine Gesellschaft ein, die nicht auf Strafe und Repression gegen Drogenkonsumentinnen und -konsumenten setzt, sondern mit Prävention und Aufklärung dem Missbrauch vorbeugt. Um einen verantwortungsvollen und mündigen Umgang mit Betäubungsmitteln zu ermöglichen, ist es daher nötig, einen regulierten Rahmen für den Konsum zu schaffen.

Rauschmittelaufklärung in den Schulen muss zeitgemäß werden. Über Cannabis und andere Drogen wird im Gegensatz zu Alkohol und Tabak zu wenig berichtet. Unterrichtskonzepte die diese Drogen totschiweigen, nehmen jugendlichen Konsumentenden die Möglichkeit, sich vor gefährlichen Stoffen und Streckmitteln zu schützen. Auch das Märchen Cannabis als Einstiegsdroge kann vor allem dadurch aufrecht erhalten werden, dass Schülerinnen und Schüler nicht über die anderen Drogen informiert werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Festlegung einer „geringen Menge“ im Besitz befindlichen Drogen, Bezug nehmend auf § 31a des BtMG. Strafverfahren, bei denen Konsumentinnen und Konsumenten diese nicht überschreiten, sind einzustellen.
- ▶ Es sollen erhebliche Einsparungen im Bereich der Strafverfolgung von Betäubungsmitteldelikten stattfinden, um dafür präventive und aufklärende Projekte zu finanzieren.
- ▶ Es sollen bedarfsorientierte Angebote der psychosozialen Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger Grundlage ermöglicht werden.
- ▶ Wir wollen die Möglichkeit zur Drogensubstitution verbessern, indem Ärzten erleichtert wird, Ersatzmittel auszuhändigen. Die Behandlung mit Diamorphin, einem synthetischen Heroin, muss flächendeckend ermöglicht werden.
- ▶ Um die Gesundheitsgefahren für Konsumentinnen und Konsumenten zu verringern, wollen wir Drug-Checking-Angebote zur Prüfung der Verunreinigung von Drogen ausbauen und für Risikogruppen kostenlos sauberes Spritzbesteck zur Verfügung stellen.

11. Gegen Rassismus und Nationalismus

11.1. Schluss mit der Vertuschung. NSU-Morde und die Verstrickung der Landesbehörden aufklären

Der Mordkomplex der NSU hat sich über mehrere Bundesländer erstreckt. Am wenigsten sind bisher die Vorgänge in Baden-Württemberg aufgeklärt: der Polizistenmord in Heilbronn, die Verwicklung und das Versagen des baden-württembergischen Verfassungsschutzes, die Verbindungen zwischen NSU und faschistischen Gruppierungen im Land und die Vorgänge um den Ku-Klux-Klan in Schwäbisch Hall, in dem auch Polizisten Mitglieder waren.

Der Landtag hat einen NSU-Untersuchungsausschuss zwei Jahre zu spät eingesetzt und zwar, als das Versagen von Behörden und Enquete-Kommission bereits offensichtlich wurde.

Die Landesregierung spielt auf Zeit. Die verdeckte Zusammenarbeit zwischen Behörden und Nazistrukturen muss beendet werden. Die V-Leute müssen abgeschaltet werden. Der Verfassungsschutz muss zu vollumfänglicher Auskunft gezwungen werden, ungeachtet angeblicher Geheimhaltungsinteressen. Nach wie vor mangelt es an Aufklärungswillen. DIE LINKE wird sich für die unverzügliche Einrichtung eines weiteren Untersuchungsausschuss zu den Verbrechen des NSU im nächsten Landtag einsetzen. Insbesondere wird DIE LINKE sich dafür einsetzen, den Ermittlungsauftrag so weit

wie möglich zu fassen, um sicher zu stellen, dass im Umfeld von Verfassungsschutz und anderen Behörden umfassend ermittelt werden kann.

11.2. Kein Fußbreit den Rechten

Die extreme Rechte ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in Baden-Württemberg. Auch in Baden-Württemberg brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte. Die Meldungen sind fast nicht mehr zu überschauen. Pegida, die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, mobilisiert in einigen Städten gegen eine phantasierte Bedrohung durch den Islam oder durch Muslime. Ein explosives Gemisch aus Neonazis, AfD und ihren Abspaltungen, Pegida- und PI-Umfeld, mobilisiert zusammen mit christlichen Fundamentalisten gegen Selbstbestimmungsrechte von Frauen und die Gleichstellung Homosexueller. Nach der Mitte-Studie sind antisemitische Einstellungen in Baden-Württemberg weiter verbreitet als in jedem anderen Bundesland außer Bayern.

Die neue Rechte um Pegida und ihren Ableger-Organisationen, sind nicht nur rassistisch, sie predigen auch einen reaktionären Kulturkonservatismus, was sich an der regelmäßigen Beteiligung an der homophoben „Demo-für-Alle“ in Stuttgart zeigt. Sie wollen in eine Welt zurück, in der Hautfarbe und Geschlecht über den Erfolg im Leben bestimmen. Wir setzen diesen Hetzern Offenheit, Toleranz und Emanzipation entgegen!

Das Muster ist alt: Pegida und AfD geben sich als Anwalt für die „kleinen Leute“. Tatsächlich bekämpfen sie die sozialen Sicherungen, fordern freie Fahrt für Kapitalinteressen, schüren Ängste und lenken diese auf Muslime und Flüchtlinge. Besonders gefährlich macht diese neue Rechte, dass sie damit bis in die Mitte der Gesellschaft wirkt. Die Islamverachtung der Gebildeten vermischt sich mit den Abstiegsängsten des Kleinbürgertums und der Verzweiflung der Arbeitslosen. Dies ist der Nährboden auf dem Anschläge auf Flüchtlingsheime gedeihen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ In den Parlamenten darf es keinerlei Zusammenarbeit mit Rassisten geben.
- ▶ Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus müssen unterstützt werden.
- ▶ Opfer rechtsextremer Gewalt brauchen mehr Hilfe und Beratung.
- ▶ Die Beendigung der Stigmatisierung antifaschistischer Initiativen.
- ▶ Bildungsarbeit gegen rassistische Ressentiments und Vorurteile muss verstärkt werden.
- ▶ Die Themen Rechtsextremismus und Demokratiefreundlichkeit müssen als solche erkannt und Teil der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen sein.

- ▶ Rechtsextreme Gewalt- und Wiederholungstaten müssen konsequenter verfolgt werden.
- ▶ Die Untersuchung und Aufklärung der Gewaltverbrechen gegen Geflüchtete und aktive Arbeit gegen Verschleierung rechter Tatmotive durch Strafverfolgungsbehörden.
- ▶ Die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz.

12. Für eine soziale Wirtschafts- und Finanzpolitik – für finanzielle und politische Stärkung der Kommunen in Baden-Württemberg

Die Einkommen und Vermögen driften auseinander wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Millionen Menschen erleben den sozialen Abstieg. Auch im reichen Baden-Württemberg. Gleichzeitig sprudeln die Unternehmensgewinne.

Die Politik der Landesregierung ist einseitig auf Export orientiert. Die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung war darauf ausgerichtet, die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten massiv zu verschlechtern und so Löhne und das allgemeine Einkommensniveau der Bevölkerung zu senken. Gleichzeitig wurden Unternehmer und Wohlhabende begünstigt. So wurde der deutschen Exportwirtschaft Wettbewerbsvorteile verschafft. Die Ergebnisse waren sinkende Reallöhne und das Ansteigen der Armut, vor allem in nicht durch Tarifvertrag abgesicherten Bereichen. Die Binnenkonjunktur wurde geschwächt. Normalarbeitsverhältnisse, von denen Beschäftigte ihren Lebensunterhalt auskömmlich sichern und ihre Familien ernähren können, wurden und werden durch schlecht bezahlte und unsichere Arbeit verdrängt.

International sind durch die rücksichtslose Förderung der deutschen Exportindustrie dramatische Ungleichgewichte entstanden, die in der Euro-Krise sichtbar wurden. Den Kommunen wurde durch die Steuerpolitik sowohl rot-grüner als auch schwarz-roter und schwarz-gelber Bundesregierungen die finanzielle Grundlage für eine gute, gemeinwohlorientierte Arbeit entzogen. Gleichzeitig bekamen sie mehr Aufgaben auferlegt. DIE LINKE will keine marktkonforme Demokratie, sondern eine Wirtschaft, die dem Wohl der Menschen verpflichtet ist.

12.1. Wirtschaft für die Zukunft: sozial und ökologisch

Arbeitsplätze und Lebensqualität lassen sich nur sichern, wenn Weichen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung gestellt werden und zugleich dafür gesorgt wird, dass Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten und zukunftsfest ausgebaut werden.

DIE LINKE will mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm die öffentliche Daseinsvorsorge stärken: Bereits privatisierte Bereiche rekommunalisieren, den Öffentlichen-Personen-Nahverkehr ausbauen, die Gesundheitsversorgung verbessern. Vor allem muss mehr Geld für die personelle und sachliche Ausgestaltung von Bildung und Sozialem bereitgestellt werden.

Das will DIE LINKE:

- ▶ Den ökologischen Umbau voranbringen: Wir wollen, dass regenerative Energien und energetische Gebäudesanierung ausgebaut und neue Technologien erforscht werden. Die stärkere Ausrichtung der Automobilindustrie auf umweltfreundliche Mobilitätsentwicklung und Produktion sichert Arbeitsplätze und Zukunftschancen.
- ▶ Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken: Kindertagesstätten und Horte ausbauen und die Situation der Erzieherinnen und Erzieher verbessern.
- ▶ Der soziale Wohnungsbau muss dauerhaft wiederbelebt werden.

Ministerpräsident Kretschmann fördert mit seiner Orientierung auf die "Industrie 4.0" das Gegenteil einer sozialen und ökologischen Entwicklung. Dabei böte die weitere Technisierung der Produktion viele Chancen. Der Verbrauch von Ressourcen könnte durch höhere Effizienz gesenkt werden. Gleichzeitig kann eine Erhöhung der Produktivität die Grundlage für Arbeitszeitverkürzung und steigende Löhne durch höhere Qualifikation sein. Ohne gesellschaftliche Kämpfe wird jedoch das Gegenteil eintreten.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Den Einsatz von Machine-Learning Technologie in Leistungs- und Verhaltenskontrolle, z.B. in der Analyse digitaler Avatare von Beschäftigten (damit gemeint ist die lückenlose Aufzeichnung und Analyse des Bewegungsablaufes, bzw. des Verhaltens während der Arbeitstätigkeiten), vollständig zu verbieten. Insbesondere ist ein solches Verfahren in jedem Fall als Leistungs- und Verhaltenskontrolle zu betrachten. Jede Beurteilung muss nachvollziehbar und anfechtbar sein.
- ▶ Förderung von Technisierung und Kooperationen zwischen Industrie und Universitäten oder Forschungseinrichtungen unter Beteiligung des Landes, müssen an das Prinzip Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, statt Entlassungen gekoppelt werden.
- ▶ Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten wird gefördert. Insbesondere werden Menschen ohne Abitur mit Berufserfahrung zum Studium an Universitäten und Fachhochschulen zugelassen.

12.1.1. Demokratisierung der Wirtschaft

Wir wollen die Gründung und Arbeit von Genossenschaften und den Einfluss der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben fördern. Um die Mitbestimmung und Interessenvertretung der Beschäftigten zu stärken und die Gründung von Betriebs- und

Personalräten zu unterstützen, wollen wir eine Arbeitnehmerkammer einrichten, die Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte berät, allgemeine Rechtsberatung und politische Bildungsveranstaltungen anbietet und dem Landtag einen jährlichen Bericht zur Lage der Lohnabhängig Beschäftigten und ihrer Familien vorlegt.

12.1.2. Wirtschaftsförderung neu ausrichten

Die Wirtschaftsförderung des Landes muss neu ausgerichtet und stärker sozialen Zielen und dem Erhalt von Arbeitsplätzen verpflichtet werden. Bei Insolvenzen und Massenentlassungen muss die Landesregierung aktiv eingreifen.

DIE LINKE will ein Programm, das Belegschaftsübernahmen fördert und unterstützt. Zudem soll in die Förderrichtlinien der Landeskreditbank Baden-Württemberg -Förderbank einfließen, dass Unternehmen die Lohndumping betreiben oder Umweltstandards unterlaufen, keine öffentliche Förderung bekommen. In der Gründungs- und Nachfolgeberatung sollen offensiv genossenschaftliche Formen, zum Beispiel auch Genossenschaften von Mitarbeitenden, in die Information und Beratung einfließen.

12.1.3. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

DIE LINKE will regionale Wirtschaftskreisläufe und die lokale Wirtschaft stärken. Dazu wollen wir die dezentrale Versorgung gerade außerhalb der Ballungsräume erhalten und ausbauen. Örtliche und regionale Produktions- und Konsumgenossenschaften sowie Initiativen, um die Nahversorgung mit Lebensmitteln aufrechtzuerhalten, sollten vom Land unterstützt werden. Eine wichtige Rolle spielt hier, die öffentliche Infrastruktur einschließlich Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Bürgerämtern und des öffentlichen Personenverkehrs zu erhalten und auszubauen. So lassen sich Arbeitsplätze vor Ort sichern und schaffen, sowie Verkehrswege reduzieren.

12.1.4. CETA, TTIP und Co. verhindern

Seit Jahren verhandeln Technokratinnen und Technokraten der EU-Kommission und Wirtschaftslobbyistinnen und -lobbyisten hinter verschlossenen Türen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) sowie der EU und den USA (TTIP). Parallel zu CETA/TTIP wird seit 2012 das multilaterale Dienstleistungsabkommen (TiSA) verhandelt. TiSA hat – eingeschränkt auf Dienstleistungen – die gleichen Ziele wie CETA/TTIP.

Mit TTIP, CETA und TISA werden völkerrechtlich bindende Verträge geschaffen, die die beteiligten Staaten vollständig dem Markt ausliefern und die bürgerliche Demokratie amputieren. Es geht nur nachgeordnet um den Abbau von Zöllen. Es geht vielmehr um den Abbau von so genannten nicht-tarifären Handelshemmnissen und den ungezügelter Marktzugang für Unternehmen. Das heißt: Alle nationalen Gesetze, Vorschriften, Standards usw. stehen auf dem Prüfstand, ob sie dem Marktzugang ausländischer Unternehmen entgegenstehen könnten. Das heißt auch: Es entsteht ein enormer Preis- und

Konkurrenzdruck und ein Verdrängungswettbewerb, der sich negativ auf die Löhne und Arbeitsbedingungen auswirken wird und dem gerade kleinere Unternehmen in der Regel nicht standhalten können.

Mit CETA/TTIP wird in Deutschland die „marktgerechte Demokratie“ (Angela Merkel) Wirklichkeit. Kommenden politischen Mehrheiten wird damit die Freiheit der Entscheidung genommen. Dies ist ein Angriff auf unsere Demokratie! Treten diese Abkommen in Kraft, würden mühsam erkämpfte Rechte und Standards über Bord geworfen.

Auflagen und Beschränkungen im öffentlichen Interesse würden aufgehoben oder auf ein zwischen den beteiligten Staaten vereinbartes Mindestmaß reduziert, wie zum Beispiel der Daten-, Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitsschutz.

Für Baden-Württemberg bedeutet das:

- ▶ Eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern und anderen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsfürsorge wäre nach Inkrafttreten von TTIP, TISA und CETA unmöglich.
- ▶ Die Sonderstellung der Sparkassen (Gemeinwohlorientierung, kommunale Trägerschaft, Regionalprinzip) wäre in Gefahr.
- ▶ Kommunale Interessen bei öffentlichen Ausschreibungen wären gefährdet. Beispiele sind die im Mindestlohn- und Tariftreugesetz vorgesehenen Bindungen an Tariftreue und Mindestlohn.
- ▶ Alle Maßnahmen, die der Begrenzung der Mietpreise dienen sollen (zum Beispiel Vorgaben für den sozialen Wohnungsbau und soziale Erhaltensverordnungen), können zu Schiedsgerichtsklagen wegen „entgangener Gewinne“ führen.

DIE LINKE will, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg und in der EU erhalten und verbessert wird sowie unter demokratischer Kontrolle bleibt. Arbeit, Soziales, Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege und Kultur dürfen nicht zum Spielball von Konzerninteressen werden. CETA, TTIP und TiSA können wir nur gemeinsam in einem Bündnis von Initiativen, Verbänden und engagierten Einzelpersonen verhindern.

12.2. Soziale Politik und Zukunftsinvestitionen finanzieren

DIE LINKE steht für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Der Dreiklang von Konsolidieren, Sanieren und Investieren, auf den sich die jetzige Koalition beruft, wird scheitern, da man sich einseitig auf die Ausgabenseite konzentriert. Die jetzige Landesregierung erreicht nur durch Personalabbau, Niedrigzinsphase und mit allerlei Haushaltstricks die „schwarze Null“ für 2016. Mehr als 5000 Stellen sind unter Grünen und SPD bereits im Landesdienst weggefallen. Die Ausgaben für das aktive Personal sind von 31 % an den Gesamtausgaben auf nur noch 27 % gefallen.

Gerade der Umbau des Schulsystems zu mehr Gemeinschaftsschulen und zur inklusiven Bildung ist ohne zusätzli-

ches Geld nicht zu bewerkstelligen. Auch der kommunale Investitionsstau ist alarmierend.

Die Einnahmesituation auf Landesebene lässt sich aber nur sehr bedingt verändern. Das darf aber keine Ausrede für Untätigkeit sein. Die Möglichkeiten, die es gibt, müssen konsequent genutzt werden. Soziale Politik und Zukunftsinvestitionen sind ohne Mehreinnahmen nicht zu haben. Die sind möglich durch:

12.2.1. Die Millionärsteuer

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung im Bundesrat die Initiative für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Gestalt der Millionärsteuer ergreift. Wenn das Vermögen eine Million Euro übersteigt, soll es mit fünf Prozent besteuert werden. Allein mit dieser Millionärsteuer wären jährliche Mehreinnahmen von mehr als 80 Milliarden Euro bundesweit möglich. Da diese Vermögenssteuer eine Ländersteuer ist, fließt sie direkt in die Kassen der Länder. Damit wären in Baden-Württemberg zusätzliche Einnahmen von mehr als zehn Milliarden Euro möglich

12.2.2. Reform der Grunderwerbssteuer.

DIE LINKE setzt sich für eine Reform der Grunderwerbssteuer ein. Derzeit werden Grunderwerbsgeschäfte pauschal mit fünf Prozent besteuert. Um junge Familien mit niedrigem bis mittlerem Einkommen beim Grunderwerb steuerlich zu entlasten, wollen wir den pauschalen Steuersatz abschaffen und gestaffelte Steuersätze einführen, die die Wirtschaftskraft der Erwerber stärker berücksichtigen.

12.2.3. Eine Gemeindegewerbesteuer

DIE LINKE will die Gewerbesteuer erhalten und zu einer Gemeindegewerbesteuer ausbauen. Alle Betriebe und gut verdienende Selbständige, zum Beispiel Notare und Architekten, sollen in Zukunft einen Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur leisten. Auf Baden-Württemberg umgerechnet sind mehr als eine Milliarde Euro zusätzliche Einnahmen möglich.

12.2.4. Die Erbschaftsteuer

Rund 200 Milliarden Euro werden zurzeit jährlich in Deutschland vererbt, Tendenz steigend. Auch nach der letzten Reform der Erbschaftssteuer werden große Vermögen, die vorrangig aus Betriebsvermögen bestehen, weiter stark privilegiert. DIE LINKE will mit der Erbschaftssteuer zusätzliche Einnahmen für die öffentliche Hand erzielen. Unsere Zielmarke liegt bei einem zusätzlichen Steueraufkommen von mindestens acht Milliarden Euro. Da die Erbschaftssteuer auch eine Ländersteuer ist, würde dies für Baden-Württemberg zu Mehreinnahmen von etwa einer Milliarde Euro führen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Landesregierung im Bundesrat eine entsprechende Initiative ergreift. In jedem Fall wenden wir uns dagegen, dass von Baden-Württemberg aus – so geschehen durch Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid (SPD) – Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) auch noch rechts überholt wird bei der Ausgestaltung eines neuen Gesetzes zur Erbschaftssteuer.

Allein mit den genannten Steuererhöhungen könnten dem Land Baden-Württemberg zusätzliche Einnahmen von mehr als zwölf Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Steuervollzug verbessern und Steuerhinterziehung bekämpfen

DIE LINKE fordert: Die bezahlten Prüferinnen und Prüfer und Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im Land um mindestens 500 Stellen aufzustocken.

12.3. Unsere Kommunen brauchen Zukunft

Aktuell haben wir in Deutschland die höchsten Steuereinnahmen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Trotzdem verkommt in unseren Städten und Gemeinden die soziale Infrastruktur: Kitas und Schulen werden nicht rechtzeitig saniert, Schwimmbäder werden privatisiert oder ganz geschlossen, Krankenhäuser an Konzerne verhöckert. Anstelle von Fachkräften werden Ehrenamtliche und Beschäftigte im Niedriglohn eingesetzt. Die Arbeit in den Ämtern wird verdichtet, so dass der Krankenstand steigt. Hochwasserschutz und Ersatz maroder Brücken werden seit Jahren verschleppt, von Bürgerhäusern und Jugendzentren ganz zu schweigen. Von den bundesweit 130 Milliarden Euro Investitionsstau in den Kommunen, entfallen allein 30 Milliarden Euro auf Baden-Württemberg, eines der reichsten Bundesländer. Dies ist das Ergebnis von 30 Jahren neoliberaler Umverteilungspolitik von unten nach oben.

Dadurch werden die Kommunen als soziale und demokratische Grundeinheit unserer Gesellschaft, die für gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Flächenland sorgen soll, infrage gestellt. Hier findet die Daseinsvorsorge der Bevölkerung mit Energie, Wasser, Abfall und Abwasser, Wohnungen, öffentlichem Verkehr, Erziehung, Sport und Kultur, Gesundheit und Pflege statt.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass diese Grundbedürfnisse allen zugänglich sind – unabhängig von ihrem Geldbeutel. Deshalb gehören sie in öffentliche Hand und müssen über gewählte Organe demokratisch kontrolliert werden. Die Gebühren müssen sozial gestaffelt sein. Jede Form von Privatisierung lehnen wir ab.

Die Kommunen sind zugleich der Ort, an dem Demokratie konkret erlebt und gestaltet werden kann. Die Erfahrung zeigt: Hier kann ich als Politiker noch am meisten beeinflussen, hier kann ich mit Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden, Bürgerhaushalten und Aktionen meine Interessen direkt einbringen.

12.3.1. Die Herausforderungen sozial und demokratisch anpacken

Auf unser Land kommen in den nächsten Jahren gewaltige Herausforderungen zu. Jahrelang hat die alte CDU-FDP-Regierung den Ausbau der Kitas verschleppt. Die Grund- und Gemeinschaftsschulen müssen dringend saniert und zu inklusiven Ganztagschulen ausgebaut werden. Sie brauchen wesentlich mehr Räume. In vielen Gemeinden haben wir

Schlaglochachterbahnen statt moderner Infrastruktur. Der Individualverkehr verstopft die Straßen, weil ein zeitgemäßer Öffentlicher Personennahverkehr und preisgünstige, überregionale Verkehrsverbünde von der Auto-Lobby verhindert werden. Der Bau von preiswerten Wohnungen gerade in den Städten ist fast völlig zum Erliegen gekommen. Der zunehmenden Landflucht und Verödung von ganzen Landstrichen muss durch Ansiedlung kleiner und mittlerer Betriebe begegnet werden. Junge Familien brauchen auf dem Land attraktive Bildungseinrichtungen (Kitas und weiterführende Schulen) und guten Nahverkehr. Immer mehr und immer ältere Menschen brauchen Pflegeplätze und Betreuung. Vor allem benötigen wir Investitionsprogramme für den Bau von erschwinglichen Mietwohnungen mit Preisbindung. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und darf die Finanznot der Kommunen nicht zusätzlich verschärfen.

12.3.2. Die Finanzkraft der Kommunen stärken

Von neoliberalen Politikern wurde die große Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 missbraucht, um den Kommunen noch mehr Aufgaben aufzubürden und sie finanziell noch stärker von der Bundes- und Landespolitik abhängig zu machen. Damit wollten sie ihre Rotstiftpolitik im sozialen Bereich leichter durchsetzen. Die Kommunen finanzieren sich zu mehr als der Hälfte über die grundgesetzlich verankerte Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Doch das reicht nicht. Von 1.100 Kommunen in Baden-Württemberg sind nur etwa 50 schuldenfrei. Das zeigt, dass sie mit der doppelten Belastung, den großen Investitionsstau abzutragen und die neuen Aufgaben zu lösen, finanziell überfordert sind. „Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen!“ – dieses Konnexitätsprinzip mussten die Kommunen in Baden-Württemberg erst vor dem Staatsgerichtshof erstreiten, bis es endlich 2008 in die Landesverfassung aufgenommen wurde. Bis heute wird dieser Grundsatz von der Landesregierung, etwa beim Kita-Ausbau und bei der Flüchtlingsaufnahme, nicht eingehalten.

Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterzuentwickeln. Um ihre Konjunkturabhängigkeit zu mildern, sollen ertragsunabhängige Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren in voller Höhe in die Bemessungsbasis der Gewerbesteuer einbezogen und alle Schuldzinsen hinzugerechnet werden. In die Steuerpflicht soll jede selbständige nachhaltige Betätigung eingezogen werden – auch die von Freiberuflern wie Ärzten, Anwälten und Architekten. Die Belastung kann auf die Einkommenssteuer angerechnet werden. Soziale Belange kleiner Unternehmen und von Existenzgründerinnen und Existenzgründern müssen berücksichtigt werden. Außerdem muss der Kommunalanteil an den Gemeinschaftssteuern deutlich erhöht werden, um die Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

Insgesamt brauchen unsere Kommunen eine nachhaltige Stabilisierung ihrer Gemeindefinanzen. Wir treten dafür ein, dass die Kommunen durch das gegenwärtige Steuererhebungssystem nicht mehr in gegenseitige Konkurrenz treten müssen.

13. Für eine soziale und ökologische Wende im Land

13.1. Regionale Strukturpolitik und gesellschaftliche Teilhabe

Klimawandel, Wetterextreme, irreversible Ausbeutung und Verschwendung der natürlichen Ressourcen, Gesundheitsgefährdung durch Chemikalien, Atommüll, mobilitätsbedingte Emissionen, zunehmende Allergierkrankungen durch Umwelteinflüsse und das Artensterben sind allgegenwärtig. Das muss sich ändern! Denn wir sind davon überzeugt, dass zukünftigen Generationen die Chance auf ein menschenwürdiges Leben zusteht. Danach ist der Verbrauch an Ressourcen und Energie, Boden und Wasser zu bemessen.

Von der Verschmutzung der Umwelt sind zwar alle betroffen, aber nicht alle gleich, denn wer Geld hat, lebt im Allgemeinen an Orten ohne negative Umwelteinflüsse. Menschen mit niedrigem Einkommen hingegen, die häufig in der Nähe von Industriegebieten und Hauptverkehrsstraßen leben sind erhöhter Feinstaubbelastung und anderen Umweltgiften ausgesetzt. Ernstgemeinte Umwelt- und Klimapolitik geht nur mit einer starken LINKEN, deren sozial-ökologische Umbaukonzepte von der Zivilgesellschaft aktiv mitgetragen werden.

Der auf kapitalistischem Wirtschaftswachstum basierende „Green New Deal“ ist keine Lösung. Rebound-Effekte machen Energie-Einsparungen zunichte. Das Wachstum kann nur beschränkt vom Rohstoffverbrauch entkoppelt werden. Perspektivisch brauchen wir die sozial-ökologische Konversion der gesamten Industriegesellschaft. Es geht um den Aufbau lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe statt immer mehr Welthandel! Dazu bedarf es sowohl regionaler Strukturpolitik als auch der Teilhabe durch Bürgerinnen und Bürger.

Auf dem Weg dorthin ist die Energiewende – die Umstellung des Verbrauchs in den Sektoren Strom, Wärme und Transport auf regenerative Energien – ein sehr wichtiger Schritt. DIE LINKE steht für eine dezentrale und regional verankerte Energiewende. Wesentliche Akteure sollen Energiegenossenschaften, Bioenergieörfen und kommunale Stadtwerke sein.

13.1.1. Grün-rote Umweltpolitik grenzt an Wahlbetrug

Schon während der 90er Jahre haben sich die Grünen von jeglicher Gesellschaftskritik distanziert. Wir wissen, dass diese Partei den Erfordernissen der Zeit nicht gewachsen ist. Selbst die minimalen Ziele die man sich gesetzt hat, wurden verfehlt.

Viele hatten sich dennoch von der amtierenden Regierung gerade in Umweltfragen einen Politikwechsel erhofft. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Kennzeichnend für die Kontinuität zwischen der konservativen Mappus-Regierung und grün-rot ist die nahezu reibungslose Weiterführung des Großvorhabens Stuttgart 21. Nur DIE LINKE fordert: Raus aus dem Spekulationsprojekt Stuttgart 21 das Vorteile nur für wenige bringt – und zwar so schnell wie möglich! OBEN BLEIBEN! Business-as-usual herrscht auch in der Atomfrage: Nach Aktivitäten der grün geführten Landesregierung, die beiden Atomreaktoren – Philippsburg 2 und Neckarwestheim 2 – beschleunigt stillzulegen, sucht man vergeblich. Kontinuität herrscht auch in der Nuklearforschung an den Universitäten Stuttgart und Karlsruhe. DIE LINKE fordert stattdessen: ATOM-AUSSTIEG – JETZT! Das Land ist auch am französischen AKW Fessenheim beteiligt. Auch hier gilt: Fessenheim muss unverzüglich stillgelegt werden.

Wesentliche Punkte des grün-roten Koalitionsvertrages wurden nicht oder nur teilweise umgesetzt:

Weder im Windenergie-, noch im Photovoltaik-Sektor wurden nennenswerte Durchbrüche erreicht. . Fehlanzeige auch in der Gebäudesanierung. Statt der im Wahlprogramm anvisierten „3-4 %“ wird nicht einmal ein Prozent erreicht. Klimaschutzmaßnahmen greifen zu kurz (Programm „Klimaschutz plus“ 2013 nur 12 Mio.), Energiesperren wurden nicht unterbunden.

DIE LINKE fordert stattdessen:

- ▶ Sozialtarife für Strom und Wärme, verbrieftes Recht auf eine Mindestmenge Strom und Gas.
- ▶ Verbot von Stromsperrern (Ca. 40 000 landesweit pro Jahr) und Gassperren
- ▶ Wiedereinführung der Gaspreiskontrolle
- ▶ Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung landeseigener Immobilien
- ▶ Einführung eines progressiven Tarifmodells, so dass Einsparung honoriert und ein hoher Verbrauch sanktioniert wird.

13.1.2. Für eine soziale, ökologische und demokratische Energiewende

Als Eckpfeiler einer nachhaltigen Energieversorgung betrachten wir das kommunale Stadtwerk. Denn es bietet die Möglichkeit, den ökologischen Umbau mit sozialer Teilhabe, lokaler Wertschöpfung und demokratischer Gestaltungsmacht gleichermaßen zu verwirklichen. DIE LINKE unterstützt deshalb örtliche Initiativen beim Kampf um die Rekommunalisierung der Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wassernetze. Diese Daseinsvorsorge ist ein Grundrecht. Niemandem darf der Zugang zu Wasser und Energie entzogen werden!

Rekommunalisierung bedeutet konkret:

Die Kommunen sollen die gesamte Betriebsführung der lokalen Versorgungsnetze wieder selbst übernehmen; Dies kann auch durch ein Konsortium von Stadtwerken flächendeckend gemeinsam gelöst werden. Damit soll gewährleistet werden, dass die Bürgerinnen und Bürger ortsnah, sicher und kostengünstig mit Energie versorgt werden.

Energie soll künftig dezentral in kleineren, ökologisch verantwortbaren und ökonomisch sinnvollen Einheiten erzeugt werden. Damit können Leitungsverluste sowie der Ausbau kostspieliger Nord-Süd-Trassen reduziert werden. Zusätzlich brauchen wir mehr dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), beispielsweise um die schwankende Produktion aus Wind- und Sonnenenergie auszugleichen. Aufträge an Dachdecker, Fassaden- und Heizungsbauer sowie Bauunternehmen ermöglichen lokale Wertschöpfung, Arbeitsplätze und erhöhen die Kaufkraft der Bevölkerung.

Zur Beratung und Kontrolle der Stadtwerke sollen Energiebeiräte eingerichtet werden. Die Energiebeiräte sollten mit Vertretern der Beschäftigten ebenso besetzt sein wie mit Umwelt-, Sozial- und Verbraucherverbänden.

13.1.3. Die EnBW muss zum Akteur der Energiewende werden

Die Landesregierung versucht, die EnBW als Global Player im Energiesektor zu stärken. Die Privatisierungen im Energiesektor waren ein Fehler. Atomunfälle und der kaum gebremste Ausstoß von Treibhausgasen zeigen, dass ein sozialer und ökologischer Wandel so nicht funktioniert.

DIE LINKE will die EnBW vom Kapitalmarkt nehmen und in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen oder eine Stiftung umwandeln. Investitionen sollen auf regenerative Energien beschränkt werden. Außerdem soll die EnBW einen Kohleausstiegsplan vorlegen.

Wenn dezentrale Aktivitäten des Konzerns von kommunalen Stadtwerken besser geleistet werden können, sollen sie die Beschäftigten der EnBW zu den Bedingungen der Tarifverträge der Energiewirtschaft für kommunale Beschäftigte übernehmen.

13.1.4. Der Weg zur Energiewende für Baden-Württemberg

Die Erneuerbaren Energien, vor allem Windkraft und Photovoltaik sind massiv auszubauen. Bis 2020 sollen mindestens 40 % des Strombedarfes über Erneuerbare Energien gedeckt werden (2012: 24%). Wir wollen, dass spätestens zum Jahr 2040 die gesamte Stromerzeugung in Baden-Württemberg auf der Basis Erneuerbarer Energien erfolgt. Investitionen in nachhaltigen Verkehr, Transport und Wärmeerzeugung sind zu forcieren. DIE LINKE tritt für das Verbot der Risikotechnik Fracking ein.

Etwa 30 % des CO₂-Ausstoßes in Baden-Württemberg entsteht durch Heizung und Warmwasseraufbereitung. Hier bieten sich große Einsparpotenziale, die zum einen stetig steigende Mietnebenkosten reduzieren und Aufträge für das Handwerk bringen würden. 70 % aller Gebäude sind ohne Vorgaben zur Wärmedämmung errichtet worden. Die jährliche Sanierungsquote sollte daher auf bis zu vier Prozent des Bestandes angehoben werden.

DIE LINKE schlägt dazu ein öffentliches Investitionsprogramm vor. Neubauten sollen grundsätzlich als „Aktivhäuser“ konzipiert werden. Wir treten für dezentrale und umweltverträgliche Abfallbehandlungsverfahren anstelle von Müllver-

brennung ein. Recyceln ist besser als verbrennen. Müllverbrennung ist keine umweltschonende Energiegewinnung, sondern aufgrund des produzierten Feinstaubes gesundheitsgefährdend.

13.2. Mobilität für alle – mit weniger Verkehr

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Mobilität ist nicht gleich Verkehr. Verkehrslärm belastet viele Menschen, besonders in Wohnungen und Wohnlagen, die für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sind. In der Erwerbsarbeit und vom Jobcenter wird Mobilität als Anforderung formuliert: Die Einzelnen sollen bereit sein, weite Strecken zu pendeln. Mobilität wird immer teurer und barrierefreie Mobilität ist noch lange nicht überall umgesetzt. Viele werden deshalb von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Wir wollen Mobilität so gestalten, dass sie nachhaltig ist und möglichst wenig Umweltschäden verursacht.

Niemand soll ausgeschlossen sein. Die Städte und ihre Infrastruktur sollen auf lebenswerte Strukturen und kurze Wege umgestellt werden. Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und ressourcensparsame Verkehrsmittel. Doch derzeit ist das Gegenteil zu beobachten: Zunehmend wird Infrastruktur zentralisiert. Ausbildung und weiterführende Schulen werden verlagert, kleine Nahversorger durch mächtige Discounter verdrängt. Mit der Zentralisierung entsteht mehr Verkehr. Wer vom Dorf in die Städte will, muss lange Strecken pendeln, meist mit dem Automobil. Auch die grün-rote Landesregierung Baden-Württembergs steht für eine Politik des Straßenausbaus, der Versiegelung von Böden und der Zerschneidung von Naturräumen.

Das Rückgrat eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts ist der vernetzte Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Carsharing, mit Bus und Bahn. Wir setzen uns für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Freizeit, Arbeit und Bildung sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Statt öder Asphaltwüste wollen wir Naherholung und Stadtgrün. In den Städten wollen wir, dass verkehrsberuhigte Anwohnerbereiche systematisch ausgeweitet und städtische und regionale Umweltzonen eingeführt werden. Dabei ist eine barrierefreie Ausgestaltung wesentlich.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Ein landesweiter, integraler Taktfahrplan muss eingeführt werden.
- ▶ Stuttgart 21 muss sofort beendet werden. Es frisst notwendige Investitionen in die Schieneninfrastruktur. Diese Mittel könnten dann in die Infrastruktur der Bahn, die Leit- und Sicherheitstechnik und Bahnhöfe gesteckt werden.
- ▶ Die Realisierung des Projekts Kopfbahnhof 21 im Zusammenhang mit der Ertüchtigung der Filstaltrasse nach Ulm muss Priorität haben, ebenso der Ausbau der Rheintalstrecke mit der dazu nötigen Tunnelstrecke durch Rastatt und der Trassenführung im Breisgau entlang der Autobahn.

- ▶ Alle Strecken des Regionalverkehrs müssen lückenlos elektrifiziert und zweigleisig ausgebaut werden. Insbesondere die Gäubahn, die Bodenseebahn Ulm-Lindau und die Murraltalbahn sollen bis 2020 ertüchtigt werden.

13.2.1. Güterverkehr auf die Schiene

DIE LINKE fordert:

- ▶ Güter gehören auf die Schiene. Deshalb sind Güterlogistikzentren mit Schienenanschluss intelligent zu planen und zu sichern. Neue Logistikflächen ohne Schienenanschlüsse darf es zukünftig nicht mehr geben.
- ▶ Unternehmen, die das öffentliche Straßensystem als Verlängerung ihres Fließbands benutzen, um Kosten für die Lagerhaltung einzusparen (Just-in-time- / just-in-sequence-Produktion), sollen zukünftig hierfür angemessene Gebühren entrichten.
- ▶ Der termingerechte Ausbau der autobahnparallelen Rheintal-Güterbahnstrecke muss sichergestellt werden.

13.2.2. Straßenverkehr

Dauerstau und Verkehrskollaps lassen sich nicht durch immer mehr Straßenfläche lösen. Schon heute sind die verkehrsbedingten Umwelt- und Gesundheitsschäden immens.

Die Landesregierung weigert sich, im Ballungsraum Stuttgart Verkehrsvermeidungsmaßnahmen zu treffen und Fahrverbote zu erlassen, um die gesundheitsschädigenden Feinstaub- und Stickoxid-Grenzwerte zu senken. Das hat 2014 zu einem Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission geführt. DIE LINKE wird hier zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger Druck machen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Ressourcen müssen vorrangig dafür eingesetzt werden, Straßen zu erhalten, nicht neue zu bauen.
- ▶ Anstelle der bisherigen Gießkannen-Förderung der Elektromobilität wollen wir die vorhandenen Mittel auf die Vernetzung von Verkehrssystemen (Intermodalität) konzentrieren.
- ▶ Wir lehnen den Einsatz von Gigalinern, also LKW mit Überlänge, auch in der neuen leicht reduzierten Variante ab. Diese Fahrzeuge schädigen noch stärker die Straßen, erhöhen den Erhaltungsaufwand und die Konkurrenz zur umweltfreundlicheren Schiene.

13.2.3. ÖPNV

Der ÖPNV muss endlich als Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge anerkannt werden. Das Angebot muss deutlich ausgeweitet und die Qualität durch hohe Standards verbessert werden. Wir machen uns stark für einen landesweiten Verkehrsverbund. Mittelfristig strebt DIE LINKE einen solidarisch finanzierten, ticketfreien ÖPNV an, um die soziale Teilhabe sicherzustellen und einen klaren Anreiz zum Umsteigen zu schaffen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Landeszuschüsse für Verkehrsverbünde müssen an das Angebot eines Sozialtickets gekoppelt werden.

- ▶ Wir wollen das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) so verändern, dass die Quote für Zuschüsse erhöht wird.
- ▶ Vergabeverfahren müssen transparent sein und sämtliche Verträge offengelegt werden.
- ▶ Bürgerbahn statt Börsenbahn: DIE LINKE lehnt die Privatisierung der Deutschen Bahn ebenso ab wie von anderen kommunalen Verkehrsbetrieben in Baden-Württemberg. Die Verkehrsbetriebe sind gerade im ländlichen Raum Teil der Grundversorgung.
- ▶ Wir wollen Voraussetzungen für autofreie Modell-Stadtteile schaffen.
- ▶ Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, unter anderem die Ausweitung von Tempo 30 und Tempo 40-Zonen auf Durchfahrtsstraßen und in Innenstädten müssen realisiert werden. Ebenso wollen wir verkehrsberuhigte Zonen in Wohngebieten und in Versorgungsbereichen schaffen, etwa mit städtebaulichen Förderprogrammen.
- ▶ Das Netz der Radwege wollen wir ausbauen. In den Kommunen, insbesondere an Bahnhöfen, soll es sichere Abstellmöglichkeiten geben.
- ▶ Wir wollen eine einheitliche, kostenlose Fahrradmitnahme in den Zügen des ÖPNV in ganz Baden-Württemberg, außerdem die Fahrradmitnahmen in Bussen des Nahverkehrs fördern.
- ▶ Der Landesentwicklungsplan soll mit dem Ziel, Verkehr zu vermeiden, fortgeschrieben werden. Dazu zählt die Sicherung der Nahversorgung in kleinen Gemeinden mit Lebensmitteln, Dienstleistungen der Grundversorgung und der Gesundheit.
- ▶ Das auslaufende Gemeindefinanzierungsgesetz muss zwischen Bund und Ländern neu verhandelt werden. Schon jetzt stocken Bahnprojekte, weil die Mittel der Kofinanzierung 2019 auslaufen und das Land keine Risikoabsicherung für die Bundesanteile übernimmt.

Bis zur Einführung eines ticketfreien ÖPNV setzen wir uns ein für:

- ▶ Ein kostenfreies Jugend-Ticket.
- ▶ Einen Landeszuschuss an die Verkehrsverbände zur Förderung von Sozialtickets, wie es die Landesregierung in NRW praktiziert.
- ▶ Eine bessere Förderung von Bürgerbussen und Rufbussen als niederschwelliges und flexibles ÖPNV-Angebot, um bedarfsorientierte Angebote auch jenseits des Linienverkehrs zu schaffen.
- ▶ Eine anbieter-offene Mobilitätskarte für Baden-Württemberg, um Bus, Bahn, Car-Sharing, Fahrradverleih, Taxis und weitere öffentliche Verkehrsangebote und mobilitätsnahe Dienstleistungen vernetzen zu können.

13.2.4. Barrierefreiheit

Das Land muss in allen Lebensbereichen für Barrierefreiheit sorgen. Das gilt besonders für den Schienenverkehr und für Verkehrsknotenpunkte. Es gibt große Defizite, besonders bei

Orientierungshilfen für blinde und sehbehinderte Menschen. Landesstandards zur Barrierefreiheit müssen entwickelt werden.

13.2.5. Luftverkehr

DIE LINKE fordert:

- ▶ Flughäfen dürfen in Leistungsumfang und Fläche nicht weiter ausgebaut werden.
- ▶ Die Kerosinbesteuerung muss zur Deckung der ökologischen Lasten des Flugverkehrs führen.
- ▶ Innerhalb eines Fluglärmaktionsplans müssen Verbesserungen beim Lärmschutz bei Starts und Landungen umgesetzt werden. Die Manipulation an der Lärmschutzstatistik muss beendet werden. So wird etwa derzeit die Zahl der Einzelbeschwerden auf fünf begrenzt.
- ▶ Wir treten für ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein, besonders für stadtnahe Räume. Dieses Nachtflugverbot muss im Bundesluftverkehrsgesetz verankert werden. Es gilt auch für amerikanische Militärbasen (EUCOM, AFRICOM) und militärische Übungen.
- ▶ Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.
- ▶ Die Anflüge auf und die Abflüge vom Züricher Flughafen über südbadisches Gebiet müssen reduziert werden.

13.3. Landwirtschaft und Forsten

13.3.1. Landwirtschaft

Ökonomischer Druck und eine verfehlte staatliche Politik haben dazu geführt, dass sich die landwirtschaftliche Produktion in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt hat. Bäuerliche Familienbetriebe wurden weitgehend von hoch technisierten Agrarunternehmen abgelöst, die oft hoch verschuldet sind. Die Marktgesetze zwingen sie in eine fatale Wachstumsspirale. Die landwirtschaftliche Produktion ist deshalb geprägt von Massentierhaltung und Monokulturen, die einen stetig zunehmenden Einsatz von Pestiziden, Düngemitteln und Medikamenten nach sich ziehen. Dies ist mit einem wachsenden Energieverbrauch und immer mehr Importen energieintensiver Futtermittel verbunden. „Wachsen oder weichen“ ist die Alternative, vor die Landwirte gestellt werden. Diese falsche Politik der CDU/FDP-Landesregierungen wird von Grün-Rot fortgeschrieben. Noch immer werden landwirtschaftliche Betriebe flächenbezogen subventioniert. Damit werden weiter die großen Betriebe der industrialisierten Landwirtschaft mehr gefördert als die Kleinbetriebe. Das wollen wir ändern!

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, vor der die Menschheit je stand. Es müssen Rahmenbedingungen für eine ökologisch richtige Landwirtschaft geschaffen werden.

Wir wollen Betriebe, die ökologisch tätig sind, zum Ausgleich für entgangene Einnahmen finanziell fördern. Auch

Betriebe, die unwirtschaftliche Steillagen und Böden mit geringer Bonität bewirtschaften, sollen unterstützt werden. Der ruinöse Wettbewerb in der Landwirtschaft führt dazu, dass für viele Landwirte der Arbeitstag kaum endet. Sozialversicherung und gute Arbeit in der Landwirtschaft sind für viele unbekannt. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine gerechte Entlohnung durch ehrliche Preise für alle Beschäftigten in der Landwirtschaft ein.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Zugang zu gesunden, ökologischen und fair produzierten Nahrungsmitteln für alle.
- ▶ Anreize für landwirtschaftliche Betriebe, auf eine ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung umzustellen.
- ▶ Die Förderung der regionalen Vermarktung und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe.
- ▶ Produktionsmengen zu decken, das Grundwasser zu schützen und Futtermittelimporte zu vermindern – etwa durch das Festlegen von Höchstquoten für das Verhältnis von Tierbestand und Wirtschaftsfläche.
- ▶ Genmanipuliertes Saat- und Pflanzengut und den Import genmanipulierter Produkte zu verbieten.
- ▶ Geld für die Erforschung natürlicher Pflanzenschutzmittel.
- ▶ Verbot der industriellen Massentierhaltung.
- ▶ Artgerechte Tierhaltung mit genügend Auslauf und Bewegungsmöglichkeiten.
- ▶ Verbot von schmerzhaften Eingriffen in den Tierkörper ohne schmerzstillende Mittel.
- ▶ Strenge Regeln für den Einsatz von Medikamenten in der Tieraufzucht, vor allem von Antibiotika.
- ▶ Die Regionale Autonomie bei Lebensmitteln, eine Verteuerung des Transports von Lebensmitteln und Unabhängigkeit vom Import biologisch erzeugter Lebensmittel.
- ▶ Die Förderung des Bewusstseins für gesunde Ernährung auch in Bildungseinrichtungen.
- ▶ Die Förderung des Urban Gardening.

13.3.2. Die Forstwirtschaft – mehr als nur Holzproduzent

Die Forstwirtschaft dient nicht nur der Holzproduktion, sondern ebenso dem Schutz der Artenvielfalt: Wälder und Forste dienen als Wasserspeicher, der Aufnahme von CO₂ aus der Atmosphäre (Wiederaufforstung), der Luftreinhaltung und als Erholungsgebiet. Damit die Forstämter und privaten Forstbetriebe diese Ziele erreichen können, müssen sie eng zusammenarbeiten. Das Personal in den Forstämtern muss aufgestockt werden, damit die Mechanisierung in der Forstbewirtschaftung gemindert wird, um die Schädigung der Forste und Wälder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Bodenschonende Abbaumethoden.
- ▶ Mehr naturnahe Mischwälder statt anfälliger Monokulturen.
- ▶ Mehr Personal in den Forstbehörden.
- ▶ Keine Dumpinglöhne in der Forstwirtschaft.

- ▶ Im Landeswaldgesetz sollen Standards für eine natur-, umwelt- und klimaverträgliche Forstwirtschaft festgeschrieben werden. Dazu gehören besonders der Vorrang der Naturverjüngung vor forstlichen Pflanzungen, die Einzelstammnutzung und Femelschlag (Parzellen, Femelbetrieb ist eine Form des Auslichtens) vor flächigen Räumungen und angepasste Wilddichten.
- ▶ Es wird ein flächendeckendes System von Landschaftserhaltungsverbänden aufgebaut, die eine naturschutzorientierte Regionalentwicklung fördern und besonders die Umsetzung der Managementpläne für Natura 2000-Gebiete durch eine Beratung von Land- und Forstwirten und Organisation der Landschaftspflege organisieren.
- ▶ Den Anteil der Bannwälder wollen wir erhöhen (In Baden-Württemberg sind Bannwälder Totalreservate, in denen jegliche Nutzung per Rechtsverordnung verboten ist), um die Ziele der Nationalen Strategie zur Sicherung der Biologischen Vielfalt zu erfüllen.

13.4. Verbraucherschutz ausbauen

Transparenz ist nicht genug. Selbstregulierungen der Wirtschaft sind oft Selbstbetrug. Wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Unternehmen stärken. Dabei geht es nicht nur um Informationsrechte, sondern auch darum, klare gesetzliche Vorgaben und Regulierungen gegenüber den Unternehmen und eine öffentliche Kontrolle der Märkte durchzusetzen.

Gebührenfreiheit gehört ebenso dazu wie ein dezentrales Netz von Beratungsstellen und leicht verständliche Erklärungen der Produkte. Der Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit muss vom Produkthersteller durch unabhängige Institute erbracht werden. Die Lebensmittelkennzeichnung muss für den Verbraucher transparent und verständlich sein.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Verbraucherzentrale besser auszustatten, ebenso die Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Wir wollen mehr Kontrollen und eine bessere Reaktionsfähigkeit.
- ▶ Den Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit durch unabhängige Institute.
- ▶ Eine transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung, zum Beispiel die Ampelkennzeichnung. Genmanipulierte Produkte müssen deutlich als solche erkennbar sein.

13.5. Tierschutz stärken

DIE LINKE setzt sich für einen artgerechten Umgang mit Tieren ein. Das wachsende Bewusstsein der Bevölkerung für einen aktiven Tierschutz manifestiert sich unter anderem darin, dass er seit einigen Jahren als Staatsziel im Grundgesetz verankert ist. Die Praxis in Wirtschaft, Landwirtschaft und Wissenschaft

hinkt diesem Ziel weit hinterher. Zahlreiche Lebensmittelskandale, unhaltbare Zustände bei der Massentierhaltung und die damit verbundene Umweltverschmutzung haben das Thema in die Öffentlichkeit gerückt. Auch sorgte unter anderem der Skandal um die Affenversuche in Tübingen für bundesweites Aufsehen und berechtigte Empörung.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Alle Primatenversuche in Baden-Württemberg einzustellen.
- ▶ Grausame Tierversuche durch tierversuchsfreie Forschungs- und Testmethoden zu ersetzen.
- ▶ Schnelle Anpassung aller Zoologischen Einrichtungen an die 2014 erlassene Mindesthaltungsrichtlinie für Säugetiere des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.
- ▶ Kommunale Verbote von Zirkusbetrieben mit Wildtieren zu fördern. Viele Zirkusse haben bereits gezeigt, dass es auch ohne Tiere geht.
- ▶ Ein Gefahrtiergesetz. In vielen anderen Bundesländern dürfen giftige Schlangen oder gefährliche Tiere wie Tiger nicht mehr privat gehalten werden. In Baden-Württemberg dagegen ist der Bereich noch gänzlich unregelt.

13.6. Tourismus – sanft und ökologisch

DIE LINKE folgt dem Leitbild eines sozial gerechten, barrierefreien, ökologisch sanften und ressourcen schonenden Tourismus. Urlaubs- und Erholungsgebiete sollen möglichst durch den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erschlossen werden. Wir befürworten die weitere Entwicklung des Fahrrad-, Wander-, Wasser- und Reittourismus. Wir sehen Tourismuspolitik auch als Mittel zur Entwicklung der Naherholung für Menschen aus den städtischen Zentren. Der Tourismus soll umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden und auf Inklusion ausgerichtet sein.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Beschäftigten der Tourismusbranche müssen durch Tarif- und Mindestlöhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vor Lohndumping geschützt werden.
- ▶ Es müssen mehr Möglichkeiten geschaffen werden, damit auch Menschen mit niedrigem Einkommen Reise- und Erholungsangebote nutzen können.

13.7. Unsere Lebensgrundlagen erhalten

Wir wollen den Naturschutz stärken und die Natur vor Privatisierung schützen. Mit Ausnahme von Umwelt- und Naturschutzverbänden als neuen Eigentümern sollen die geschützten Flächen in öffentlicher Hand bleiben. Der Flächenverbrauch muss reduziert werden. Wir brauchen mehr unzerschnittene verkehrsarme Landschaftsräume. Die durch den Straßenbau zerschnittenen Waldflächen müssen durch „Naturbrücken“ wieder zu größeren zusammenhängenden Lebensräumen

verbunden werden. Besonders schützenswerte Flächen wie Grünzüge, Grünzäsuren und Streuobstwiesen müssen vor jedem baulichen Eingriff bewahrt werden. Um Schutzgebiete zu erhalten und auszubauen sowie für Renaturierung müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Den Schutz der Biodiversität (Artenschutz) in die Landesverfassung aufzunehmen.
- ▶ Ein Moorschutzprogramm zu erarbeiten und umzusetzen. Ziel ist eine moorfördernde Landbewirtschaftung sowie die Renaturierung von Mooren in Baden-Württemberg.
- ▶ Ein Landesprogramm zur Förderung der „Grünen Infrastruktur“ – die zeitnahe Vorlage und Umsetzung eines landesweiten, flächenscharfen und behördenverbindlichen Biotopverbundplanes für mindestens 10 % der Landesfläche.
- ▶ Die Umsetzung und Sicherung der Biotopverbundplanung in den Flächenplanungen im Land (Landesentwicklungsplan, Regionalpläne, Bauleitpläne usw.).
- ▶ Ein Finanzierungsinstrument, um das Europäische Naturerbe Natura 2000 zu erhalten. Dies ist eine EU-weite Pflichtaufgabe.
- ▶ Die Holzvorräte im Wald wie auch der Alt- und Totholzanteil müssen deutlich erhöht werden, denn naturnahe Wälder sind wichtige Kohlenstoffsinken für den Klimaschutz.

14. Zukunftsfähigkeit durch mehr digitale Beteiligung

Auch in Baden-Württemberg wird die soziale, kulturelle und auch ökonomische Entwicklung immer stärker durch die Digitalisierung geprägt. Wir sehen darin eine Chancen für uns alle: Sei es durch freieren Informationszugang, direktere Vernetzung mit Gleichgesinnten oder die praktische Vereinfachung in der Organisation des Alltags. Das Internet ist Teil unserer Realität und Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Gleichzeitig haben Staaten mit dem Internet nie da gewesene Mittel zur Überwachung in die Hand bekommen. Auch wir in Baden-Württemberg wurden und werden von NSA, BND und Verfassungsschutz ausgespäht. Soziale Netzwerke und andere Plattformen zum Informationsaustausch sind im Besitz von Privatunternehmen. Unsere Möglichkeiten werden so durch ihre Profitinteressen beschränkt.

14.1. Teilhabe am Internet ermöglichen

Der gesellschaftliche Rahmen der Digitalisierung ist von sozialer Spaltung durchzogen. Menschen ohne ausreichenden Zugang zum Internet sind von den Chancen der Digitalisierung

ausgeschlossen. Beteiligung im Internet verändert zwar nicht alleine die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, aber es ändert einige wichtige Voraussetzungen, wie Teilhabe an Kommunikation und gesellschaftlich relevanten Informationen. Aus unserer Sicht ist der Zugang zum Netz demnach ein Grundrecht. Als Teil des soziokulturellen Existenzminimums ist er Voraussetzung zur Teilhabe am sozialen Leben.

14.2. Hochgeschwindigkeitsnetz ausbauen – auch auf dem Land

Gerade im ländlichen Raum ist schnelles Internet ein Mythos. Damit sind viele Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs noch immer vom Hochgeschwindigkeitsnetz ausgeschlossen.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Entwicklungsmöglichkeiten von Gebieten jenseits der urbanen Ballungszentren stehen damit infrage. Wir fordern deswegen einen öffentlich finanzierten Netzausbau, bei dem die Netze in öffentlichem Eigentum bleiben und von kommunalen Versorgern verwaltet werden.

14.3. Schutz vor staatlichen Eingriffen und Wirtschaftsinteressen

Das Internet hat enorme politische, soziale und ökonomische Potentiale und muss deshalb gegen staatliche Eingriffe und monopolistische Unternehmensinteressen gleichermaßen verteidigt werden. Netzneutralität, also der gleichberechtigte Transport von Datenpaketen durch die Netze zu den Endgeräten, muss umfassend gesetzlich garantiert werden. Eine Bevorzugung von zahlender Kundschaft darf es nicht geben. Zu diesem Zweck wollen wir in Baden-Württemberg das Landesmediengesetz erweitern.

Zensurversuche und Überwachungsinstrumente wie die Vorratsdatenspeicherung oder eine Kennzeichnungspflicht für Webseiten lehnen wir entschieden ab. Technische Möglichkeiten, sich im Netz anonym zu bewegen, dürfen staatlicherseits nicht eingeschränkt oder behindert werden. Wir wollen in einer Aufklärungskampagne über Massenüberwachung durch Staat und Wirtschaftsunternehmen und auch über Schutzmaßnahmen aufklären.

14.4. Für Informationsfreiheit und freie Software

Damit alle Menschen an demokratischen Entscheidungsprozessen gestaltend teilnehmen können, müssen die Defizite beim Informationszugang endlich abgebaut werden. Das Informationsfreiheitsgesetz der Landesregierung greift da zu

kurz. Wir wollen im nächsten Landtag ein echtes Informationsfreiheitsgesetz fordern. Außerdem wollen wir freie und offene Software (weiter-)entwickeln, um die Möglichkeiten zum digitalen Arbeiten verbessern. Das Land soll den Einsatz von Open Source Software aktiv unterstützen und sich für Open Access zu Informationen einsetzen. Die Verwaltung wollen wir auf Open Source-Lösungen umstellen und hierbei die Erfahrungen aus anderen Bundesländern und Gemeinden berücksichtigen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Teilhabe am Internet unabhängig vom Einkommen. Dafür wollen wir Anschlüsse und den Zugriff auf Zugangsgeräten ermöglichen. Der Internetzugang als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge muss in der Gemeindeordnung verankert werden.
- ▶ Netzausbau im Land, insbesondere von Hochgeschwindigkeitszugängen. Hierfür suchen wir die Kooperation mit Bürgerinitiativen wie z.B. Freifunk.
- ▶ Festschreibung der Netzneutralität im Landesmediengesetz.
- ▶ Baden-Württemberg muss sich klar gegen die Vorratsdatenspeicherung und andere Formen von Überwachung aussprechen. Hierfür soll Klage gegen die Vorratsdatenspeicherung eingereicht werden. Wir fordern das Recht auf Anonymität.
- ▶ Einsatz von Open Source Software und Open Access zu Informationen fördern.
- ▶ Entwicklung von Verschlüsselungstechnologie wollen wir fördern. Die Strafbarkeit der Nutzung von Verschlüsselungstechnologie lehnen wir ab. Das Betreiben von Tor Exit-Nodes durch oder an Universitäten oder durch Privatpersonen darf nicht strafbar sein.

15. Konsequente Friedenspolitik in Baden-Württemberg

DIE LINKE will Krieg und Militarisierung überwinden und lehnt deswegen Einsätze der Bundeswehr nicht nur im Ausland, sondern auch im Inneren ab. In den letzten Jahren wurden systematisch die Grenzen zwischen polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Aufgaben aufgeweicht. DIE LINKE fordert, auch als Konsequenz aus den Verbrechen des Dritten Reiches, eine klare Trennung dieser Bereiche.

Deswegen wollen wir auch die Aufgaben von Militär und Polizei sowie Militär und zivilem Katastrophenschutz strikt trennen. DIE LINKE Baden-Württemberg wendet sich dagegen, dass die einschlägigen Verfassungsbestimmungen seit Jahren unterlaufen werden mit dem Ziel, die Präsenz der Bundeswehr im Inneren schleichend und kontinuierlich zum Alltag werden zu lassen.

Ein wesentlicher Baustein dafür ist die so genannte Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ). Seit Januar 2007 baut die Bundeswehr flächendeckend Kommandos von Reservisten auf – allein vier Bezirksverbindungskommandos und 44 Kreisverbindungskommandos in Baden-Württemberg. Dazu kommen seit wenigen Jahren die sogenannten „Reserve und Unterstützungskräfte“ (RSUKr) in Bruchsal, Walldürn und Stetten am kalten Markt (bis 2016 noch Immendingen), die als größere Einheiten explizit für den Einsatz im Inneren aufgestellt werden. Sie sind zuständig für die ZMZ auf der Ebene von Regierungsbezirken beziehungsweise Kreisen und kreisfreien Städten. Vorgeblich geht es dabei um die Unterstützung von zivilen Behörden beim Katastrophenschutz. Tatsächlich werden der zivile Katastrophenschutz und der militärische Zivilschutz, der für den Kriegsfall gedacht war, auf diese Weise zusammengelegt. Konkret heißt das: Das Militär wurde durch die Umstrukturierungen der letzten Jahre dauerhaft in die Katastrophenschutzstäbe der örtlichen und regionalen zivilen Verwaltungen eingebunden.

Damit droht die bisherige verfassungsrechtliche Ausnahme zum Normalzustand zu werden. Die Militärkommandos üben beständig mit zivilen Stellen, sammeln Kenntnisse und Informationen, haben Verbindungsbüros in Rathäusern und Landratsämtern. Offiziere bekommen maßgeblichen Einfluss auf Katastrophenschutzpläne und bestimmen mit, was Gefährdungen sind. Die Bundesregierung behält sich den Einsatz gegen Streikende und Demonstrierende ausdrücklich vor. DIE LINKE Baden-Württemberg lehnt die Zivil-Militärische Zusammenarbeit entschieden ab.

Der zivile Katastrophenschutz darf nicht weiter kaputt gespart und seine Handlungsfähigkeit gefährdet werden: Länder und Kommunen sparen beim Rettungswesen, in der Hoffnung auf die Bundeswehrinfrastruktur. Sie hat jedoch im Notfall ihre eigenen Prioritäten. Auf dieser Grundlage lässt sich keine verlässliche Planung für den zivilen Katastrophenschutz entwickeln. Schon seit Jahren schiebt der zivile Katastrophenschutz einen großen Investitionsstau vor sich her.

DIE LINKE Baden-Württemberg spricht sich eindeutig gegen die Anwerbeversuche der Bundeswehr in Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und Arbeitsagenturen aus. Sie lehnt die Versuche entschieden ab, über Jugendoffiziere und aktive Reservisten auf die Lehrinhalte an Schulen und Hochschulen Einfluss zu nehmen. Momentan sind Offiziere regelmäßige Gäste in Berufsorientierungswochen an Schulen. In den Jobcentern warten sie auf Hartz-IV Empfängerinnen und -Empfänger unter 25 Jahren. Die Bundeswehr nutzt an dieser Stelle die Perspektivlosigkeit, die Zukunftsangst und die Armut vieler junger Menschen für ihre Rekrutierungspolitik aus.

Baden-Württemberg muss ein Land werden, in dem nicht für den Krieg, sondern für den Frieden produziert, geforscht und entwickelt wird. „Gute Arbeit“ bedeutet für uns auch, dass Be-

legschaften nicht länger für Tod und Zerstörung produzieren müssen, sondern dass sie in den Prozess der Konversion ihrer Unternehmen in zivile Produktion einbezogen werden. Dies gilt für uns auch und besonders für diejenigen, die in Werkstätten für behinderte Menschen für militärisch relevante Produktionen eingesetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass von Baden-Württemberg aus keine Kriege durch Waffenlagerung und Arbeit von Militärangehörigen unterstützt werden. Wir wollen, dass die durch das US-amerikanische Militär genutzten Flächen in eine zivile und öffentliche Nutzung übergehen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die vollständige Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Kultusministerium, keine Beteiligung der Bundeswehr an der Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren.
- ▶ Die Landesregierung muss ihre Kooperation mit dem Landeskommando der Bundeswehr beenden. Statt der Bundeswehr den Zugang in die zivilen Verwaltungen zu gewähren, muss der zivile Katastrophenschutz auf allen Ebenen erhalten und gestärkt werden: Dazu ist eine bessere Ausstattung mit Personal, Infrastruktur und Finanzen nötig. Die Mittel können auch aus dem Etat der Bundeswehr bereitgestellt werden. Entsprechende Initiativen sollen im Bundesrat entwickelt werden.
- ▶ Keine Inlandseinsätze der Bundeswehr. Wir wehren uns gegen den Einsatz von Soldaten bei Demonstrationen, Fußballspielen und Großveranstaltungen.
- ▶ Die baden-württembergische Landesregierung muss sich im Bundesrat gegen Grundgesetzänderungen zur Militarisierung zur Wehr setzen. Auch die schleichende Militarisierung in Baden-Württemberg muss gestoppt werden.
- ▶ Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr müssen sofort gekündigt werden: Die Bundeswehr, ihre Jugendoffiziere und Berufsberater haben in Schulen, Ausbildungsmessen und Ämtern genauso wenig verloren wie auf unseren Straßen und Plätzen.
- ▶ Die Wirtschaftsförderung muss demilitarisiert werden: Es darf keine Subventionen und Fördergelder an Firmen und Konzerne in Baden-Württemberg geben, die an Rüstungsforschung und Herstellung von Rüstungsgütern und Kampfstoffen beteiligt sind.
- ▶ Keine Militärproduktion in Werkstätten für Menschen mit Behinderung
- ▶ Den Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen, die Ausbildung von Fachkräften für den zivilen Friedensdienst, freiwillige Friedensdienste für Jugendliche und Erwachsene sowie internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften.
- ▶ Ein Landesamt für Konversion und Abrüstung, das in Zusammenarbeit mit den betroffenen Belegschaften, Kreisen und Städten Konzepte für eine Umwandlung militärischer

Flächen und Liegenschaften erarbeitet. Hierzu gehört auch die Umwandlung von militärischer Produktion in zivile Produktion und das Schaffen alternativer Arbeitsplätze sowie die Konversionen von Militärliegenschaften, die Chancen für den vernachlässigten sozialen Wohnungsbau öffnen.

- ▶ Alle ausländischen Militärstützpunkte in Baden-Württemberg müssen geschlossen werden, insbesondere die militärischen Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM in Stuttgart.

Gemeinsam das Land verändern

Unser Programm für die Wahl und die Politik der kommenden Legislaturperiode im Landtag besteht aus einer Vielzahl von Vorschlägen und Projekten. Sie hängen zusammen mit unserer Vorstellung von einer solidarischen Alternative, dem demokratischen Sozialismus. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der selbstverständliches wieder gelten soll: dass niemand in Armut leben muss, Beschäftigte von Arbeit gut leben können, Bildung für alle gleichermaßen zugänglich ist, dass der Lebensstandard im Alter gesichert ist, dass Reichtum nicht in den Händen weniger bleiben soll, sondern dass zum Wohle aller in die Gesellschaft investiert wird und dass es weder Rassismus noch Ausgrenzung gibt. In der Außenpolitik gilt: Nie wieder Krieg und keine Waffenexporte. Heute müssen all diese scheinbar einfachen Dinge neu erkämpft werden. Dass diese Forderungen zusammengehören, macht den Kern der Politik der LINKEN aus.

Wir sagen: sozial auch nach der Wahl. Wer Reichtum nicht umverteilen und die Reichen schonen will, der kann einen Politikwechsel nicht bezahlen – und bereitet sich schon darauf vor, seine Versprechen aus dem Wahlkampf leider nicht einlösen zu können. Deshalb treten wir für eine grundsätzliche Änderung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben ein, für eine stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Reichtum und für eine Umverteilung von oben nach unten. Das ist notwendig für diejenigen, die heute benachteiligt und ausgegrenzt sind und in Abhängigkeit leben und arbeiten müssen. Und es ist vernünftig – auch für diejenigen, denen es besser geht. DIE LINKE ist nicht der Absicherung und Mehrung des persönlichen Reichtums verpflichtet. Wir wissen, dass Profitinteressen und kapitalistisch bestimmte Eigentumsstrukturen in der Gesellschaft einem notwendigen sozialökologischen Umbau entgegenstehen. Deshalb sind Druck von links im Landtag und Druck von unten in der Gesellschaft nötig.

Oft sieht es aus, als würde Gesellschaft und Politik nur im Parlament und im Fernsehen gemacht. Doch soziale und demokratische Verbesserungen werden nur in enger Zusammenarbeit von außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen und linken Kräften im Parlament erreicht und gegen Widerstände durchgesetzt. Aus diesen Kämpfen erwächst Selbstvertrauen, Kraft und gesellschaftlicher Druck. DIE LINKE und die Linken sind dabei. Unsere Politik des Widerstandes ist demokratisch, bunt, radikal und phantasievoll. Wir knüpfen Verbindungen. Uns ist wichtig, was wir zusammen verändern. Der Horizont ist offen, wir können ihn gemeinsam gestalten. Gerecht für alle.



www.bw-plus-sozial.de